

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Bestellungen in die Postzeitungsbüros. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeheften Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Siebengeheute und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Warum die Eisenbahner unterlagen.

Aus Paris wird uns geschrieben:

In der Diskussion, die sich an den verlorenen Streik anknüpft, sind natürlich die Stimmen aus der Arbeiterschaft selbst am interessantesten. Im Fachblatt der Eisenbahner, der „Tribune de la Voie ferrée“, führt der dem marxistischen Flügel der geeinigten Partei angehörige reformistische Eisenbahner Grandvalet den Streik auf die Provokation der Gesellschaften zurück, die mit Schreden das rapide Anwachsen der Gewerkschaft gesehen hatten. 100 000 von 300 000 Eisenbahnangestellten waren organisiert und wurden nach und nach zum Klassenbewußtsein erzogen. Um jeden Preis mußte der Streik vor dem 1. Januar 1911 provoziert werden, da an diesem Tag das Pensionsgesetz in Kraft tritt, das den Eisenbahner vor Maßregelung wegen Streik schützt. Auch war es für die Regierung angezeigt, daß die Bewegung vor dem Zusammentritt des Parlaments hervorgerufen würde, erstens der größeren Freiheit wegen, die die Regierung bei ihrer Unterdrückung hatte; zweitens, damit der von den Radikalen auf ihrem Kongreß in Rouen angegriffene Briand als „Retter der Gesellschaft“ sich selbst retten konnte. — Mit einem Disziplinbruch beschloßen die Eisenbahner der Nordbahn infolge eines Zwischenfalls im Depot der Chapelle den Ausstand, der dann von selbst auf die anderen Linien übergriff. Trotz aller Gewaltmittel der Regierung und der Gesellschaften war die Bewegung groß und schön. Und wenn die Führung in der Hand des ersten Streikkomitees geblieben wäre, so hätten nach Grandvalets Meinung die Ausständigen vollständig gesiegt.

Auch Griffuelhes gibt ein Urteil über den Streik ab. Da der Gewerkschaftskongreß in Toulouse eine Resolution gegen die Mitarbeit der Syndikatsführer an der Tagespresse gefaßt hat, hat der damalige Konföderationssekretär seinen Artikel diesmal nicht direkt für den „Matin“ geschrieben, sondern diesem Blatt nur den Vorabdruck eines Artikels, den er in der „Ve ouvrière“ erscheinen lassen wird, zur Verfügung gestellt. Griffuelhes schreibt die Niederlage nicht, wie das zweite Streikkomitee in seiner Proklamation, der Regierung und der Presse, sondern nur der unzureichenden Vorbereitung und Organisation zu. Die Organisation habe sich vom „Mann der Regierung“ — dem früheren Sekretär Guérard — befreit, aber sie sei unter der Herrschaft der geeinigten Partei geraten, die alle moralischen Vorteile der Bewegung für sich einheimen wollte. So sei zum Schluß nur ein Intrigenkampf zwischen den Regierenden und den sozialistischen Parlamentariern, nicht ein Kampf zwischen den Ausbeutern und ihren Angestellten vorhanden gewesen. (!) — Weiter habe es an der Einigkeit zwischen dem auf dem Eisenbahnerkongreß gewählten Streikkomitee und dem Verbandsvorstand gefehlt. Das Streikkomitee bestrebe sich, den Streik vorzubereiten, ohne dahin zu gelangen, und es hatte den lebhaften Wunsch, dem Streik auszuweichen. Der Vorstand wollte den Streik nicht, schrie aber überall aus, daß er ihn vorbereite. Man hatte Furcht vor dem Unbekannten, den unzweifelhaft ungeheuren Wirkungen des Streiks. Ein ruhiges, harterbendes Streikkomitee hätte im Augenblick, da die Regierung und die Gesellschaften durch den Streikausbruch auf der Nord- und Westbahn verblüfft waren, durch eine mächtige Offensive die völlige Deroute der Herrschenden herbeiführen können. Statt dessen wich es zurück und scheiterte in den Büros der „Humanité“. Diese Minute stellt den Höhepunkt des Konflikts dar. Die Teilnahmslosigkeit der Ost- und Mittelmeerbahn übte dann die erste Wirkung aus, die Mobilisierung und die Verhaftungen taten das übrige. Die Partei war nicht mehr zu gewinnen, aber sie hätte durch einen Rückzug gerettet werden können. Die Erfahrungen aber beweisen die Möglichkeit eines Generalstreiks der Eisenbahner bei besserer Vorbereitung.

Wiederum eine ganz verschiedene Meinung vertritt der Sekretär des zweiten Streikkomitees Communay in einem Artikel der anarchistischen „Terre libre“, den der Herausgeber Jaurion mit häßlichen und verächtlichen Randglossen gegen die „Humanité“ begleitet. Auch Communay glaubt, daß die Bewegung auf der Nordbahn provoziert worden ist. In einer geheimen Sitzung hatte das Streikkomitee der Eisenbahner und der Seizer beschloßen, das Streikdatum in einer Versammlung festzusetzen, die am 15. und 16. Oktober stattfinden sollte. Man muß annehmen, daß die Regierung, die davon Wind bekam, das Vorgehen der Bewegung in einem Augenblick wünschte, da die Eisenbahner noch nicht vorbereitet waren. Ueber die Verhaftung des Streikkomitees sagt Communay: Welche Verwirrung hat die von der Verhaftung bedrohten Kameraden bestimmt, sich auf der „Humanité“ feinehmen zu lassen? Ich weiß es nicht und überlasse es ihnen, sich später über diesen delikaten Punkt zu äußern. Tatsache ist, daß unsere Freunde in den Büros eines politischen Blattes verhaftet wurden. Daher das Mißtrauen der C. G. T. und die Möglichkeit für Briand, diesen wohl unbedachten Akt auszunutzen, um der Bewegung einen politischen Charakter zuzuschreiben, den sie nie gehabt hat. Ueber das Verhalten der C. G. T. berichtet Communay folgendes: „Gemäß einem formellen Beschluß des Zentralstreikkomitees wurde mit der C. G. T. Fühlung genommen,

um zu erfahren, welche materielle oder moralische Hilfe die Verbände und die Arbeitsbörsen den Eisenbahnern bieten könnten. Die Sitzung des Konföderationskomitees dauerte 1 1/2 Stunden.

Das Komitee beschloß, die Eisenbahner Herren ihrer Bewegung bleiben zu lassen. Wohl griffen einige Verbände, wie die Bauarbeiter, ein. Aber der Verband der Transportarbeiter wurde, wie eine nicht dementierte Nachricht besagt, durch eine Mitteilung des Konföderationsbureaus zurückgehalten. „Wir erklären, vom Komitee der C. G. T. die effektive, finanzielle und moralische Hilfe verlangt zu haben, deren wir bedürfen. Was bedeutet diese Haltung des Konföderationsbureaus? Was ist die Ursache des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit der C. G. T., die die Mehrzahl der Teilnehmer an jener Versammlung des Komitees konstatieren — einer Versammlung, wie man sie so oft und so kurz niemals in gewöhnlichen Zeiten gesehen hat. Wir haben indes zu erwähnen, daß das Konföderationsbureau in der Folge bekanntgab, daß es an einer Bewegung nicht teilnehmen konnte, in der ein politisches Blatt, die „Humanité“, Position gefaßt habe. . . . Die Bewegung konnte nicht fortgesetzt werden. Erstens, weil die Fonds erschöpft waren. (Hier erzählt Communay eine Geschichte von 500 000 Mk., die ihm Genosse Fochade von seinen des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Aussicht gestellt habe, und von einem von den englischen Eisenbahnern verweigerten Darlehen von 50 000 bis 100 000 Fr. Die französischen Organisationen haben insgesamt — 15 000 Fr. hergegeben!) Zweitens infolge der Verhaftungen. Nur einige Deputierte, Colly und Dherbecourt, hielten, mit Unterstützung von Advokaten, die Arbeiter in Atem, indem sie ihnen bloß die Legalität ihrer Bewegung und die Illegalität der Regierungsmassnahmen darlegten. Das war die ganze Aktion der Parlamentarier in der Eisenbahnerbewegung. Was die dem Streikkomitee vorgeworfenen zahlreichen Besuche Pierre Renaudels und Albert Thomas betrifft, so erkläre ich in aller Offenheit, daß die Intervention des ersten nur die Vorbereitung der Extraausgaben der „Humanité“ zum Zweck hatte. Was den zweiten betrifft, so befand seine Mission darin, das Streikkomitee über die Beschlüsse der parlamentarischen Gruppe der Eisenbahnerinteressen zu unterrichten.

Schließlich aber meint Communay doch, daß sich, als die Disziplin fehlte, die den Streik zum Sieg geführt hätte, der politische Plan etwas gar zu sehr an die Stelle des gewerkschaftlichen getreten sei.

Vermerkt sei, daß es Communay selbst war, der im Manège St. Paul der sozialistischen Partei dankte, wie er andererseits im Manifest des Streikkomitees der C. G. T. gedankt hat, deren Haltung er so merkwürdig charakterisiert. . . .

Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 11. November 1910.

Am Sonntag, den 13. November, werden in Frankfurt a. M. Stadtverordnetenwahlen vorgenommen. Von den Stadtverordneten scheidet nämlich turnusgemäß ein Drittel alle zwei Jahre aus. Diesmal sind es 24 Stadtverordnete, zu denen noch 5 weitere kommen, für die Zusatzwahlen vorzunehmen sind. Von den neu zu vergebenden 29 Mandaten hatten bisher inne: die Fortschrittler 13, Sozialdemokraten 6, Mittelständler 4, Nationalliberale 4, Zentrum und Antisemiten je 1.

Der Wahlkampf verlief bisher in verhältnismäßig ruhigen Bahnen. Die Sozialdemokratie eröffnete den Wahlkampf. Sie hat ihre Kandidaten schon seit Wochen nominiert. Bei den bürgerlichen Parteien wurde dagegen noch wenig über die Verteilung der Mandate unter sich gefaßt. Die Fortschrittler suchten eine Einigung sämtlicher bürgerlicher Parteien zu erzielen, um so gemeinsam gegen die Sozialdemokratie in den Kampf zu ziehen. Mit 112 gegen 88 Stimmen beschloßen die Fortschrittler in ihrer Mitgliederversammlung, mit den Nationalliberalen, Mittelständlern und Zentrumsparteilern zusammenzugehen. „Wenn keine Einigung der Bürgerlichen zustande komme, dann liege die Gefahr vor, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erhalte“. So begründete der Vorsitzende des hiesigen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Und die Angst vor der „ständig ansteigenden roten Flut“ führte obigen Beschluß herbei. Wohl war's allerdings den Fortschrittler bei diesem Beschluß nicht. Kein Wunder, ist doch gerade die „Frankfurter Ztg.“ die energischste Verteidigerin eines Blochs „von Wassermann bis Bebel“ und hat doch erst vor kurzer Zeit Abg. Kaumann in einer Frankfurter Versammlung für diesen plädiert. Da ist es nun freilich bitterer Gohn, wenn man in Frankfurt a. M. mit dem im Reiche bekämpften reaktionären schwarzblauen Bloch zusammengehen will.

Die Blamage der Fortschrittler wurde aber noch größer: das Zentrum beschloß, das ihm von den Fortschrittler angebotene Kompromiß nicht anzunehmen und selbständig den Wahlkampf einzutreten. Das war die erste Abgabe an die Fortschrittler, bald folgte aber auch die zweite: die Mittelständler, denen man ebenfalls in nicht genügender Weise entgegengekommen war, stellten in einigen Bezirken selbständig Kandidaten auf und beschloßen, in den übrigen Bezirken die Wahl der Kandidaten der Zentrumspartei zu empfehlen. Die Fortschrittler nahmen aber trotzdem mehrere Mittel-

ständler auf ihre Liste. Sie hoffen, dadurch die Stimmen der Mittelständler in anderen Bezirken zu fesseln.

Es stehen sich also nur zwei größere Parteigruppen gegenüber: die Sozialdemokratie und das bürgerlich-liberale Kartell. Die Mittelständler und das Zentrum werden nur bei Stichwahlen in Betracht kommen.

Ungünstig für die Sozialdemokratie ist, daß der Magistrat vor kurzem eine neue Wahlkreiseinteilung vorgenommen und dabei zugunsten der Bürgerlichen geteilt hat. Diese neue Wahlkreiseinteilung hat natürlich nur den einen Zweck, das starke Vordringen der Sozialdemokratie zu hemmen. Es sind nun gerade zehn Jahre, daß der erste sozialdemokratische Stadtverordnete in Frankfurt a. M., Genosse Dr. Quard, gewählt wurde. Vier Jahre lang war Genosse Quard im Stadtparlament der einzige Parteiprediger der werktätigen Bevölkerung und er mußte manch harten Strauß mit den Bürgerlichen ausfechten. Im Jahre 1904 gestellten sich zu Quard zwei weitere sozialdemokratische Stadtverordnete, 1909 verdoppelte sich die sozialdemokratische Fraktion, die Zahl ihrer Mitglieder stieg auf sechs, um dann 1908 auf 15 emporzuschwellen. Und im Sommer dieses Jahres wurden bei den durch die Eingemeindungen bedingten Vorortswahlen zum Schreden der Freisinnigen noch weitere fünf Sozialdemokraten gewählt. Dadurch nahm die sozialdemokratische Fraktion, die schon 1908 die zweitstärkste Fraktion wurde, zwanzig Sitze von den 71 ein — die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt jetzt allerdings nur 18, da zwei durch Weizung und Tod ausgeschieden — und das trotz des 1200 M.-Zensus!

So steigerte sich also in den letzten zehn Jahren die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten fortwährend, sie wird sich sicherlich auch diesmal vermehren. Die Mehrheit werden wir noch nicht erobern, es ist aber möglich, daß die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion im Frankfurter Stadtparlament werden.

Von der Ausführung des Vereinsgesetzes.

Der § 6 des Reichsvereinsgesetzes nimmt ausdrücklich Versammlungen von der polizeilichen Anmeldepflicht aus, die gemäß § 152 der Gewerbeordnung der „Erörterung von Verhandlungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter“ dienen. Viele Polizeibehörden in Preußen können sich indes noch immer nicht daran gewöhnen, daß die gewerkschaftlichen Versammlungen von der Anmeldepflicht befreit sind, und es finden sich auch noch immer Richter, die durch allerlei Auslegungen gewerkschaftliche Versammlungen für politische erklären. Ein Musterbeispiel haben dafür das Schöffengericht in Neumünster und das Landgericht und Oberlandesgericht in Kiel gegeben.

Am 30. Mai d. J. fand in Neumünster eine Versammlung der Arbeiter der Eisenbahndienstleistungsstätte statt. Der Genosse Brunner-Berlin referierte über das Thema: „Standesorganisation oder wirtschaftliche Interessensvertretung“. Der Leiter und Einberufer der Versammlung, der Stadtverordnete Hohnsbehn erhielt ein polizeiliches Strafmandat, weil er die Versammlung nicht angemeldet hatte. Das Schöffengericht in Neumünster bestätigte das Strafmandat und führte in seiner Begründung kurz und bündig aus, es sei gerichtsnotorisch, daß die Gewerkschaften sozialdemokratische Organisationen seien. Weil die Versammlung aber den Zweck gehabt habe, die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in den Transportarbeiterverband hineinzuziehen, sei sie eine politische gewesen. Die Strafkammer des Landgerichts in Kiel, die als Berufungsinstanz zu entscheiden hatte, wählte einen etwas gewundeneren Weg, um zu demselben Ziel zu gelangen. In ihrem Urteil heißt es: Die Versammlung habe den Zweck gehabt, die Arbeiter zu veranlassen, aus ihren alten Verbänden auszutreten und dem Transportarbeiterverband beizutreten und die Arbeiter so der Aufsicht der Eisenbahnbehörden zu entziehen. Das sei ein Vorgehen, mit dem die Eisenbahnverwaltung nicht einverstanden sei. Es wurden dabei auch zweifellos die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung zu den Arbeitern erörtert und das sei eine politische Angelegenheit.

Das Oberlandesgericht verwarf am 5. Oktober die Revision und führte in seiner Begründung aus: Wenn es sich auch nur um Eisenbahnarbeiter handle, so habe die Behörde doch ein wesentliches Interesse daran, daß ihre Arbeiterschaft sich nicht staatsfeindlichen Tendenzen hingibt. Wenn der Zweck der Versammlung war, die Arbeiter dem Einfluß der Eisenbahnverwaltung zu entziehen, so sei das eine politische Angelegenheit. Ohne behaupten zu wollen, der Transportarbeiterverband sei eine sozialdemokratische Einrichtung, müsse doch gesagt werden, daß alle Gewerkschaften mittelbar politisch sind.

Das Oberlandesgericht hat in seinem Urteil unverkennbar von sogenannten staatsfeindlichen Tendenzen leiten lassen, dabei aber den Wortlaut und Sinn des § 6 des Vereinsgesetzes vollständig verkannt. Mit solcher Begründung können alle gewerkschaftlichen Versammlungen ohne Ausnahme, soweit sie öffentlich sind, als politische erklärt werden. Den Absichten des Gesetzgebers entspricht das jedenfalls nicht, wohl aber dem herrschenden preussischen Polizeigeist.

In Stettin veranstaltet der Arbeiterbildungs- und -auschuss gegenwärtig einen Vortragszyklus, in dem

Genosse Julian Vorwardt. Berlin den historischen Materialismus behandelt. Nur Mitglieder der Parteivereine und Gewerkschaften haben nach vorheriger Anmeldung zu diesen Vorträgen Zutritt, und wer von dem historischen Materialismus nur ein klein wenig versteht, der dürfte wissen, daß bei der Erörterung eines solchen Themas eine Beeinflussung politischer Einrichtungen weder gewollt ist, noch erfolgen kann. Dennoch schickte das Stettiner Polizeipräsidium am Freitag, zur Eröffnung des Vortragskurses, zwei Beamte, um die angeblich öffentliche politische Versammlung zu überwachen. Um den Unterrichtsplan nicht zu gefährden, gestattete man den Beamten unter Protest das vorläufige Verbleiben im Saale. Am anderen Morgen wurde eine Beschwerde gegen diesen polizeilichen Übergriff auf dem Polizeipräsidium mündlich vorgebracht. Trotz hinreichender Aufklärung über den Inhalt der Vorträge und die Zusammenfügung der „Versammlungs“-Teilnehmer wurde dort verfügt, daß auch die weiteren Lehrenden polizeilich überwacht werden!

Am Sonntagnachmittag erschienen zu dem zweiten Vortrage zur Ueberwachung ein Kommissar und zwei Schutzleute und hörten sich mit an, wie vor einer kleinen Personengruppe ein Genosse aus dem Neuen Testament den Einzug in Jerusalem vorlas und an der Hand einer recht seltsamen historisch-materialistischen Geschichtsauffassung festzustellen suchte, ob das dabei benutzte Grautier ein Esel oder eine Felsin war. Die Versammlung konnte diese Streitfrage auch nicht lösen.

Währenddem wurde der Unterrichtsplan in einem anderen Lokale ohne den Schutz der preussischen Bittelhaube fortgesetzt. Selbstverständlich werden die Stettiner Genossen sich nicht damit begnügen, der Polizei ein lustiges Schnippchen zu schlagen, sondern werden gegen ihre Maßnahmen mit aller Entschiedenheit vorgehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. November 1910.

Der Kampf um die Ressortetats.

Die „Deutschen Nachrichten“ bringen eine aufsehenerregende Mitteilung, die ihnen von durchaus zuverlässiger Seite zugegangen ist. Danach hätten zwischen dem Schatzsekretär Wernuth einerseits und dem Kriegsminister und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts andererseits bei der Aufstellung des Etats heftige Auseinandersetzungen stattgefunden. Der Kriegsminister habe ganz enorme Forderungen gestellt, namentlich habe er eine erhebliche Summe zur Vermehrung der schweren Feldartillerie verlangt. Auch Herr v. Tirpitz verlangte größere Mittel zur Verstärkung des Küstenschutzes. Da das Reichsschatzamt fest blieb, wurde die Entscheidung des Reichskanzlers angesetzt, der sich auf die Seite des Schatzsekretärs stellte. Hierauf reichten Kriegsminister v. Heeringen und Staatssekretär v. Tirpitz ihre Demission ein. Der Kaiser beschied den Reichskanzler zum Vortage und erklärte sich dann mit seinem Verhalten vollständig einverstanden. Beide Minister wurden aufgefordert, ihre Abschiedsgesuche zurückzunehmen und haben sich diesem kaiserlichen Befehle auch unterworfen. Doch hat v. Tirpitz seinen festen Entschluß kundgegeben, nur mehr bis zum nächsten Jahr auf seinem Posten auszuharren.

Ferner war, wie das Blatt berichtet, ursprünglich geplant, dem Reichstag ein Septennat vorzulegen, doch hat sich der Kriegsminister davon überzeugen lassen, daß ein Septennat im Reichstag vielfach auf Widerspruch stoßen würde.

Ob diese Mitteilungen auf Tatsachen beruhen, können wir natürlich nicht feststellen, jedenfalls haben sie die Wahrscheinlichkeit für sich, zumal jüngst die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dementiert hat, daß zwischen Herrn Wernuth und Herrn v. Heeringen Differenzen beständen — und was das Kanzlerblatt dementiert, ist gewöhnlich richtig.

Sie haben sich gefunden.

Wie wir bereits gestern mitteilten, haben die zwei feindlichen polnischen Brüder von Napieralski und von Korfanty sich versöhnt. Napieralski übernimmt die beiden bislang von Korfanty herausgegebenen Blätter „Kurier Słaski“ und „Polak“, während Korfanty bei seinem bisherigen politischen Widersacher gegen 6000 Mk. pro anno als Chefredakteur eintritt und polnisch-zentralistisch-reaktionalist a la Napieralski macht. Der Vorgang ist selbst in unserer heutigen Zeit der Preßkorruption etwas ungewöhnlich und beide Kämpen haben denn auch das Bedürfnis gefühlt, ihr schönes Herzensbündnis vor der Welt zu rechtfertigen. Sie haben eine gemeinsame biederländische Erklärung hergestellt, in der sie sich unter der Devise „Der Friede baut, der Unfriede zerstört“ gegenseitig als politische Ehrenmänner mit hochtrabenden Worten beschreiben, daß sie zu ihrem Handel lediglich durch die edelsten politischen Motive und ihre innere Ueberzeugung getrieben worden sind. In dieser humoristischen Erklärung heißt es:

„Der zwischen den unterzeichneten Redakteuren seit dem Jahre 1908 geführte Kampf galt in erster Reihe der grundsätzlichen politischen Stellung des polnischen Volkes Schlesiens. Mit dem Augenblick, in welchem sich der „Katolik“ (ältestes napieralskisches Blatt) auf den Boden der polnischen Funktion stellte, ist dieser Kampf gegenstandslos geworden. Wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein weiterer Kampf der Sache, welcher gut zu dienen wir den Willen und die Absicht haben und hatten, dem Wohle des polnischen und katholischen Volkes Schlesiens, schädlich ist. Daher schließen wir den Kampf ein für allemal und verpflichten uns öffentlich vor unserer gesamten Gemeinschaft, daß wir den geschlossenen Frieden nicht nur halten, sondern unsere Kräfte zu gemeinsamer, öffentlicher Arbeit vereinigen wollen. Wir bitten alle unsere Anhänger dringend, auch alle Streitigkeiten und Reibereien einzustellen. Möge die Scheidung in „Katolik“ und Korfanty-Anhänger aufhören und in Schlesien nur eine mächtige Partei, ein einziges polnisches Volk bestehen. Der „Katolik“, als das ältere und vermögendere Unternehmen, nimmt die weiteren Verlegerfragen des (bisher Korfanty'schen) „Kurier Słaski“ und „Polak“ auf sich; Korfanty bleibt weiter in der Redaktion. Um uns vor zwischen uns möglichen Streitigkeiten in politischen Fragen zu schützen, haben wir folgender Bestimmung im Verträge beide zugestimmt: Sollten Korfanty und Napieralski in irgend einer wichtigen Frage zu keiner Verständigung gelangen, so entscheidet ein (polnisches) Bürgergericht, zu welchem jede Partei zwei Mitglieder wählt, die dann selbst den unparteiischen Vorsitzenden zu wählen haben. Dem Urteile dieses Gerichtes müssen sich beide Parteien bedingungslos unterwerfen.“

Der Kaiser und die Potsdamer Rekruten.

Nach einer unkontrollierbaren Zeitungsmeldung soll der Kaiser in seiner Ansprache bei der Vereidigung der Rekruten im Potsdamer Lustgarten die hohe verantwortliche Stellung der Soldaten im Staatswesen hervorgehoben und betont haben, daß diese Verantwortung deshalb so schwer sei, weil der Soldat die Pflicht des unbedingten Gehorsams gegenüber seinem Kriegsherrn jederzeit vor seinem Gewissen zu vertreten habe. Einen Konflikt zwischen Pflicht und Gewissen gebe es aber bei einem rechtschaffenen

Soldaten nicht, denn der Befehl des Kriegsherrn müsse stets freudigen Gehorsam finden, weil der Kriegsherr und die Armee in gleichem Maße für den Schutz des Vaterlandes verantwortlich seien.

Preßkorruption.

Das „Berl. Tagebl.“ ist von einem wahren Napius befallen worden, weil wir das Verbrechen begangen haben, darzulegen, daß und weshalb die bürgerliche Presse als kapitalistisches Geschäftsunternehmen nicht unabhängig sein könne vom Annoncengeschäft, das erst das Zeitungsgeschäft lukrativ zu machen vermag. Diese für jeden Klunzigen ganz selbstverständliche Feststellung und die fernere Bemerkung, daß die Mehrzahl auch des „großen“, anständigen Bourgeoisblattes „von einem System feinerer oder plumperer Bestechungen umspinnen“ sei, hat das Roffe-Blatt zu einer so fröhlichen Schimpferei auf den „Vorwärts“ veranlaßt, daß ein Seelenkundiger daraus die interessantesten Schlüsse ziehen könnte. Diese wüste Schimpfkanonade soll offenbar die Schwäche der Position verdeuten, weiß das Roffe-Blatt doch auch nicht ein Gegenargument unserer Darstellung entgegenzusetzen. Das wütendste Bombardement mit Nachtippen ist nun aber einmal keine Aiberlegung, und das zornentbrannte Roffe-Blatt täte besser, sich schleunigst von den Vorwürfen zu reinigen, die Herr Bruhn in der neuesten Nummer seines Blättchens gegen es erhoben hat.

Da sich aber das „Berliner Tageblatt“ gebärdet, als habe der „Vorwärts“ ganz neue, ganz ungeheuerliche Beschuldigungen gegen das kapitalistische Zeitungsgeschäft erhoben, so wollen wir hier nur einige Befundungen der Bergessenheit entreißen, die seinerzeit von Sachkundigen in der Börse- und Quete-Kommission gemacht worden sind. Da erklärte der Leiter der Diskontobank, Generalkonsul Russell:

„Im Allgemeinen müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß Preßgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse. Der Eigentümer der Zeitung will aus der Zeitung einen Ueberfluß erzielen; er wird demzufolge regelmäßig darauf angewiesen sein, sich umfangreiche, namentlich gutbezahlte Inserate zu beschaffen. Es ist oft gar nicht zu sagen, welchen Bestärkungen durch Agenten wir regelmäßig zurzeit von öffentlichen Emissionen irgendwelcher Art ausgesetzt werden, und ich kann wiederum nur sagen, daß in sehr vielen Fällen, wenn man der betreffenden Zeitung das Inserat nicht gibt, dann am folgenden Tage ein ungünstiger Artikel über die betreffende Emission in der Zeitung steht, oder falls die Zeitung nach der Richtung hin vielleicht etwas vorsichtig ist, sonst ein mißliebiger Artikel. Das gilt nicht für alle Zeitungen,

Parteigenossen!

Die Branntweinsteuer zeigt trotz ihrer Erhöhung einen Minderertrag von 16 1/2 Millionen Mark. Der Schnapsboykott tut seine Wirkung. Die Liebesgabe muß um 10 Millionen Mark vermindert werden. Sorgt dafür, daß diese Wirkung sich ständig steigert! Weg mit der Liebesgabe für die Junker!

Meidet den Schnaps!

aber es ist naturgemäß, daß... hiernach durch die Presse geradezu ein gewisser Druck auf die Emissions-Institute geübt wird, ihnen die Inserate in einem weitern Umfange zuzuwenden, als es die Emissions-Institute sonst vielleicht tun würden.“

Und Dr. Müller, Handelsredakteur der „Neuz.-Zeitung“ führte aus:

„Ich bin vor etwa drei Jahren an die Börse gekommen als Vertreter des Reichsbankens; sehr bald bekam ich ein eingehendes Ausernter geschickt mit einigen hundert Mark und der Bisttentante eines Bankiers. Darauf stand: Anbei Ihre Beteiligung an der und der Emission. Ich schickte Geld und Bisttentante sofort zurück. Ich erlaubte mich unter Kollegen, wessen Fürsorge ich es zu verdanken hätte, daß der Bankier meine Adresse erfahren habe. Da sagte mir einer: Das konnte der dumme Mensch auch wissen, daß Sie das Geld so nicht annehmen würden. Es konnte ja jemand dabei sein, während Sie das Ausernter öffneten. So muß es nicht gemacht werden. Ich will ihm sagen, daß er Ihnen ein Konto eröffnen und Ihnen mitteilen soll, daß er Ihnen so und so viel Aktien zugeteilt hat. — Ich sagte: Bitte, lassen Sie das, der Fall ist erledigt. — Diese Auskunft klärte mich darüber auf, unter welchen Vorkehrungsregeln die sogenannten Preßbeteiligungen an den Mann gebracht werden. Später kam kaum eine größere Emission vor, ohne daß nicht der eine oder andere von meinen Kollegen zu mir gekommen wäre und mir gesagt hätte: Haben Sie schon die Beteiligung an der und der Emission? In diesen Tagen gibt die und die Bank ihre Halbjahrsgratifikationen an die Presse aus. Sie stehen doch auch auf der Liste? — Nein, ich vermeide es sogar soviel wie möglich, den Herren bekannt zu werden. — Es ist gar nichts dabei, tun es ja fast alle, und es handelt sich jährlich um viele Tausende von Mark; kommen Sie her, ich stelle Sie vor.“

Ich bin allmählich in das ganze System der Bestechungen eingeweiht worden und finde hierin eines der wirksamsten Mittel der Großfinanz, ihre einzelnen Operationen mit Erfolg durchzuführen und sich im allgemeinen ein glänzendes Renommee zu schaffen. Ein Redakteur, der regelmäßige Gratifikationen von jährlich mehreren Tausend Mark von jeder großen Bank oder doch den meisten bezieht, kann von diesen Instituten und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben, und da weitaus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesten Zeitungen unter diesem Banner steht, so sind die Banken, die das Börsengeschäft beherrschen, jeder wirksamen Kritik entzogen.“

Der „Vorwärts“ hat also kein Wort mehr gesagt, als damals unanfechtbare Sachverständige. Wozu also das hysterische Wutgekreisch?

Geschäftspolitik.

Im Frühling dieses Jahres hatte in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung unser Genosse Scheidemann eine Bisse Korruptionsaffäre angeknüpft. Er konnte den Nachweis führen, daß ein Stadtbaumeister namens Schröder an einer Untermehrfirma beteiligt war, die für die Stadt lieferte. Schröder hatte großen Einfluß auf die Lieferungsvergaben, und so förderte er denn die Firma, die ihm laut Vertrag Prozente zahlen mußte. Das eingeleitete Disziplinarverfahren gegen den Kasseler Stadtbaumeister, der sofort vom Dienste suspendiert wurde, ist noch nicht

abgeschlossen. Gelegentlich der damaligen Debatten fielen auch die bürgerlichen Stadträte erbarmungslos über den Beamten her und stimmten einer Resolution zu, die den Beamten der Stadt die Teilnahme an Lieferungen für die Gemeinde verbot. Scheidemann wies schon damals darauf hin, daß nicht nur die Beamten, sondern auch die Gemeindevorsteher in Gewissenskonflikte kommen könnten, wenn sie für die Stadt arbeiteten und lieferten. Er verlangte deshalb die Vorlage einer Uebersicht, aus der zu erkennen sei, wie weit Stadtverordnete für die Stadt arbeiten und liefern. Nach sechs Monaten ist das Verzeichnis vorgelegt worden. Es wickelte verbäufelnd, als unser Genosse, der zum Referenten bestimmt worden war, darüber in öffentlicher Sitzung berichtete. Nahezu die Hälfte aller Stadtverordneten arbeiteten und lieferten für die Stadt. Innerhalb sechs Jahren haben die an etwa 24 Stadtverordnete übertragenen Arbeiten und Lieferungen das nette Summchen von 500 000 Mk. ausgemacht. Davon entfallen 320 000 Mk. direkt für die Stadt, 270 000 Mk. auf eine unter städtischer Verwaltung stehende Stiftung.

Im Anschluß an sein Referat beantragte deshalb unser Genosse Scheidemann, daß künftig Stadtverordnete von solchen Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen seien und regelmäßig wiederkehrende Arbeiten und Lieferungen an alle in Betracht kommenden Firmen — unter gewissen Voraussetzungen natürlich — vergeben werden sollten. Zunächst waren die Herren sprachlos, Eröffnung brachte ihnen jedoch schließlich ein von einem nationalliberalen Herrn gestellter Antrag, die Angelegenheit dem Magistrat zur weiteren Prüfung zu übergeben. Dieser Antrag wurde angenommen. Nahezu die ganze Einwohnerschaft steht in dieser Frage auf sozialdemokratischer Seite. Ramentlich hat es böses Blut gemacht, daß nicht einmal der in der Stadtverordnetenversammlung sitzende und mit 21 000 Mk. an städtischen Arbeiten beteiligte Innungs-Obermeister für den Antrag gestimmt hat, die Arbeiten abwechselungsweise zu vergeben.

Zur Fleischnot.

Nachdem Baden und Württemberg den Anfang mit der Ueberwindung der Fleischnot durch Öffnung der Grenze gemacht haben, beschloß das Rheinische Stadtverordnetenkollegium am Donnerstag zum zweiten Male, die Regierung um Maßnahmen zur Ueberwindung der Fleischnot zu ersuchen.

Ebenso hat der Magistrat der Stadt Nürnberg beschlossen, bei der Bayerischen Staatsregierung zu beantragen, die Einführung von 100 ausländischen Schlachtschafen und 300 Schweinen wöchentlich nach dem Nürnberger Schlachthof zu gestatten.

Dreslau immer voran!

In Breslau ist gegen den der Demokratischen Vereinigung angehörenden Rechtsanwalt Simon auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Disziplinarverfahren vor der Anwaltskammer beantragt worden, weil Simon in einer von der Demokratischen Vereinigung einberufenen Versammlung, in der Herr v. Gerlach sprach, in seinen Schlussworten die Breslauer Richter beleidigt haben soll. Simon warnte die Versammlungsbesucher mit besonderem Hinweis auf die vielen polizeilichen Zusammenstöße in Breslau mit den Worten: „Es werde bei Prozessen immer nur den Schuldeuten geglaubt und gegenüber Schumannsausagen bekommen Sie doch kein Recht vor Breslauer Richtern.“ Durch diese Nebenworte fühlten sich die Breslauer Richter beleidigt und stellten Strafantrag. Wohl in der bestimmten Voraussicht, daß bei einem solchen Prozesse die bekannte Breslauer Justiz keine Vorbeeren ernten würde, unterließ der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage. Dafür aber hat sie bei der Anwaltskammer das Disziplinarverfahren gegen den Rechtsanwalt Simon eingeleitet. Man will ihn also mahnen. Und die Breslauer Anwaltskammer, der in der Mehrzahl freisinnige Juristen von Breslau angehören, tat der Staatsanwaltschaft tatsächlich den Gefallen und eröffnete die Voruntersuchung.

Ein Nachspiel vom Reichstagsnachtswahlkampf in Eisenach-Dernbach.

Im Januar d. J. gingen die Wogen des Wahlkampfes im Kreise Eisenach-Dernbach sehr hoch. Die Antisemiten hatten neben dem „General“ Sekretär Henningsen die Parteisekretäre Hesse und Wulfs, sämtlich aus Hamburg, in den Wahlkreis Eisenach-Dernbach entsandt, wo für den Triolen-Schach, der freiwillig sein Mandat niedergelegt hatte, eine Nachwahl stattfand. In der freisinnigen „Eisenacher Tagespost“ wie in der „Eisenacher Tageszeitung“ erschienen mehrere Artikel, die sich namentlich mit der Kampfesweise der „Hamburger Antisemiten“ im allgemeinen sowie mit der „Wahrscheinlichkeit“ des „General“ Sekretärs H. im besonderen beschäftigten. Die Artikel enthielten viele Kraftstellen, und als durch die Wahl unseres Genossen Leber der Wahlkreis von allen Uebeln befreit war, leistete sich die „Eisenacher Tageszeitung“ einen heftigen Ausfall gegen die „Hamburger Verursachungsagenten“.

Die antisemitischen Sekretäre verfluchten die Redakteure beider Blätter, Richard Hermann Schröder von dem freisinnigen und Paul Schröder von dem nationalliberalen Organ sowie die Verleger beider Blätter wegen Beleidigung, die, weil einige Exemplare auch in Hamburg gelesen werden, vor dem Schöffengericht VI zur Verhandlung gelangte.

Nach langer Verhandlung wurde der freisinnige Schröder zu 800 Mk. oder 80 Tagen Gefängnis, und der nationalliberale Schröder zu 400 Mk. Geldbuße oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt, während die Verleger freigesprochen wurden.

In der Urteilsbegründung gab der Vorsitzende den guten Rat, in Wahlkämpfen um Parlamentssitze nur parlamentarisch erlaubte Ausdrücke zu gebrauchen.

Frankreich.

Gegen das Proletariat.

Paris, 9. November. (Fig. Ver.) Gestern hat Briand sein ministerium obscurorum virorum, die Regierung der Dunkelkammer, der Kammer präsentiert, er ist aber dabei aus der Obskurität nicht herausgekommen. Seine Regierungserklärung ist eine Anhäufung von Gemeinplätzen, die sogar manche der Blätter, die ihn protegieren, in Verlegenheit bringt. Charakteristisch ist, daß sie nicht einmal an der entscheidenden Stelle, die von der Repressivpolitik gegen die Arbeiterschaft handelt, recht mit der Sprache herausgeht, trotzdem Briand mit seinem nun einmal unvermeidlichen Wiedermeletton eine „offene, klare, von jeder Zweideutigkeit freie Lösung“ verspricht. Ausdrücklich angekündigt wird nur eine Verschärfung der Gesetzesbestimmungen, die sich gegen die Sabotage und die „Aufreizung“ dazu verwenden lassen. Dagegen sagt die Regierungserklärung nichts von der förmlichen Aufhebung des Streikrechts der Angestellten der öffentlichen Dienste, die doch, wie man weiß, der Gegenstand war, der die Ministerkrise unvermeidlich machte, sondern spricht nur von der Notwendigkeit, für den Fall eines künftigen Aufstandes „die nötigen Maßregeln zu beschließen, um trotz allem den Dienst zu sichern“ — was ja in der Meinung Briands auf dasselbe hinauslaufen mag, aber offenbar mit Rücksicht auf die schwankenden Radikalen so vorsichtig angedrückt wird. Es gibt ja auf der Linken manche Erregbarere, die das Koalitionsrecht gern forschiezen möchten, aber doch vor den Arbeiterwählern Zurück haben. Auf die Dauer freilich läßt sich diese Zweideutigkeit nicht aufrecht erhalten. Der Diebstahl des Arbeiterrechts kann nicht im Dunkel der Nacht vollzogen werden.

Unbestimmt bleiben auch die Umrisse des Scheidemannverfahrens, das den Angestellten der öffentlichen Dienste zum Ersatz für ihr Koalitionsrecht gegeben werden soll. Jahres

hat gestern die Wertlosigkeit eines Schiedspruchs ohne Erzwingbarkeit und die Heuchelei einer Gesetzgebung, die die Arbeiter der öffentlichen Dienste im Namen der „nationalen“ Interessen der konfessionierten kapitalistischen Gesellschaften ausliefert, meisterhaft charakterisiert.

Vriand bedroht weiter auch die Arbeitskonföderation. Die Gewerkschaften sollen angeblich auf das professionelle Gebiet beschränkt und an einer „antiformalistischen Aktion“ verhindert werden. Zu diesem Zweck will Vriand speziell das Inverbindlichwerden der Gewerkschaften untereinander reglementieren. Sie sollen „in einer Weise organisiert werden, daß sie entsprechend ihrer gesetzlichen Bestimmung eine genaue und getreue Vertretung der Arbeiter darstellen“. Hier birgt sich neben der Drohung die Lüge. Bekanntlich fordern die neutralistischen und sozialistischen Gewerkschaften seit Jahren die proportionelle Vertretung in der Arbeitskonföderation, die ihnen auf dem Gewerkschaftskongress den ihrer wirklichen organisatorischen Stärke entsprechenden Einfluß geben würde. Vriand bildet sich wohl ein, durch die gefühllose Durchsetzung dieser Forderung einen Teil der Gewerkschaften auf seine Seite zu bringen und den Widerstand des organisierten Proletariats gegen seine sozialreaktionäre Politik zu schwächen. Er wird sich aber überzeugen müssen, daß das Klassenbewußte Proletariat ohne Unterschied der tatsächlichen Auffassungen es ablehnt, sich seiner „Anpassungsmoral“ anzupassen.

Der Triumphator auf Krücken.

Paris, 10. November. (Fig. Ver.)

Noch einmal hat Vriand gestimmt. Mit 288 gegen 210 Stimmen. Diese Mehrheit umfaßt nicht ganz die Hälfte der Kammer und es befinden sich 47 Progressisten, 3 Deputierte der radikalen „liberalen“ Aktion und 5 unabhängige Radikale darunter. In der Opposition auf 22 „liberale“, 15 Monarchisten, 6 Progressisten und ebensoviel „Unabhängige“ und so kommt in der Tat für die Regierung eine „konservativ-republikanische“ Mehrheit von etwa 240 Stimmen gegen 160 republikanische Oppositionelle heraus. Es haben gestern sogar einige Radikale und Radikalsozialisten mehr als am vorletzten Sonntag für Vriand gestimmt. Offenbar ist hier die freimaurerische Solidarität dem Ministerpräsidenten zugute gekommen, der den maurerischen Großwürdenträger Laferrre in sein Kabinett aufgenommen hat. Der Sieg Vriands hat nicht überrascht, trotzdem sich die moralische Situation des Kabinetts im Laufe der gestrigen Sitzung noch verschlechtert hatte. Vriand wußte seiner der an ihn gerichteten Anforderungen, sein soziales Reaktionsprogramm zu präzisieren und die Umstände seiner Demission und der mit ihr beabsichtigten Ausschiffung seiner Kollegen aufzuklären, Rechnung zu tragen und verlor schließlich auch seine Selbstbeherrschung. Von seinem leeren Gerede sprach die prächtige Rede Pelletans ab, in der der alte demokratische Idealismus des französischen Völkertums noch einmal erglänzte. Aber es war doch nur eine Abendröte. Das Exekutivkomitee der radikalen und radikalsozialistischen Partei hat gestern abend beschlossen, Pelletans Rede zu veröffentlichen und im ganzen Lande anzuführen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Mehrheit der radikalen Deputierten für die Regierung der sozialen und politischen Reaktion gestimmt hat.

Dieser Verrat des bürgerlichen Radikalismus ist das eigentliche politische Ergebnis der historischen Debatte, neben dem der moralische und politische Fall Vriands nebensächlich erscheint. Vriands Stern wird nicht mehr lange leuchten. Aber die soziale Reaktion, deren Wegebahnen er ist, wird weiterdauern, weil sie der psychologischen Verfassung der Bourgeoisie entspricht, deren Wirtschaftsleben gleich ihrer Politik zum „stagnierenden Sumpf“ geworden. Der französischen Arbeiterklasse wird die Ehre zufallen, mit ihren elementaren Interessen die große nationale Tradition, das Erbe des revolutionären Entschlusses zu verteidigen zu müssen.

Spanien.

Ein Haftbefehl gegen Iglesias.

Aus Madrid wird uns geschrieben:

Der Generalkapitän von Madrid, also der offizielle Repräsentant der militärischen Oligarchie, ist durch den Erfolg der antimilitaristischen Agitation in große Verlegenheit versetzt worden und hat an den Präsidenten der spanischen Kammer das Verlangen gestellt, die Genehmigung zur Auslieferung des Genossen Pablo Iglesias von der Kammer zu verlangen, um ihn wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam verhaften und aufklagen zu können. Ob der Präsident unter dem Druck der Reaktion diesem Verlangen nachkommen wird, wird sich ja bald zeigen. Bei der gegenwärtigen Lage ist ja nichts unmöglich. Aber die Verhaftung unseres hervorragenden Genossen würde die antimilitaristische Agitation nur verstärken. Denn der Eifer und die Begeisterung sind heute so groß, daß nichts den Gang der Ereignisse mehr aufhalten kann.

England.

Scheitern der Verfassungskonferenz.

Das Spiel ist aus. Eine amtliche Verlautbarung teilt mit, daß die Konferenzen der Parteiführer über die Oberhausfrage ergebnislos geendet haben. Eine offizielle Mitteilung der Ursachen, die zum Scheitern der Konferenzen geführt haben, wird unterbleiben. Nach einer Meldung der Pressassoziation sollen mehrere Minister für eine sofortige Auflösung des Parlaments eintreten. Sie glauben, daß ein dringlicher Appell an das Land Begeisterung erwecken werde. Im Fall der Auflösung ist es möglich, daß die Neuwahlen vor Weihnachten beendet sein werden.

Auch das liberale und regierungsfreundliche „Daily Chronicle“ tritt für die Auflösung ein. Es schreibt, die Pflicht der Minister sei es, den Streit in der konstitutionellen Frage, so früh wie möglich zu einem Ende zu führen. Ein sofortiger Appell an das Land würde die beste Tat sein. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Sache der Liberalen günstig liege. Die Entscheidung werde am dem Tage fallen, an welchem die Lords die Retoresolution des Unterhauses verwerfen oder zurückziehen würden.

Dagegen sind die konservativen pessimistisch. Die „Times“ sagt: „Es wird für die Konservativen eine Abenteuerpolitik sein, wenn sie die Regierung zu Neuwahlen zwingen, bei denen sie wenig Chancen haben, zu einem Siege zu gelangen und ihnen lediglich die Perspektive einer großen Niederlage übrig bleibt. Sie werden aus ihrer Haltung die Konsequenz eines großen Fiakro ziehen müssen.“

Amerika.

Die Demonstrationen in Mexiko.

New York, 11. November. Wie eine Depesche aus Mexiko meldet, haben die am Donnerstag ergriffenen Maßnahmen eine Wiederholung der gegen Amerika gerichteten Kundgebungen verhindert. Anderen Nachrichten zufolge sollen aber die Demonstrationen fortauern.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Freitag, den 11. November.

Der Sitzung ging eine längere vertrauliche Besprechung voraus, in der die Regierungsvertreter zu den wichtigsten Änderungen des Entwurfs nach den Beschlüssen der Kommission in der ersten Lesung unverbindlich Stellung nahmen. — Die Abstimmung über den § 500 ergab, daß

der Kreis der Betriebe, die der Unfallversicherung unterliegen, nur ganz geringfügig erweitert wurde. Hinzugefügt wurden nur die Vorbereitungs-, Steingewinnungs-, Gewerbebetriebe, in denen Dekorationsarbeiten ausgeführt werden, die nichtgewerbemäßigen Binnenverkehrs-, Flößerei-, Brau- und Säbberbetriebe, die gewerbmäßigen Binnenverkehrs-, Fischzucht-, Landwirtschaft und Eisgewinnung. Dagegen wurden von den konservativen, Rationalliberalen und den meisten Vertretern des Zentrums gerade die wichtigsten Anträge abgelehnt, nämlich die, die den Versicherungszwang ausdehnen sollten auf die Dienstleistungen zur Rettung von Personen oder Sachen aus Feuergefahr, auf Apotheken und Wägenbetriebe sowie auf Gast- und Schankwirtschaften, sofern sie regelmäßig mehr als 10 Personen beschäftigen.

Inzwischen war wieder eine große Anzahl neuer Anträge eingegangen. Mit Rücksicht hierauf wurde die weitere Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Die Angst vor dem eigenen Mut!

In der Justizkommission wurde der bürgerlichen Mehrheit vor den Folgen der paar vernünftigen Beschlüsse, die in erster Lesung angenommen wurden, „bang und bängert“. Mit Entsetzen sahen diese erst so draufgängerisch gesinnten Kämpfer, wie sehr sie sich mit den Bestimmungen über die Erweiterungen der Parlarmentarrechte bei den verbündeten Regierungen in die Kessel gesetzt haben. Da konnte nur eins helfen: Keine über die bewiesene Tapferkeit und gründliche Umkehr. So beim § 471a. Mit welcher Begeisterung wurde in der ersten Lesung gerade vom Zentrum die Bestimmung in das Gesetz hineingebracht, daß gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft während der Sitzungsperiode nur mit vorheriger Genehmigung dieser Körperschaft eine Freiheitsstrafe vollstreckt werden darf. Und daß eine bereits begonnene Vollziehung einer Freiheitsstrafe beim Zusammentritt der Körperschaft auf Verlangen der Körperschaft für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen ist. — Damals schon setzten die Regierungen dem Beschlusse ein „Unannehmliches“ entgegen. Das bestimmte die um das Zustandekommen des „großen Reformwerkes“ der neuen Strafprozessordnung auf einmal fürchterlich angelegten Zentrumsleute, ihren einen Antrag dadurch aufs jämmerlichste zu verwässern, daß sie beantragten, nur dann den Strafvollzug auszusetzen oder zu unterbrechen, wenn die Freiheitsstrafe sechs Monate nicht überdauert. Und den Zentrumsleuten kamen noch die Voten zu Hilfe, die sich mit einem besonderen Antrage nicht nur der Forderung der Beschränkung auf sechs Monate anschlossen, sondern die auch nur dem Reichstage dieses ganz selbstverständliche Recht geben wollten.

Aber die Regierung verhielt sich auch gegenüber diesem veränderten Antrag ablehnend — während der Staatssekretär Lisso in sehr abwartender Form und vorsichtiger Weise sich zu dem Antrag ausdrückte — erklärte ein Regierungskommissar in ganz unverblümler Weise, daß die Regierungen auch den neuen Antrag nicht annehmen werden. Jedenfalls wissen die Herren, daß die Zentrumsleute bis zum Plenum noch gänzlich umfallen werden.

Jedenfalls unterliegen es unsere Genossen nicht, den schon in erster Lesung vertretenen Standpunkt, die Rechte der Parlamente aufs weitgehendste auszudehnen, auch in der heutigen Sitzung aufs entschiedenste zu betonen und die Halbheit des Zentrums- und Votenantrags ins geeignete Licht zu rufen. In der Abstimmung wurden jedoch die Anträge infolge Zersplitterung der Parteien abgelehnt, es bleibt also beim Beschluß der ersten Lesung. Auch der Antrag der Rationalliberalen, den § 471a ganz zu streichen, wurde mit 10 Stimmen abgelehnt. Im Plenum werden sich die Kämpfe um diesen Punkt erneuern. Für die Streichung des § 471a stimmte auch der freisinnige Abgeordnete Storz!

Des weiteren wurden die Beschlüsse erster Lesung insbesondere dadurch wieder verschlechtert, daß im § 467 wieder der Kreis der Personen, die einer Hinrichtung beizubehalten können, erweitert wurde. Beim § 488 wurde die Bestimmung gestrichen, die einen Schutz vor gemeinen und falschen Denunzianten schaffen sollte. — Eine Resolution, daß die Justizstatistik auch auf die Anwendung und Anrechnung der Untersuchungshaft ausgedehnt werden soll, wurde angenommen. — Ohne weitere wesentliche Änderungen wurde dann der Rest der St.-P.-O. erledigt und nach den Beschlüssen erster Linie akzeptiert.

Beim Einführungs-gesetz wurden die von unseren Genossen bereits in erster Lesung beantragten Änderungen, die das Anschlagwesen, Flugblattverbreiten, den Kontraktbruch, die Gefindeforderung und andere veraltete Verordnungen, deren Aufhebung gefordert wurde, betreffen, wiederum abgelehnt. Ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der das in erster Lesung beschlossene Schmeigeverbot über nicht öffentliche Verhandlungen wieder beseitigen wollte. — Zum § 11a legte Abg. Groeber einen ins einzelne gehenden Antrag vor, der eine geringe Erweiterung der Gewährung von Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft und diese Bestimmungen auch auf die Militär-Prozessordnung ausdehnt, vorschlägt. Der Antrag wurde angenommen.

Damit war die 2. Lesung der Justizgesetzvorlagen beendet.

Aus der Partei.

Die Hallenser Polizei weiß alles.

Die Volkshilfswahlverwaltung zu Halle a. S. sendet uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgende „Verichtigung“:

Es ist unrichtig, daß ohne Kenntnis der Hallischen Polizei seitens des sozialdemokratischen Vereins eine von mehr als 1000 Personen besetzte Versammlung im Walde stattgefunden hat.

Allerdings ist eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten worden, aber nicht in der Gemarkung der Stadt Halle, sondern in der im Gebiete des Saalkreises gelegenen Dölauer Heide. Die Hallische Polizei wußte sehr wohl um diese ungesetzliche Versammlung und nahm „die Genossen“ bei ihrer Rückkehr an der Stadtgrenze in Empfang, um einen unerlaubten Aufzug zu verhindern. Auch im „Volkspark“, wohin sich die Teilnehmer begaben, waren schon polizeilichereits alle Anordnungen für den Fall einer etwaigen Fortsetzung der Versammlung getroffen worden.

Die Verichtigung, daß man in Halle „polizeilichereits“ so ausgezeichnet informiert ist, kommt reichlich spät. Ist doch die Notiz, auf die sie sich bezieht, bereits am 20. Oktober erschienen. Sie war heiligt „Sozialdemokratische“ Zustände unter dem liberalen Reichsvereinsgesetz“ und geistete das ungesetzliche Vorgehen der Hallenser Polizei gegenüber den gefassten Versammlungen der Partei und Gewerkschaften. Interessant ist an der Verichtigung, daß das ungesetzliche Vorgehen durchaus nicht bestritten wird, sondern daß die Verichtigung sich darauf beschränkt, der Hallenser Polizei einen Ruhmeskranz darob zu winden, daß sie eben „alles“ weiß.

Gemeindevahlerfolge.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Düsseldorf ist die Sozialdemokratie mit dem Zentrum in die Stichwahl gekommen. Unsere Kandidaten erhielten 9616 Stimmen, im Jahre 1898 vereinigten sich auf unsere Kandidaten 4071 Stimmen, seit dieser Zeit also ein Stimmenzuwachs von 136 Proz. Die

Zentrumsstimmen erhöhten sich seit 1898 um nur 38 Proz. und die Liberalen brachten 33 Proz. mehr auf wie 1898.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Wiener Volkshandlung erschien soeben der Oesterreichische Arbeiterkalender für das Jahr 1911. Preis 80 Heller.

Aus dem Inhalt des im Auftrage der Parteileitung der Oesterreichischen Sozialdemokratie herausgegebenen Jahrbuches hebt wir hervor: Die Wiener Arbeiterpresse von Jakob Neumann, der Werdegang der „Arbeiter-Zeitung“ von Max Winter, die Entwicklung der Gewerkschaften von Adolf Braun. Auch der übrige Inhalt des mit zahlreichen Text-Illustrationen ausgestatteten Kalenders ist ein so reichhaltiger, daß dem Werke eine weit über die Grenzen Oesterreichs hinausgehende Verbreitung zu wünschen ist.

Die Wäschebeschäftigten Berlins und der Streik in Bielefeld.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche, Strawatten, Korsett- und Schürzenbranche hielten am Donnerstag im „Schweizergarten“ eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab, die sich zunächst mit der Frage befaßte: Wie erreichen wir einen genügenden Ausbau der Wäsche-Ordnungskasse? Der Referent Karl Siebel legte in einem lehrreichen und anregenden Vortrage dar, wie außerordentlich wichtig es ist, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Wahlen am Sonntag nur solche Personen in die Generalversammlung ihrer Krankenkasse entsenden, die die Interessen der Beschäftigten in vollem Maße wahrnehmen und sich der großen Bedeutung ihres Amtes bewußt sind. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Darauf sprach Gue über: „Der Streik der Wäschebeschäftigten in Bielefeld und die Streikarbeit in Berlin“.

Über den Redner auf dieses Thema einging, erinnerte er an das Brandunglück bei Arndt in der Neuen Friedr.straße und bemerkte dazu, man habe erwartet, daß nun die Behörden wenigstens für eine Zeitlang für bessere Zustände in den Wäschebetrieben sorgen würden, um derartigen Unglücksfällen vorzubeugen. Es seien jedoch Beweise dafür vorhanden, daß an der Revision der Betriebe nichts gefehert worden ist. So sei z. B. am 3. November der Betrieb von Lewin in der Schützenstraße revidiert worden, aber der Unternehmer habe schon vorher Nachricht davon gehabt und die Parole ausgegeben, daß alles vor dem Erscheinen des Beamten schon in Ordnung gebracht werden sollte. Wertwürdigerweise hat sich diese Revision auch nicht auf die Plätterei erstreckt, die sich oben auf dem Boden befindet, und man hat auch nichts davon bemerkt, daß die Arbeiterinnen keinen Raum zum Umkleiden haben und zu diesem Zweck das Misset benutzen müssen. Es scheint, daß es, so ungenügend es auch ist, recht häufig vorkommt, daß die Unternehmer der Wäscheindustrie im voraus von dem Erscheinen der Inspektion unterrichtet sind. So erwähnte der Redner auch, daß bei einer Revision des Betriebes von Nitter in der Chausseestraße der Unternehmer vorher den Befehl erteilte, die feuergefährlichen Spirituskocher der Arbeiterinnen zu verstecken, damit der Beamte nicht merken sollte, daß die Firma ihren Arbeiterinnen nicht einmal eine feuergefährliche Einrichtung zum Aufsteigern zur Verfügung stellt. — Der Redner gab dann eine Uebersicht über die Entwicklung des Lohnkampfes in Bielefeld. Die Ursachen dieses Kampfes sind die außerordentlich traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Wäscherinnen erhalten bei 14tägiger Lohnzahlung 18 bis höchstens 30 M., verdienen also nur 9—15 M. die Woche, und in der Wäheret ist es nicht besser bestellt. Zuschneider sind 150 vorhanden, daneben aber 120 Lehrlinge, die, wenn sie ausgebildet haben, zu einem großen Teil überhaupt keine Beschäftigung im Verufe finden können oder zu den allergeringsten Löhnen irgendwo Unterkunft finden. Sogar tüchtige Zuschneider werden bei einer der besten Firmen mit 80, ja 70 M. im Monat abgepeist. Die Organisation der Wäschebeschäftigten sucht man systematisch durch schwarze Listen lahmzulegen. Wer sich bei einem der 20 Fabrikanten mißliebig gemacht hat, kann mit Siderheit darauf rechnen, daß er bei keiner der übrigen eingestellt wird. Im Jahre 1905 machte die Wäschebeschäftigten in Bielefeld den ersten Versuch, ihre Verhältnisse etwas aufzubessern. Es gelang damals wohl, die Löhne um 5 bis 10 Proz. zu erhöhen, aber eine feste tarifliche Regelung der Löhne und der Arbeitszeit oder des Beurlaubens wurde nicht erzielt. Inzwischen haben die Unternehmer namentlich die Krisenjahre 1907 und 1908 dazu ausgenutzt, die Löhne um 20—25 Proz. herabzusetzen. Die Verhältnisse sind dadurch immer untragbarer geworden, und da auf gutlichem Wege nichts zu erreichen war, sah sich die Arbeiterbeschäftigten genötigt, die Arbeit niederzulegen. Die Unternehmer erklärten, daß sie keine höheren Löhne zahlen könnten, weil die Löhne in Berlin weit niedriger seien, so daß sie nicht mit Berlin konkurrieren könnten. Aber als 1905 auch in Berlin die Wäschebeschäftigten in der Lohnbewegung stand, da brachten die hiesigen Fabrikanten dieselbe Anrede in umgekehrter Weise und erklärten, daß in Bielefeld zu so außerordentlich niedrigen Löhnen gearbeitet werde. Die Bielefelder Arbeitgeber haben nun kürzlich, wie sie behaupteten, eine „Studienkommission“ nach Berlin geschickt, die untersuchen soll, wie es hier mit den Löhnen bestellt ist, um dann zu prüfen, ob man den Streikenden entgegenkommen könne. Als die Arbeiterbeschäftigten von diesem Unternehmen erfuhren, schöpften sie sofort Verdacht, daß die Kommission der Bielefelder Unternehmer wahrscheinlich ganz andere Zwecke verfolgte und sie sagte sich, daß man nun Obacht geben müsse, ob die Herren nicht etwa nach Berlin gereist seien, um hier Streikarbeit unterzubringen. Dieser Verdacht hat sich dann auch bald bestätigt. Es stellte sich zunächst heraus, daß 3 Firmen: Dorfsch u. Wegener in der Lohringer Straße, Glaser u. Schulz in der Hüchsenstraße, sowie die Firma Sternberg (Inhaber Herr Frankfurter) Streikarbeit aus Bielefeld übernommen hatten. Bei diesen Firmen ist es gelungen, die Anfertigung der Arbeit zu verhindern, allerdings erst nach allerlei Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit den Firmeneinhabern. Herr Frankfurter bestreitet hartnäckig, daß es sich um Streikarbeit bei ihm handle. Er bestritt sich auch beim Arbeitgeberverband, und dieser verlangte dann von der Organisationsleitung, sie solle sich bei Herrn Frankfurter wegen Verbreitung falscher Anschuldigungen schriftlich entschuldigen. Die Organisationsleitung stellte nochmals genaue Untersuchungen darüber an und erhielt von ihren Auskunftstellern die Mitteilung, daß man jederzeit beweisen könne, daß die betreffende Arbeit tatsächlich Bielefelder Arbeit sei. Die Arbeitgeber haben nun für die nächste Woche eine gemeinsame Sitzung der Schlichtungskommission verlangt, die sich mit dieser Angelegenheit befassen soll. Das wird wenig Zweck haben für Herrn Frankfurter, da seine Arbeiterinnen die Streikarbeit ja doch nicht machen wollen. Außer den genannten Firmen sind noch verschiedene andere in Berlin, die Bielefelder Arbeit übernommen haben, wovon die Organisationsleitung Kenntnis erhalten hat. Es wird diesen Firmen gegenüber jedoch ebenso verfahren werden wie den genannten, und wenn die Streikarbeit nicht verschwindet, so müssen die Fabrikanten damit rechnen, daß sie auch die hiesige Arbeit nicht gemacht erhalten. (Allgemeine Zustimmung aus der Versammlung.)

Der Redner schilderte dann noch die Verhältnisse in einer Reihe von Betrieben der Berliner Wäscheindustrie und namentlich die Behandlung, die den Arbeiterinnen hier und da zuteil wird. Man gewann aus seinen Ausführungen den Eindruck, daß es in dieser Hinsicht in verschiedenen Betrieben ganz erbärmlich bestellt ist, und daß einzelne Arbeitgeber der Wäscheindustrie sich eine geradezu menschenunwürdige Behandlung ihrer Arbeiterinnen gegenüber zuschulden kommen lassen. Die Wäschebeschäftigten Berlins hat darum um so mehr Ursache, ihre Organisation immer mehr zu stärken und auch dafür zu sorgen, daß die Bielefelder ihren Kampf glücklich beenden können. Auch der Umstand, daß der Tarifvertrag in Berlin im nächsten Jahre abläuft, macht es mehr denn je notwendig, daß die Arbeiterbeschäftigten auf dem Posten sind. — In der regen Diskussion zeigte es sich deutlich, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der Wäscheindustrie Berlins alles drängten werden, um ihren Bielefelder Kollegen zum Siege zu verhelfen, und ihnen unter keinen Umständen durch Anfertigung von Streikarbeit in den Rücken fallen werden.

Gewerkchaftliches.

Ist der Bergarbeiterverband ein politischer Verein?

Trotz der Erklärung des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes, daß die Gewerkschaften nicht unter die politischen Vereine gerechnet werden sollen, sind die Verwaltungsbehörden und Gerichte eifrig dabei, die Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stampeln. In letzter Zeit werden fast täglich gerichtliche Urteile bekannt, nach denen die Gewerkschaften politische Vereine sein sollen. Zur Abwechslung stand die Frage wieder einmal für den Bergarbeiterverband zur Entscheidung. Obgleich im Jahre 1903 das Landgericht Bochum entschieden hat, daß der Bergarbeiterverband kein politischer Verein ist, war die Zahlstelle Bochum als politischer Verein erklärt und der Vertrauensmann L. vom Schöffengericht in Verne in Strafe genommen worden, weil er es unterlassen hatte, die Liste der Vorstandsmitglieder und die Statuten bei der Behörde einzureichen. Gegen die Beurteilung wurde das Landgericht Münster als Berufungsinstanz angerufen. Die Strafkammer in Münster erkannte auf Freisprechung. Das Oberlandesgericht hob jedoch das freisprechende Urteil auf, die Strafkammer in Münster erkannte aber zum zweiten Male auf Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Revision ein und erzielte abermals Aufhebung des Urteils. Nun wurde die Sache dem Landgericht Dortmund zur Aburteilung überwiesen. Die Revisionsinstanz machte geltend, daß es weniger auf die Bestimmungen des Statuts ankomme, um festzustellen, ob der Verein unpolitisch sei, als vielmehr auf seine Wirklichkeit. Der Verein habe sozialpolitische Maßnahmen, das Unglück auf Radbod, die Sicherheit auf den Gruben, Knappschaftsverhältnisse usw. diskutiert und da sei zu prüfen, ob darin nicht eine politische Tätigkeit zu erblicken sei.

Das Landgericht Dortmund ging einer prinzipiellen Entscheidung aus dem Wege, indem es dahingestellt sein ließ, ob der Verein selbstständig sei — politisch sei er allerdings; aber dem Angeklagten müsse zugestanden werden, daß ihm sein rechtswidriges Verhalten nicht bewußt gewesen sei, und darum müsse Freisprechung erfolgen. Durch diese Entscheidung ist die Sache um keinen Schritt weiter gekommen. Sonderbar ist die Begründung in der Revisionsinstanz. Wenn daraus, daß der Verband sich mit dem Unglück auf Radbod, mit den Sicherheitsmännern usw. beschäftigte, deduziert werden soll, daß er Politik treibe, so wird wohl jede Gewerkschaft als politisch angesehen werden müssen. Was soll denn sonst den Gewerkschaften erlaubt sein, zu besprechen, wenn nicht solche Interessenfragen ihres Berufes?

Berlin und Umgegend.

Zur Klärung.

In der „Volls-Zeitung“ vom 10. d. M. veröffentlicht Herr Karl Wiesenthal eine sogenannte „Darlegung“ gegen die Notiz, die der „Vorwärts“ am Sonntag unter der Spitzmarke „Die Hirsche wittern Streikbruch im Deutschen Metallarbeiter-Verband“ veröffentlichte.

Nach der Behauptung Wiesenthals soll es unwahrscheinlich sein, daß bei der von den Wiesenthalern gesperrten Firma Flach Streikposten nicht aufgestellt waren. Wohlweislich verschweigt man, wie lange der „Streik“ bei Flach gedauert hat, wann, wo und wie derselbe beendet wurde. Die Taktik des Herrn Wiesenthal und seiner Getreuen, Streiks zu beschließen, Sperren zu verhängen ist ja bekannt. Man geht zu einer Firma, verhandelt und erzählt dem Arbeitgeber, die bei ihm beschäftigten Arbeiter seien Mitglieder vom Wiesenthaler-Verband und fordert dann Anerkennung des im Kohlelegergewerbe nur allein maßgebenden Tarifvertrages. Sagt der Arbeitgeber nein, dann verschweigt Herr Wiesenthal diese Zurückweisung, aber jedes „ja“ ist ein erzwungener Erfolg. Wenn dann der Arbeitgeber von seinen Arbeitern aufgefällt wird, daß dieser „Tarifabschluss“ ohne ihr Wissen erfolgt ist, und der Unternehmer die Unterfahrlast zurücknimmt, dann wird die Firma gesperrt. Arbeiten einige Mitglieder vom Wiesenthaler-Verein dort, so müssen diese aufhören, der Streik wird proklamiert usw. So war es bei Auer, bei Klumme und bei verschiedenen anderen Firmen. Wenn unsere Mitglieder dann weiterarbeiten und einen besseren Tarif abschließen, dann ist das Streikbruch, Verrat usw. So ist die Taktik des Herrn Wiesenthal.

Was nun die oben angeführte Angelegenheit betrifft, so können wir nur behaupten, daß Streikposten nicht vorhanden waren. Wenn Herr Wiesenthal behauptet, ein Angestellter unserer Organisation habe ihm telefonisch zugegeben, daß wir sechs Streikbrecher geliefert hätten, so ist das eine Unwahrheit. Als wir erfahren hatten, daß bei Flach gestreikt werde, erkundigten wir uns nach der Ursache. Da stellte es sich heraus, daß seit Herr Flach Mitglied des Arbeitgeberverbandes war, nichts von „tarifwidriger Bezahlung“ bekannt war. Wenn es anders gewesen wäre, dann hätte man doch schon früher im „Interesse der Kollegen“ streiken müssen. Die Ursache dieses „Streiks“ ist und bleibt der Austritt der Firma Flach aus dem „Arbeitsgeberverband“. Ist das ein Grund zum Streiken? Handelt man so im Interesse der Arbeiter? Warum wir da nicht mitmachen konnten, ist jedem vernünftigen Menschen klar. Außerdem behaupten wir nach wie vor, daß Kohleleger und Helfer unter dem tariflichen Lohn nicht bezahlt worden sind. Das kann zu jeder Zeit bewiesen werden. Die gegenteilige Behauptung ist eine Unwahrheit.

Im Jahre 1908, während des Kohlelegerstreiks, hat Herr Wiesenthal massenweise Streikbrecher geliefert.

An die Arbeiterkassette Berlins appellieren wir, dafür zu sorgen, daß die wirklichen Ziele des Herrn Wiesenthal und seines Vereins überall bekannt werden, damit diesen Leuten endlich das Handwerk gelegt wird. Sie haben nämlich noch den Mut, zu dem am Sonntag, den 18. d. M., stattfindenden Gewerbegerichtswahlen — unter der Liste 3 — vierzig Kandidaten aufzustellen und dieselben zur Wahl zu empfehlen. Hier wäre es am Platze, daß die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter diesem Kohlelegerverein beweisen, welche Nichtachtung er sich erlauben hat. Dann werden endlich die Wiesenthaler ihre Rolle innerhalb der Arbeiterkassette der Allgemeinheit zum Vorteil ausgepielt haben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! In dem Allgemeinen Deutschen Metallwert G. m. b. H. in Ober-Schönweide haben die Kollegen wegen Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist für alle Metallarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Ursache des Streiks bei der Firma G. A. Hoffmann, Mühlenfabrik, Gneisenaustr. 33: In dem Betriebe sind 48 männliche und 118 weibliche, zusammen 166 Personen beschäftigt, die, außer 12 Zuschneidern und circa 28 Stepperinnen, bis zum 1. Mai d. J. in Afford beschäftigt waren. Es ist in der Mühlenbranche auf Afford üblich gewesen, daß ein Geselle mit einer oder zwei weiblichen Personen zusammen arbeitete, die er im festen Lohn bezahlte. Obwohl es sich hier um ein Engrosgeschäft handelt, so nahm die Detailarbeit in den letzten Jahren derart überhand, daß die Arbeiter bei diesem System nicht mehr recht zu ihrem Gelde kommen konnten. Des weiteren zeitigte die Affordarbeit eine große Uneinigkeit unter den Arbeitern, die sie nie zu einem geschlossenen Vorgehen kommen ließ.

Im April d. J. endlich forderten die Arbeiter Abschaffung der Affordarbeit. Die Situation war günstig, die Firma führte die Lohnarbeit ein. Nun wurden die Löhne nach dem Durchschnittsverdienst des letzten Jahres berechnet, womit die meisten der Beschäftigten nicht zufrieden waren. Sie erwarteten eine Lohnaufbesserung. Dazu sollten die Arbeiter des ganzen Betriebes vom 7. November ab täglich nur 6 Stunden arbeiten. Sie wurden deshalb durch den

Ausschuss am Montagvormittag vorstellig, die Firma erklärte, die Arbeiter prüfen zu wollen und eine Aufbesserung eintreten zu lassen unter Berücksichtigung des früheren Affordlohnüberschusses. Damit waren die Arbeiter nicht zufrieden; sie beschloßen eine Resolution, in der sie als Ausgleich eine 10proz. Lohnerhöhung oder dazwischenweg Beschäftigung verlangten. Diese Resolution wurde am Dienstagvormittag Herrn Hoffmann überreicht, der sie vor den Augen des Ausschusses entgegennehmend erklärte: Wer von nächster Woche auf Afford arbeiten will, der kann weiter arbeiten, dann werde ich auf den früheren Lohn 6 Prozent zulegen, wenn das nicht paßt, der kann gehen! Daraufhin legten sämtliche 166 Personen einmütig die Arbeit nieder. Herr Hoffmann glaubte, jetzt in der stillen Zeit würden die Arbeiter oder Arbeiterinnen diesen Angriff mit Stillschweigen übergehen.

Gestern erhielt der Ausschuss ein Schreiben, worin er die Arbeiter auffordert, ihre Sachen und ihr Geld heute vormittag auf dem Hofe der Firma in Empfang zu nehmen.

Welche Wirkung der Streik bis jetzt schon auf die Firma ausübt, erfährt man aus folgender Geschäftsnotiz, die er seiner Kundschaft zusandte. Sie lautet:

Berlin SW. 29, Datum des Poststempels.
Gneisenaustr. 33.

P. P.

„Ich erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß meine Arbeiter durch Nichtbewilligung unerfüllbarer Forderungen in den Ausstand getreten sind, und ich daher momentan zu meinem Verdauern nicht in der Lage, eilige Orders auszuführen zu können.

Eine Bewilligung der Forderungen würde unbedingt eine Erhöhung meiner Preise erforderlich machen, und führe ich daher diesen Kampf nicht zum mindesten auch im Interesse meiner geschätzten Abnehmer, auf deren Unterstützung und Rücksicht ich deshalb auch rechne.

Hochachtungsvoll

G. A. Hoffmann.“

Das eine können wir der Firma versichern: die Rücksicht der Kundschaft wird wenig nützen. Zugang ist streng fernzuzubalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Wo bleibt die Abrechnung des Christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins?

Die schweren Niederlagen, die der Christliche Gewerbeverein in der letzten Zeit zu verzeichnen gehabt hat, haben eine Massenmitgliedschaft zur Folge gehabt. Teilweise treten sie zu dem Bergarbeiterverbande über, zum größten Teil bleiben sie vorläufig unorganisiert. Diese Mitgliedschaft scheint aber auch schon vor den Wahlen sehr stark eingeeignet zu haben, denn seit Juni veröffentlicht der „Vorwärts“ seine monatliche Abrechnung mehr.

„Schriften unflätigen und unsittlichen Inhalts.“

Wer denkt nicht dabei an Schauerromane und wer weiß an was für Prehrzeugnisse, wenn man folgende Notiz liest, die die Wunde durch die Zentrumsprelle des Anführers macht.

Rödinghausen, 3. November. In den letzten Wochen wurden in den Häusern der Kolonie der Juche Königsgrube Schriften unflätigen und unsittlichen Inhalts verbreitet. Die Zeitung des Bundes wurde auf diese elenden Prehrzeugnisse aufmerksam gemacht. Die Direktion griff sofort ein, wies die Bewohner in mahrender Weise auf das Gemeine der Pamphlete hin und befandete deutlich, daß sie derartiges in der Kolonie nicht dulde.

Mit diesen Schriften sind, es ist kaum zu glauben, die „Bergarbeiter-Zeitung“, das „Böckumer Volksblatt“ und die Flugblätter des Bergarbeiter-Verbandes gemeint: Der Grubendirektor Kommander ging in die Koloniewohnungen, ließ sich, wie vor einiger Zeit mitgeteilt, die Mitgliederbücher der Arbeiter vorzeigen und ozierte für den Uebertritt in den Gewerbeverein. Wer dies nicht mitmachte, wurde aus der Kolonie hinausgeworfen. Der Bergarbeiter-Verband und das „Volksblatt“ nahmen dagegen Stellung und nun sehen wir, was das ultramontane Prehrgeheiß dazu sagt. Ist das nicht der Gipfel der Niedertracht und Verlogenheit?

Statistisches über die Sicherheitsmännervahlen.

Der Verein für bergbauliche Interessen hat über die Wahlen der Sicherheitsmänner eine Statistik ausgenommen. Im ganzen wurden danach 1329 Sicherheitsmänner und 1075 Arbeiterauswärtsmittelglieder gewählt. Von diesen gehörten 1041 Sicherheitsmänner (68,08 Proz.) und 601 Arbeiterauswärtige (55,91 Proz.) dem alten Verbände an. 303 Sicherheitsmänner (19,82 Proz.) und 187 Arbeiterauswärtige (24,84 Proz.) gehörten dem Gewerbeverein an und 105 Sicherheitsmänner (6,87 Proz.) und 62 Arbeiterauswärtige (5,77 Proz.) entfielen auf die politische Berufsvereinigungen. Der S.-D.-Gewerksverein erhielt 11 Sicherheitsmänner (0,72 Proz.) und 17 Arbeiterauswärtige (1,58 Proz.). Die Statistik beruht auf Angaben der Zehnerverwaltungen.

Keine Aussperrung in der Schuhindustrie.

In einer Versammlung der streikenden Schuhmacher, die Donnerstag mittag stattfand, wurde die Annahme der Zugeständnisse der Unternehmer mit Mehrheit beschloßen. Der Streik ist also beendet, die Arbeit wird wieder aufgenommen. Dadurch ist die Aussperrung, die die Unternehmer der Schuhindustrie bei dem Scheitern der Verhandlungen für ganz Deutschland angedroht hatten, erledigt.

Die Frankfurter Buchbinder

haben mit den Unternehmern der Kartonnagenbranche, die im Unternehmerverband organisiert sind, die Unterlage für einen Tarifabschluss vereinbart. Die anderen Unternehmer haben dagegen so geringe Zugeständnisse gemacht, daß die Arbeiter sie einstimmig ablehnten. Der insolge dessen eintretende Streik wird voraussichtlich am Sonnabend beginnen.

Ein Tarifvertrag für die Münchener Holzbildhauer wurde dieser Tage vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen. Er enthält folgende Hauptbestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 53 Stunden, ab 1. Oktober 1912 52 Stunden. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 38 Pf., im zweiten Jahre 43 Pf., für die übrigen Gehilfen 1910 56 Pf., ab 1. April 1911 58 Pf., ab 1. April 1912 60 Pf. pro Stunde; bessere Arbeiter sollen höhere Stundenlöhne erhalten. Die Löhne sämtlicher Gehilfen erhöhen sich sofort, dann ab 1. April 1911 und nochmals ab 1. Oktober 1912 um je 2 Pf. die Stunde. Für Ueberstunden und Arbeiten an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen wird ein Zuschlag von 50 Proz. bezahlt. — Bei Bedarf von Arbeitskräften soll die Stellenvermittlung des Zentralverbandes der Bildhauer benutzt werden. Der Tarif gilt bis 1. September 1913. Beide Parteien — Arbeiter wie Unternehmer — haben ihm bereits die Zustimmung gegeben.

Die Breslauer Holzarbeiter

beschloßen am Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung einstimmig die Kündigung des Tarifes, der mit dem 12. Februar 1911 abläuft. Für Breslau kommen ungefähr 2500 Holzarbeiter in Frage.

Ausland.

Die Kesselschmiede harren aus.

London, 9. November. (Sig. Ver.) Zum zweiten Male und mit einer viel größeren Mehrheit als bei der ersten Abstimmung haben die englischen Kesselschmiede entgegen der Mahnung ihrer Führer, daß die Klasse erschöpft und bessere Bedingungen kaum zu erlangen seien, den Vertrag zu York verworfen, den die vereinigten Unternehmer den Kesselschmieden aufzwingen wollen. Der Vertrag, den

die Arbeiter so energisch zurückweisen, enthält Bestimmungen, nach denen Kontraktbrüchige Arbeiter von der Organisation mit bedeutenden Geldstrafen belegt oder arbeitslos gemacht werden sollen. Würde diese Bestimmung einmal von irgend einer Gewerkschaft angenommen werden, so könnte man sicher sein, daß es mit der Kampffähigkeit der Gewerkschaften aus wäre. Die Arbeiterverbände hätten dann nur noch nach der Peise der Unternehmer zu tanzen.

Von den 42 000 stimmberechtigten Mitgliedern der Gewerkschaft der Kesselschmiede stimmten diesmal 21 213, ungefähr 2000 mehr als das erstemal. Die Zahlen lassen erkennen, daß sich nur wenige der noch arbeitenden Kesselschmiede an der Abstimmung beteiligt haben. Gegen den Vertrag stimmten 15 563 und für diesen nur 5650 Mitglieder der Organisation; die Mehrheit gegen die Annahme des Yorker Vertrages beträgt mithin 9913. Bei der ersten Abstimmung vor 14 Tagen stand die Mehrheit gegen die Annahme des Vertrages auf nur 1319. Die streikenden Kesselschmiede haben ihren Führern definitiv bewiesen, daß sie den verhassten Vertrag auf keinen Fall annehmen werden, und daß sie entschlossen sind, weiter zu kämpfen und zu hungern.

Man wird die Haltung der Gewerkschaftsbeamten, die von der ganzen bürgerlichen Presse und von dem früheren Präsidenten der Gewerkschaft der Kesselschmiede, der, obgleich er von den Kesselschmieden eine Pension bezieht, dennoch gegen die Arbeiter zu Felde zieht, unterrichtet werden, recht sonderbar finden. Aus der ersten Abstimmung schloßen sie nur, daß sich die Mitglieder der Tragweite ihrer Handlung nicht bemüht seien. Sie ließen daher eine zweite Abstimmung vornehmen, die aber trotz der Mahnungen und Warnungen, die ihr vorausgeschickt wurden, wie aus den Zahlen ersichtlich ist, nur noch schlimmer für die Gewerkschaftsleitung ausfiel. Man sollte es kaum für möglich halten, daß Gewerkschaftsbeamte so wenig Fühlung mit der großen Masse der Mitglieder haben. Leider sind die Zustände in der Gewerkschaft der Kesselschmiede keine vereinzelte Erscheinung in Großbritannien. Unter den Bergarbeitern in Südwales und in manchen anderen Organisationen finden wir dasselbe Phänomen. Die alten unter liberalen Einflüssen aufgewachsenen Gewerkschaftsführer leben in einer anderen Gedankenwelt wie die junge, in der sozialistischen Gedankenwelt aufwachsende Generation der Gewerkschaftler; die Harmoniegedanken und stetigen Beschwichtigungsversuche der ersteren kommen immer mehr in Konflikt mit der Kampfstimmung des neuen Geschlechts. Wie dieser Kampf zwischen den Alten, die auf ihren Vorbeeren, die ihnen nicht zu nehmen sind, ausruhen, und den Jungen, die sich neue Lorbeeren erringen wollen, ausfallen wird, ist kaum zweifelhaft.

Daß sich die Führer der Kesselschmiede in der modernen Industrielwelt nicht mehr zurecht finden, ist sonnenklar. Sie eifern dagegen, daß sich erfahrene moderne Gewerkschaftler in den Kampf der Kesselschmiede mischen und den Ausgesperrten raten, den neuen Vertrag unter keinen Umständen anzunehmen. Sie sehen nicht, daß die Angelegenheit nicht nur die Kesselschmiede, sondern alle britischen Gewerkschaften angeht, daß die Kapitalisten, wenn es ihnen erst gelungen ist, einer Gewerkschaft die verhängnisvolle Neuerung aufzuzwingen, dasselbe Manöver auch mit anderen Organisationen versuchen werden. Hätten sie sich bei der Verhängung der Aussperrung gleich an die anderen Gewerkschaften gewandt, so hätte sich ohne Zweifel die ganze Gewerkschaftswelt, angesichts der gemeinsamen Gefahr, der Sache der Kesselschmiede angenommen und den Unternehmerverband erdrücken können. Durch ihre unerbörte ungehörige Haltung haben sie aber den anderen Gewerkschaften die Hände gebunden. Denn was sollen diese, die bereit waren, den Kesselschmieden mit großen Beträgen zur Hilfe zu eilen, angesichts des Gebarens der Führer der Kesselschmiede tun?

In Gewerkschaftskreisen erwartet man jetzt allgemein, daß der Vorstand der Kesselschmiede nach dieser zweiten Blamage danken und damit den Weg zur siegreichen Bekämpfung des Unternehmerverbandes frei machen wird.

Letzte Nachrichten.

Ein glänzender Wahlsieg in Breslau.

Breslau, 11. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl errang die Sozialdemokratie einen überraschenden Sieg. Sechs Mandate wurden gewonnen, zwei glänzend behauptet; außerdem sind unsere Genossen an zwei Stichwahlen beteiligt. Die Liberalen verloren 1 Mandat, die Konservativen 2 und die Merkanten 3 Mandate. Unsere Stimmen vermehrten sich um rund 6000.

Störungen im Telegraphen- und Telephonbetrieb.

Eine amtliche Meldung von gestern abend befragt, daß durch das herrschende Unwetter erhebliche Störungen im Telegraphen- und Telephonverkehr verursacht worden sind. Am stärksten ist der Verkehr mit England, Amerika über Embden, Holland, Belgien, Rheinland und Westfalen in Mitleidenschaft gezogen.

Seinen Stiefsohn erschlagen.

Kassel, 11. November. (B. Z. V.) Heute abend hat der Metzgergeselle Kannegießer nach einem Wortwechsel mit seinem Stiefsohne diesem mit einer Axt den Kopf gespalten, so daß der Tod sofort eintrat.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 11. November. (B. Z. V.) Nachdem in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer der Hauptberichterstatter Charles Dumont dafür eingetreten war, daß über das Budget zu gelegener Zeit abgestimmt werde, und nachdem er auf die Gefahr hingewiesen, welche die Deponierung französischer Effekten in ausländischen Banken mit sich bringe, wurde die Generaldebatte über das Budget geschlossen.

Präsidentenwahl in der Duma.

Petersburg, 11. November. (B. Z. V.) Die Reichsduma hat in ihrer heutigen Abend-sitzung den früheren Präsidenten Gutschkow, der im Sommer sein Amt niedergelegt hatte, mit 201 gegen 137 Stimmen wiedergewählt.

Weiter wurden gewählt: Zum 1. Vizepräsidenten Fürst Wolskoi (Rechte) mit 261 gegen 48 Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten Professor Kapschin (Oktoberist) mit 199 gegen 119 Stimmen.

Schwere Schiffsunfälle.

Calais, 11. November. (B. Z. V.) In der letzten Nacht überzochte ein heftiger Sturm zahlreiche Fischerboote auf dem Meere, mehrere scheiterten; etwa 30 Leichen wurden angetrieben.

Die Cholera.

Konstantinopel, 11. November. (B. Z. V.) Heute sind hier 29 Erkrankungen und 16 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

Charbin, 11. November. (B. Z. V.) Wegen Ausbreitung der Pestepidemie hat die russisch-chinesische Grenzkommission ihre Arbeiten abgebrochen.

Wie moderne Elektroschäfte gemacht werden.

Der Bau von elektrischen Kraft- und Lichtzentralen für Kommunen und für private Unternehmungen gehört zu den Hauptgeschäften der großen deutschen Elektrizitätsgesellschaften. Es ist in jüngster Zeit des öfteren darauf hingewiesen worden, wie durch eine äußerst geschäftsgewandte Methode, deren Grundlage eine sehr genaue Kenntnis der für den Laien so verfahrenen Ministerial- und Kanzleiwege ist, die Elektrozugwerke überall im Deutschen Reich Positionen besetzen, die die Voraussetzungen zur kommenden Monopolisierung der Elektrizitätsbeschaffung in Privat Händen sind.

Die nachfolgenden Zeilen sind der anderen Elektropraxis gewidmet, bei der es sich nicht darum handelt, im großen und ganzen gleich Millionen zu schaffen, sondern darum, dies Resultat mittels kleiner Vorteile, deren wiederholte Benutzung natürlich ebenfalls Umsätzen einbringt, zu erreichen und den Aktionären der Elektrogesellschaften auf diese Art die hohen Dividenden zu sichern.

Die Elektrizitätsgesellschaften Lahmeyer u. Co., Frankfurt am Main, ging 1888 im Wettbewerb mit dem Reichsamt für Elektrizitätswesen ein Elektrizitätswerk in Velten i. Mark, dem bekannten Sitze der Ofenindustrie, als Siegerin hervor. Sogar vor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin kam sie bei diesem Auftrage ins Spiel, damals wohl noch ohne die später üblich gewordene geheime Vorbereitung. Die nun dort in Velten ein Licht- und Kraftwerk durch die Lahmeyer-Gesellschaft erst als Konzession erworben, dann gebaut, verstaatlicht und wieder an die Gemeinde Velten verkauft wurde, das ist das Musterbeispiel eines modernen Elektroschäftes.

Das Schulerempel beginnt schon mit dem Abschluß des Vertrages zwischen den beiden Kontrahenten. Der Bau und Betrieb einer elektrischen Zentrale für Straßenbeleuchtung, Kraft- und Lichtabgabe wurde der Lahmeyer u. Co.-Gesellschaft mit der vertraglichen Bestimmung, daß die Gemeinde für die Straßenbeleuchtung zu zahlen habe, aber vom Gewinne des Werkes nichts bekomme, auf dreißig Jahre überlassen. Die Gemeinde bedang sich nur das Recht aus, nach Ablauf des neunten, fünfzehnten, zwanzigsten und fünfundzwanzigsten Kontraktjahres die Erwerbung der Gesamtanlage unter voller Bezahlung aller Werte vornehmen zu können. Nach dem Ablauf des 30jährigen Vertrages sollte, wenn vorher eine Uebernahme in kommunale Regie noch nicht erfolgt sei, die Voraussetzung zu der unentgeltlichen Uebergabe des Unternehmens in gutem und gebrauchsfähigem Zustande an die Gemeinde mit allen Rechten gegeben sein. Ueber neue Verpflichtungen des Werkes sollte vom neunzehnten Vertragsjahre an die Gemeinde mitreden können. Der wichtigste Paragraph des Vertrages, der bestimmt, unter welchen Voraussetzungen eine Uebernahme durch die Gemeinde vor Ablauf des Vertrages erfolgen könne, ist damals so unklar gehalten worden, daß man sich nicht wundern braucht, daß er der Lahmeyer-Gesellschaft für die Zukunft gut in ihren Aram paßt.

Für den Fall der Uebernahme der Gesamtanlage vor Ablauf des Kontraktes legte der Vertrag nämlich fest, daß die Gemeinde an die Elektrizitätsgesellschaft den halben Buchwert resp. Tagewert der ganzen Anlage und den fünfundzwanzigfachen Betrag des durchschnittlichen Jahresertrages aus den jüngst vorhergegangenen drei Jahren zu zahlen habe. Der so ermittelte Preis müsse aber mindestens um 20 Proz. höher sein, als der zur gleichen Zeit aus den Büchern festzustellende ganze Gesamtwert des Unternehmens. Die wichtigste Frage war also bei einem Ankauf des Werkes der Buchwert. Im normalen Falle setzt er sich bei einem gebrauchten Werke nicht mehr aus dem vollen Neuwert zusammen, sondern ist nur noch in der Höhe vorhanden, soweit er nicht durch Abschreibungen amortisiert ist. Bei dem Veltener Werke mußte der Gesamtwert in seiner ursprünglichen Gestalt und Einrichtung nach 30 Jahren, dem Ablauf des Vertrages, völlig abgeschrieben sein, weil er ja dann nach dem Vertrage unentgeltlich an die Gemeinde zu überlassen war. In dem Vertrage ist nun zwar wohl die jährliche Abschreibungsquote auf die einzelnen Einrichtungen festgelegt worden, die als spätere Erweiterungen, Vermehrungen und Neuanstellungen zu betrachten seien, aber für das Werk in seiner Urgestalt selbst hatte der Vertrag keine Abschreibungsverpflichtung festgelegt. Es konnte der Gemeinde also passieren, daß sie nach zehn oder zwanzig Jahren noch den vollen Buchwert aus der Zeit der Herstellung des Unternehmens in den Kaufpreis eingerechnet erhielt. Der Paragraph 4 dieses ominösen Vertrages spielte dann auch bei Unterhandlungen und schiedsgerichtlichen

Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien eine dementsprechend große Rolle. Auch sonst weist der Vertrag eine Menge Eigentümlichkeiten auf. Einmal ist nicht festgelegt worden, nach welchen Verbrauchsvoraussetzungen das Elektrizitätswerk zu bauen sei. Im § 2 verpflichtet sich die Gemeinde für die ganze Vertragsdauer, kein Konkurrenzwerk, nicht etwa nur für elektrische Kraft- und Lichtlieferungen, wie es verständlich gewesen wäre, zu bauen oder bauen zu lassen, sondern auch nicht daran zu denken, eine Zentralfabrikation nach Velten kommen zu lassen, wenn diese Gas oder irgend eine andere Energieart benutzen sollte! Die Gemeinde mußte ferner trotz der in der Elektroindustrie fortgesetzt erfolgenden Verbesserungen und Verbessigungen der elektrischen Kraft- und Lichtverwertung unbedeutend den alten Preis, der 1888 festgelegt worden war, weiter zahlen. Nur wenn die Verbesserungen eine Betriebssparnis von mehr als 50 Proz. ausmachten, sollten die Strompreise die Hälfte dieses Prozentsatzes zu merken bekommen. Des weiteren wurde der Elektrizitätsgesellschaft Lahmeyer ohne weiteres das Recht zugestanden, die Konzession an jeden beliebigen anderen weiter „zu verwerten“, wenn dieser nur Rechte und Pflichten mit übernahm! Daß während der Bauzeit des Unternehmens eventuelle Streiks der Arbeiter die vorgezeichnete Baufrist verlängern durften, verweist sich bei solchen Verträgen am Rande. Die Konventionalstrafe betrug überdies bei nicht rechtzeitiger Eröffnung des Unternehmens wöchentlich ganze 50 Mark.

Ehe sich der letzte Akt dieses kommunalen Elektrizitätsgeschäftes abzuspielen begann — es war 1908, als die Gemeinde von ihrem erstmaligen Rechte eines eventuellen Ankaufs Gebrauch machen wollte —, vollzog sich, von der Öffentlichkeit nicht gesehen, eine interessante Transaktion. Obwohl der Vertrag festlegte, daß während der Bauzeit eine Zedierung der Konzession nicht erfolgen dürfe, ging sofort nach vollendeter Vertragsabwicklung die durch die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Lahmeyer u. Co., Frankfurt a. Main, erworbene Konzession an die Deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, ebenfalls zu Frankfurt a. Main, über. Es war dies ein Tochterunternehmen der Erstenannten, welches 1903 wieder im Schoße der Mutter verschwand. Später, als die Sache von der Gegenpartei des Veltener Vertrages aufgegriffen wurde, schrieb der Rechtsvertreter der Lahmeyer-Gesellschaft, daß zwar die Konzessionsübertragung in den Geschäftsbetrieb der Lahmeyer-Gesellschaft gefallen sei, aber nicht die Konzessionsverwertung. Man gab die jedoch erworbene Veltener Konzession der Deutschen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen und buchte sich 100 000 Mark Gewinn! Da nun die Fabrikation von elektrischen Maschinen zur Betreibung von Elektrizitätswerken wieder Geschäftsbetrieb der Lahmeyer-Gesellschaft war, „so lag nichts näher“, als daß die Deutsche Gesellschaft gleich bei der Uebernahme der Konzession sich verpflichtete, das Werk bei der Lahmeyer-Gesellschaft in Bau zu geben! Die Zahlungen wanderten dann in Zukunft eben über die Lahmeyer-Gesellschaft als Fabrikantin an die Deutsche Gesellschaft als Konzessionsvertreterin und womöglich nochmals zurück, wieder über die Lahmeyer-Gesellschaft als Konzessionsverwerterin an das Elektrizitätswerk Velten! Dort erschienen die einzelnen Werte dann in den Hauptbüchern so aufständig präpariert, daß die Sachverständigen, die später zu verschiedenen Malen die Bücher prüften, sich über die in ihrer Größe imponierenden Differenzen wunderten. Es hat sich auch in dem zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft dann jahrelang hingehenden Schiedsgerichtsprozeß nicht genau feststellen lassen, ob und wie die Buchungen des Konto Velten bei den Lahmeyerwerken selbst ausgeführt haben. Dem beauftragten berechnenden Bücherrevisor wurden nach 1909 die nach Auflösung der Deutschen Gesellschaft fortgeführten Bücher und das darin befindliche Konto Velten aufgegeben. Das Lahmeyerische Konto bekam er überhaupt nicht zu sehen. Juristisch ganz mit Recht, denn die Deutsche Gesellschaft war die Konzessionsverwerterin. Wer die Geschäftskonten war, ist natürlich ein anderes Kapitel. Interessant ist bei dieser Metamorphose, daß eine gemeinsame Aufsichtsratsführung der Deutschen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen und der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Lahmeyer u. Co. am 27. Juni 1898 unter Punkt 2 ihrer Tagesordnung sich mit dem Elektrizitätswerk Velten in der Mark beschäftigte. Dort wurde beschlossen: „das Werk für Rechnung der Deutschen Gesellschaft zu bauen und zu betreiben. Die E. u. G. leistet der Deutschen Gesellschaft für das Werk auf die Dauer von fünf Jahren eine Garantie von 6 Proz. Verzinsung nach 3 Proz. Amortisation des gesamten Kapitals. Unterbeteiligungen an diesem Werk werden gänzlich nicht abgegeben.“

Als sich bei der ersten vertraglichen Möglichkeit, das Werk zu kaufen, die Gemeinde Velten meldete, begann die interessanteste Episode des Lahmeyerischen Geschäfts. Als nämlich die Buchwerte des Unternehmens festgestellt werden sollten, ergab sich, daß auf den ersten Ausbau des Werkes überhaupt keine Abschreibungen gemacht

wurden. Soweit Abschreibungen verrechnet waren, betrafen sie nach dem Ausbau angeschaffte Materialien resp. die später erfolgten Erweiterungen, für die ja der Vertrag genau berechnete Amortisationsquoten vorgesehen hatte. Der Buchwert des Ausbaues allein ergab sich auf die Art natürlich sehr hoch, rund 418 000 Mark. Dazu kamen dann noch die Kosten der Erweiterungen mit rund 198 000 Mark. Ganze 616 000 Mark waren als Abschreibungen verbucht; es ergab sich also ein Gesamtbuchwert von rund 605 000 Mark, der um 20 Proz. zu erhöhen war. Demnach sollte die Gemeinde einen Kaufpreis von 725 000 Mark zahlen! Die E. u. G. wollte das Werk laut ihrer Offerte von 1897 für 265 000 Mark bauen; bei der Lahmeyer-Gesellschaft kostete der erste Ausbau schon 406 000 Mark. Daß der Preis so hoch wurde, ist an sich erklärlich, mandieren doch die Aufträge über Konzessionskäufer, Konzessionsverwerter und Konzessionsausführer. Je näher nun die Buchführung angehen wurde, um so interessanter Dinge ergaben sich. Da waren erstens einmal, ganz abgesehen davon, daß die Buchwerte des ersten Ausbaues keine Abschreibungen aufwiesen, allerlei Dinge zu den Buchwerten zugehörig worden, die zu den Betriebsausgaben gehörten. Auf die Buchwerte des Unternehmens rechnete man die verschiedensten Posten mit ein; sie sind so eigentümlich, daß sie aufgezählt werden sollen: 127 Mark Demontage der alten Batterie, 1830 Mark außerordentlicher Mehrverbrauch an Kohlen infolge von Nachsichten, 286 Mark für verausgabte Ueberstundenlöhne, 150 Mark Reinigung und Malerarbeit in den Büroräumen, 686 Mark Montage und Inbetriebsetzung der neuen Batterie, 370 Mark Verluste an Kalkulation und 400 Mark Bauleitung. Die Verbuchung solcher Ausgaben auf den Buchwert erhöhte nebenbei auch den Jahresüberschuß, denn natürlich die Konzessionsbesitzerin einstufte. Als der Betrieb, wie von Anfang an vorgesehen war, vergrößert werden mußte, erschien eine Dampfmaschine auf dem Plane, die schon drei Jahre lang im Charlottenburger Elektrizitätswerke — ebenfalls ein interessantes Tätigkeitsgebiet der Lahmeyer-Gesellschaft — gearbeitet hatte. Neu hatte die Maschine 31 500 Mark gekostet, die Lahmeyer-Gesellschaft kaufte sie für 10 000 Mark wieder und stellte sie mit 20 000 Mark — hier sind die Transportkosten einberechnet — dem Veltener Werke zu Lasten.

Das allerinteressanteste Kapitel dieses eigenartigen Elektrizitätsgeschäftes der Lahmeyerwerke ist aber die Berechnung der Verzinsungen zum Bau des Werkes, soweit sie nicht selbst hergestellt wurden. Ueber die wirtlichen Preise wurden Rechnung und Quittung von den Lieferanten gegeben. Es wurde auch so bezahlt, wie es den wirtlichen Preisen entsprach, und dann ließ man sich Quittungen über erheblich höhere Beträge ausstellen. Die so hoch gemachten Rechnungen wurden die Buchungsunterlagen des Veltener Werkes! Natürlich mußte dabei das Anlagekonto des Unternehmens gründlich nach oben steigen. Da sind brave Schneidemeister, ein Veltener Maurermeister, ein Schlosser- und ein Glasermeister aus Velten, die sämtlich bezeugten — aber erst nachdem die Geschichte acht Jahre alt war —, daß man von ihnen solche Quittungen verlangt, und auch bekommen hätte! Als die Lahmeyer-Gesellschaft sich zu der Sache äußern mußte, meinte man ganz trocken, daß es doch selbstverständlich sei, wenn für Waren, für die die Gesellschaft der Zwischenhändler gewesen sei, ein „entsprechender“ Zuschlag in Rechnung gestellt werde. Bei der E. u. G. und anderen Werken sei dies ebenso! Wir wollen die E. u. G. durchaus nicht in Schutz nehmen, aber feststellen werden muß, daß in parallel gearteten Fällen für Fremdlieferungen, meist 10 Proz., vertraglich zugestimmt werden, und die 10 Proz. auch in der Rechnung erscheinen. In Charlottenburg hat sich die Lahmeyer-Gesellschaft dieses Recht überdies auch vertraglich festgelegt. Bei der Verwertung um die Konzession und den Betrieb des Veltener Werkes erklärte sie aber, daß sie alles selbst aufertige und baue. Aus dem Grunde hatte sie den Vorzug vor anderen Bewerbern. Später konnte man feststellen, daß von den 406 000 Mark der ersten Einrichtungs- resp. Baukosten 277 000 Mark sogenannte Fremdlieferungen waren! Der Rechtsvertreter der Lahmeyer-Gesellschaft schrieb in der Sache einmal, nachdem er darauf hingewiesen, daß die Zuschläge „ganz üblich“ seien: „Es macht dies (die Zuschlagsmethode) bei den Millionenlieferungen, welche für die Stadt Charlottenburg in Betracht kommen, jährlich Hunderttausende aus!“ Dann kann man ja Charlottenburg zu dem Prima-Vertrag gratulieren! Ob allerdings die Gemeindeglieder mit solchen Geschenken einverstanden sind, steht wohl auf einem anderen Blatt.

Das Schiedsgericht verurteilte schließlich die Lahmeyer-Gesellschaft, das ganze Werk für 400 000 Mark an die Gemeinde Velten abzutreten; die Widerklägerin wurde mit ihrer Gegenforderung, die Gemeinde Velten solle das Werk zu dem von ihr festgesetzten Buchwerte plus 20 Proz. kaufen, abgewiesen. Die Zeitung der Lahmeyerwerke erklärte, man füge sich dem Vorschlage des Schiedsgerichts nicht, sondern werde es auf die Urteile der ordentlichen Gerichte ankommen lassen! Die Gemeinde scheute wohl die langwierigen Untert

erstützung der Denkmäler für die höheren und die der Orden und Titel für die der unteren Rangesgrade.

Mutterstuh im Mittelalter. Gegenwärtig, wo die Bestrebungen des Mutterstuhes an Einfluss gewinnen, ist es von Interesse, zu sehen, das bereits das Mittelalter einen praktischen Mutterstuh gekannt hat. Prof. Waas in Karlsruhe hat darüber jüngst eine Studie veröffentlicht. In südlichen Spitalern wurden, wenn auch nicht überall und gelegentlich mit Beschränkungen, Gebärende und Wöchnerinnen aufgenommen; auch sonst genossen Frauen in geeigneten Umständen einige Vorzüge, jedes Haus und die Familie, die eine Stille oder Wöchnerin einschloß, genoss manche Vergünstigung. Mit am häufigsten begegnet man der Bestimmung, daß das Jinsuh, wie es zu Festlichkeiten oder zu anderen Zeiten der Herrschaft geliefert werden mußte, der Wöchnerin belassen werden solle, damit sie sich davon eine Krankenpflege bereite. Oester auch findet man, daß für Wein und Brot Sorge getragen wird, wie in dem Weistum aus dem Wübinger Reichswald am Ende des 14. Jahrhunderts. Gelegentlich hat die Gabe nur den Sinn eines Darlehens. Auch Trauben und Obst werden gewährt. Nicht häufig erscheint die Gewährung von Holz. Auch die körperliche Arbeit soll der Frau erleichtert werden. Das Bauernrecht in der Grafschaft Schaumburg bestimmte, daß, wenn ein Arbeiter für seinen Herrn beschäftigt sei und seine Frau kommt in die Wägen, er sofort die Arbeit im Stille lasse und seiner Frau zur Hilfe eile. Auch das Selbststille wird propagiert in einer älteren Verordnung, wonach die Frau, die der Herrschaft zur Arbeit im Felde verpflichtet sei, dreimal im Tage nach Hause gehen solle, ihr Kind zu säugen.

Notizen. Der Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde zu Berlin veranstaltet am Freitag, den 16. November, im kleinen Saal des Carl-Haberland-Theaters, Kommandantenstraße 77/79, eine Sonderausstellung fremdländischer Zierfische und Wasserpflanzen.

Der Kinetograph in der Untergrundbahn. Auf seinem Eroberungszug bringt der Kinetograph nun auch unter die Erdoberfläche: In Paris ist ein Unternehmer mit der kuriosen Idee aufgetaucht, die Tunnel der Untergrundbahn zu kinematographischen Zwecken auszunutzen. So gut wie es möglich ist, durch eine rasche Folge von Photographien den Anschein des Lebendigen zu erwecken, so gut könnte es auch möglich sein, in einem raschen Vorübergehen an aufgestellten Platten die Fiktion lebender Bilder zu erhalten. Die technischen Details dieses sonderbar anmutenden Planes werden noch geheim gehalten; aber jedenfalls verhandelt der Unternehmer in aller Form mit der Direktion der Pariser Untergrundbahn. Wahrscheinlich ist mit dieser originellen Idee irgendeine findige Kellame verknüpft.

Kleines Feuilleton.

Eine Proletarin als Romandichterin. Soeben ist in Paris der Roman „Marie-Claire“ von Marguerite Audouy erschienen. Das Werk wird mit einer begeisterten Vorrede von Octave Mirbeau eingeleitet, worin die merkwürdige Lebensgeschichte der Verfasserin mitgeteilt wird. Marguerite Audouy ist eine sehr arme und dauernd kranke Näherin. Außerhande, zu arbeiten und infolge eines Augenleidens auch am Lesen verhindert, schrieb sie, ohne Hoffnung auf Veröffentlichung, nur um in ihrer Einsamkeit eine Fixierung zu finden. Ein Kreis moderner Literaten wurde auf sie aufmerksam. Vor allem der unlängst verstorbene Ch. L. P. Hilipe, der freilich selbst auf keinen grünen Zweig kam, weil er dem Geschnat der Bourgeoisie keine Konzession machen wollte. Philippe ermutigte sie. Nun ist ihr Werk der Öffentlichkeit erdrossen. Mirbeau sagt über die Verfasserin: „Sie war keine „intellektuelle Deklassierte“, sondern die richtige kleine Näherin. Sie hat erzählt, wie sie in ihrer Jugend auf einer Bedienung der Solenne die Schafe hütete, wie sie dann in einem Speicher ein altes Buch fand, das ihr die Welt der Geschichten enthüllte. Seit diesem Tage las sie mit wachsender Leidenschaft alles, was ihr in die Hände fiel. Und sie wurde von dem unbestimmten Drang erfüllt, eines Tages selbst Geschichten zu schreiben. Dieser Wunsch ging an dem Tage in Erfüllung, da der Arzt, den sie im Hotel Dieu konsultierte, ihr das Nähen bei Strafe des Erblindens verbot.“ Mirbeau rühmt Marguerite Audouy eine ausgebildete Empfindung, einen festen Willen, ein selbständiges Temperament nach: „Es ist nicht wunderbar, daß eine der Orthographie unfähige Arbeiterin die großen Eigenschaften der Einfachheit des Gedankens, der Schöpfkraft wiederfindet oder vielmehr erfindet, zu denen die Erfahrung und der Willen nie gelangen? Allerdings, der Wille fehlt Marguerite Audouy nicht, und was die Erfahrung anbelangt, so wird sie durch jeenen angeborenen Sprachgeist ersetzt, der ihr nicht nur erlaubt, wie eine Somnambule zu schreiben, sondern an ihrem Ausdruck zu arbeiten, ihn zu vereinfachen und zu einem Rhythmus zu gelangen, dessen Gesetze sie nicht erlernt hat. Sie ist weder abseits, noch jenseits des Lebens. Sie scheint nur die Beobachtung zu verlängern und klarer zu machen.“

Die Republik Spanien. In der „Deutschen Revue“ schreibt Nicolas Salmeron y Garcia, daß die Verwandlung Spaniens in eine Republik unausbleiblich sei. Der offizielle spanische Staat, die bestehende Ordnung der Dinge, die Regierungsverhältnisse, das alles kommt nicht so zum Ausdruck, wie die wirkliche öffentliche Meinung es ausspricht und wie es auf den Bestrebungen und dem klar und deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes beruht. Ueberall und bei allen Gelegenheiten, bei welchen die wirkliche Ansicht des spanischen Volkes sich äußert, tritt der Widerstreit zwischen dem offiziellen Staate und der Masse des Volkes zutage. Unser Parla-

annehmlichkeiten, die ein solcher Prozeß noch mit sich gebracht haben würde und ging leider auf den Vorschlag der anderen Seite ein, das ganze Werk zum 1. Oktober 1909 zum Preise von 425 000 M. zu kaufen. So erhielt die Gemeinde Stellen das Werk, für welches man erst rund 725 000 M. zahlen sollte, zu einem um 300 000 M. billigeren Preis. Festgehalten muß dabei werden, daß die Lohnvergesellschaft auch so immer noch glänzend verdient hat, denn das Werk ist 1908, wenn seine Werte nach kaufmännischen Grundsätzen abgeschätzt werden, auch keine 425 000 M. wert gewesen!

Diese kommunale Elektrizitätsgeschichte zeigt, mit welchen Mitteln heute von „Rechts wegen“ bei den Großen und Größten gearbeitet wird, und sie zeigt auch, daß es sich Gemeinden nicht nur hundert, sondern tausendmal überlegen sollen, ehe sie von einer privaten Gesellschaft irgendwelche Kommunalunternehmen ausführen oder gar noch betreiben lassen. Und dann sollen sie die Verträge lieber zehntausendmal umwenden, ehe sie einmal ihren Namen darunter setzen. Leider verschafft der Staat in erster Linie den Großen und nicht nur in der Elektroindustrie, die Grundlagen zu solchen Geschäften. Die ausschließliche Vergabe der Zeltometer Kreisstrahlen zur Verlegung elektrischer Leitungen an eine Gesellschaft, die alleinige Benutzung der Staatsstrahlen zu demselben Zwecke, die der A. G. U. für das ganze Gotha bewilligt worden ist, der Vertrag des Fiskus im Saargebiet und ebenfalls wieder bei der A. G. U. sowie die Vorgänge in allerwärts Nähe Berlins, die sich mit der Umwandlung der Zentrale in Eberswalde vollzogen haben, bleiben die erste Grundlage zu den Millionengeschäften der Elektrizitätsgesellschaften. Hier sind die Folgen einmal aufgedeckt worden, aber in neunundneunzig anderen Fällen werden sie der Bevölkerung nur insofern bekannt, als sie hohe Kommunalabgaben tragen müssen.

Soziales.

Zur Halbierung der Ortskrankenkassenbeiträge.

Die sächsische Textil-Verufsgenossenschaft hat sich, wie deren stellvertretender Direktor Dr. Eggert auf der Hauptversammlung der Oberlotharischen Ortsgruppe des Verbandes sächsischer Industrieller mitteilte, einstimmig gegen die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber ausgesprochen. Die sächsische Textilindustrie, die bisher in einzelnen ihrer Zweige zum Zentralverband deutscher Industrieller gehörte, tritt mit diesem Beschluß in verständigem Gegensatz zu der vom Zentralverband deutscher Industrieller eingenommenen Haltung zu dieser Frage.

Eine fette Prühe.

Der Magistrat zu Hundsfeld in Schlesien hat die Stelle eines Nachschaubeamten ausgeschrieben, der ein Jahresgehalt von 365 M., zu welchen noch 35 M. Nebeneinnahmen und Wohnung im Werte von 75 M. kommen, erhalten soll. Demnach würde sich der Tageslohn auf 1,30 M. belaufen. Wie es in der Ausschreibung heißt, muß der Mann dafür noch die Reinigung des Marktplatzes und einige ähnliche Arbeiten außer seinem Hauptberuf versehen.

Gerichts-Zeitung.

Ein einsamer „Noabiter“.

Es traf sich zufällig, daß gestern, wo der große Noabiter Prozeß eine einjährige Unterbrechung erfährt, vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg eine Sache verhandelt wurde, deren Akten auch die Aufschrift „Noabiter Straßennrücken“ tragen. In sich hat dieser Fall mit dem, was die Staatsanwaltschaft „Noabiter Straßennrücken“ nennt, ebensowenig zu tun, wie viele derjenigen Fälle, welche die Staatsanwaltschaft in ihrer Massenanklage vor die Lieber-Kammer gebracht hat. Mit demselben Recht oder richtiger mit demselben Unrecht, womit die Staatsanwaltschaft Schimpfereien in der Mittelstraße und in der Königstraße der Noabiter Massenanklage einverleibt, hätte sie es auch mit diesem Falle tun können, wenn sich derselbe nicht im Bezirk des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg zugezogen hätte. Da Schöneberg zum Landgericht II gehört, ist die Zuständigkeit des Landgerichts I ohne ein Angehen um Zustimmung des Landgerichts II ausgeschlossen.

Es handelt sich im vorliegenden Falle um eine Anklage gegen den Arbeiter Notow, der als Streikposten die Straßenordnung übertreten haben soll. Er stand am 22. September morgens 8 Uhr als Streikposten in der Poststraße, wo sich das Geschäft der mit Kupfer u. Co. verbundenen Kohlenfirma Karstadt befindet. Hier ereignete sich der heroische Vorgang: Ein Schuhmann forderte den Streikposten auf, sich zu entfernen; dieser ging, kehrte bald zurück, wurde fesselt und erhielt einen Strafbefehl, der ihm wegen Uebertretung der Straßenordnung — eine Woche Haft auerlegte.

Vor Gericht stellte sich heraus, daß der Schuhmann Preuss dem Angeklagten unterliegt hat, in der Poststraße zu stehen oder auf und ab zu gehen, weil bei der Firma Karstadt gestreikt wird. So sagte es der Schuhmann als Zeuge selbst, und er berief sich auf eine Anweisung seiner Vorgesetzten, wonach er den Aufenthalt von Streikposten in der Nähe des Karstadt'schen Geschäfts zu verhindern hatte, und zwar im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, denn es seien vordem Kutscher mit Steinen geworfen worden.

Der Amtsanwalt meinte, der Schuhmann sei hingestellt worden, um das Streikpostenstehen zu verbieten. Diesem Verbot sei der Angeklagte nicht gefolgt, deshalb müsse er bestraft werden.

Hier scheint dem Vertreter der Anklage das Bewußtsein gekommen zu sein, daß seine Angabe, der Schuhmann habe das Streikpostenstehen verbieten sollen, zwar richtig, ein solches Verbot aber ungesetzlich ist. Also fuhr der Amtsanwalt fort: „In sich ist ja das Streikpostenstehen erlaubt, aber der Streikposten darf sich keiner strafbaren Handlung schuldig machen. Das aber hat der Angeklagte getan, indem er der Aufforderung des Schuhmanns nicht Folge leistete. Der Angeklagte ist zwar unbestraft, aber gegen einen derartigen Unfug muß mit allen Mitteln auch seitens des Gerichts eingeschritten werden mit Rücksicht auf die Vorgänge der letzten Zeit. — Eine Woche Haft beantragte der Amtsanwalt.“

Der Verteidiger, Dr. Kurt Rosenfeld, betonte, daß die Anordnung, auf die sich der Schuhmann berief, durchaus unzulässig sei. Denn wenn den Streikposten der Aufenthalt in einer Straße untersagt wäre, so läme das einem Verbot des Streikpostenstehens überhaupt gleich. Durch die Art, wie der Angeklagte das Recht des Streikpostenstehens ausübte, habe er sich nicht strafbar gemacht, er müsse also freigesprochen werden. Aber selbst, wenn das Gericht zu einer Verurteilung kommen sollte, würde höchstens eine geringe Geldstrafe verhängt werden können. Das vom Amtsanwalt beantragte hohe Strafmaß erklärte sich wohl daraus, daß die Akten die Aufschrift tragen: „Noabiter Straßennrücken“.

Nachmals erhob sich der Amtsanwalt. In kleinen Städten und auf dem platten Lande — sagte er — könnte den Streikposten ein weiterer Spielraum gelassen werden. Aber in großen Städten sei das etwas anderes. Da kämen leicht Unruhen durch Streiks vor. Wenn einmal Ausschreitungen vorgekommen seien, dann habe die Polizei das Recht, einen Schuhmann hinzustellen, der das Streikpostenstehen zu verbieten habe.

Rechtsanwalt Rosenfeld trat dieser Auffassung entgegen und betonte, die Freiheit, welche der Amtsanwalt auf dem platten Lande den Streikposten zugestehen wolle, sei gegenstandslos, da die ländlichen Arbeiter ja gar kein Streikrecht haben.

Das Gericht stellte sich auf den Rechtsstandpunkt der Staatsanwaltschaft. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung sagte, gilt dem Gericht die Anordnung eines Schuhmanns als berechtigt, wenn nicht im Besonderen nachgeprüft ist,

daß er pflichtwidrig gehandelt hat. Bei einem Streik müsse die Polizei Präventivmaßnahmen treffen und nicht erst warten, bis große Unruhen vorlämen, wie wir sie in der letzten Zeit gesehen hätten. Die Polizei sei im vorliegenden Fall berechtigt gewesen, dem Streikposten den Aufenthalt an einem bestimmten Platz zu verbieten. Der Aufforderung des Schuhmanns habe der Angeklagte unbedingt folgen müssen. Das habe er nicht getan, denn er sei wieder zurückgekommen. Bei der Strafzumessung sei der Erfahrungssatz zu berücksichtigen, daß Streikende mit Arbeitswilligen nicht gerade glimpflich verfahren. Man habe schon gehört, daß Arbeitswillige von Streikenden halb toteschlagen worden seien. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte unbestraft sei. Eine Geldstrafe von 10 M. sei deshalb angemessen.

Als der Richter davon sprach, daß Arbeitswillige halb toteschlagen seien, wandte er sich an irgend jemand im Zuhörerraum mit der Bemerkung: „Das gefällt Ihnen wohl nicht. Sie schütteln mit dem Kopf. Wenn Ihnen das nicht gefällt, dann müssen Sie hinausgehen.“

Die „bessere“ Gesellschaft

wurde in einem Zeitungsartikel geschildert, den die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Der freie Arbeiter“ im Juli dieses Jahres veröffentlichte. Darin wurde ausgeführt, diese sich für besser haltende Gesellschaft sei in moralischer Hinsicht keineswegs besser, vielmehr müsse man bei näherer Betrachtung geradezu von Ekel und Grauen vor ihr ergriffen werden. Geschildert wurde, wie der Besidehnde in Lasterhaftigkeit ein Wohlleben führe und der Beschloßene von Not und Elend bedrückt werde. Aber das Proletariat wolle nicht länger sich das Unrecht gefallen lassen, das es von der „besseren“ Gesellschaft zu erdulden habe. Der Artikel sprach dann von einer unbedingten Notwendigkeit der sozialen Revolution. Er kündigte an, daß es eines Tages losgehen werde, und schloß mit einem Wehe über die „bessere“ Gesellschaft. Dieses Wehe und das Wort von der sozialen Revolution taten es der Staatsanwaltschaft so sehr an, daß sie aus dem Artikel eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten samt einer Aufforderung zum Angehorfam gegen Gesehe herauslas. Am Freitag stand der verantwortliche Redakteur des Blattes, der Tischler Hüller, als Angeklagter vor dem Landgericht I Berlin (Hilfsstrafkammer 3b).

In seiner Vernehmung durch den Vorsitzenden Landgerichtsrat Bohr bekannte sich der Angeklagte als Anhänger des Anarchismus, der die jetzt bestehende Gesellschaftsordnung nicht durch Gewalt, sondern durch Aufrichtung beseitigen wolle. Den Artikel habe schon im Jahre 1899 die anarchische Zeitschrift „Neues Leben“ veröffentlicht, die erneute Veröffentlichung durch die Zeitschrift „Der freie Arbeiter“ im Jahre 1910 sei im Hinblick auf die Allensteiner Ständekongresse für zeitgemäß gehalten worden. Schon 1899 sei von der Staatsanwaltschaft verurteilt worden, wegen jenes Artikels einen Redakteur auf die Anklagebank zu bringen. Hüllers Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halpert, überreichte zur Verlesung einen damaligen Bescheid des Landgerichts I Berlin, das die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte. Das Landgericht hatte angenommen, objektiv liege keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten vor, auch nicht in dem Hinweis darauf, daß es eines Tages losgehen werde, der lediglich eine Erwartung ausbreite. Verlesen wurde auch ein Bescheid des Kammergerichts, das damals von der Staatsanwaltschaft durch Beschwerde gegen das Landgericht angegriffen worden war. Es war zu dem Ergebnis gekommen, der die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnende Bescheid sei aufrecht zu erhalten, weil der Angeklagte sich einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten nicht bewußt gewesen sei.

Hiermit war die Beweiserhebung erschöpft. Staatsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte, den Angeklagten schuldig zu sprechen. Er fand, die angeführten Entscheidungen des Land- und Kammergerichts seien nicht zutreffend, weil dabei nicht die Tendenz jener Zeitschriften berücksichtigt worden sei. Die Tendenz sei schon gekennzeichnet durch das Titelbild, auf dem man zwei in Gewehr gerückte Arme sehe, sowie durch die Aufschrift „Waffen und Völlen“, wobei er, der Staatsanwalt, auf das „Wollen“ ein besonderes Gewicht lege. Der Artikel sei um so bedenklicher, wenn er einem den unteren Volksständen angehörenden Lesepublikum geboten werde, das ihn mehr oder weniger kritisch in sich aufnehmen. Daß Hüller das Bewußtsein gehabt habe, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen und zum Angehorfam gegen Gesehe aufzufordern, gehe schon aus der Tendenz des Anarchismus hervor. Als mildernd sei aber zu berücksichtigen, daß er durch jene Entscheidungen sich verleiten ließ, den Artikel für nicht strafbar zu halten. Eine Geldstrafe von 100 Mark sei ausreichende Sühne.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halpert wies den Versuch der Staatsanwaltschaft zurück, die Tendenz als Beweismittel zu benutzen. Nicht über die anarchische Weltanschauung habe das Gericht zu urteilen, über sie werde abgeurteilt werden vor dem Tribunal der Geschichte. Uebrigens verlange der Anarchismus keineswegs die Anwendung von Gewalt, und das Wort Revolution habe für die Politik längst seine Schrecken verloren, weil es nicht im Deutabelfinn aufzufassen sei. Zum Beweise hierfür seien eventuell Professor Sembart und Chefredakteur Volkath als Sachverständige zu laden. Weder von Aufforderung zum Angehorfam gegen Gesehe noch von Aufreizung zu Gewalttätigkeiten könne die Rede sein, der Artikel enthalte lediglich eine Bekundung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen und den Ausdruck der Erwartung einer einseitigen Aenderung. In subjektiver Hinsicht sei zu berücksichtigen, daß Hüller sich auf Gerichtsentscheidungen stütze. Unmöglich könne die Anklagebehörde fordern, daß er sich auf denjenigen Standpunkt hätte stellen sollen, den im Gegensatz zum Land- und zum Kammergericht jetzt sie einnehme. Der Angeklagte sei freizusprechen.

Das Urteil lautete so: In objektiver Hinsicht sei festgestellt, daß der Artikel zu prinzipiellem Angehorfam gegen Gesehe aufgefordert habe, zu einem Vorgehen, bei dem es z. B. zur Verlesung von Eigentum, zu Körperverletzungen, eventuell sogar zu Totschlag kommen würde. Auch sei der Artikel geeignet, verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufzureizen, nämlich die nichtbesitzende Klasse gegen die Besitzende. Es handle sich nicht darum, was der Anarchismus wolle, sondern darum, wie die Leser das auffassen, und das könne das Gericht selber ohne Sachverständige beurteilen. In subjektiver Hinsicht komme dem Angeklagten zugute, daß er den Artikel für nicht strafbar halten konnte. Lediglich deshalb sei er freigesprochen worden, doch sei auf Unbrauchbarmachung des Artikels, der Platten usw. erkannt worden.

Ein gemeingefährlicher Jugendverführer

wurde gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen Sittlichkeitsverbrechens und Vergehens gegen den § 175 St. G. B. mußte sich der Kaufmann Viktor Behrens verantworten. Mitangeklagt war der Lehrling Alexander Diehr. Einmal Tages wurden der Angeklagte Diehr und der 19jährige Schüler Buth in der Wilhelmstraße von Behrens angesprochen und gefragt, ob sie sich nicht Geld verdienen wollten. Die jungen Leute wurden dann von B. in eine Wohnung in der Seidelstraße verführt, in welcher er unter falschem Namen hauste. Wie sich später ergab, hatte B. in verschiedenen Stadtteilen Wohnungen gemietet, die er als Absteigequartiere benutzte. Am nächsten Tage fiel der Mutter des Buth das eigentümlich vergebene Wesen ihre Sohnes auf. Sie nahm den Jungen ins Gebet und erfuhr zu ihrem Entsetzen, daß er das Opfer eines gemeingefährlichen Anabenschwänders geworden war. Als ihr der Junge mitteilte, daß der Angeklagte ihn zum nächsten Tage um 7 Uhr nach dem Spittelmarkt bestellt hätte, benachrichtigte sie sofort die Kriminalpolizei. Als Behrens hier erfahren wurde, wurde er von einem Kriminalbeamten verhaftet. In dem Ermittlungsverfahren stellte es sich heraus, daß Behrens den 19jährigen Diehr, nachdem er sich in der schändlichsten Weise an ihn vergangen hatte, in seinem Stofflager herumgeführt und ihm, als B. keinen passenden Stoff fand, drei Mark gegeben hatte. Das Gericht hielt es für angebracht, den Angeklagten Behrens mit Rücksicht auf sein gemeingefährliches Treiben auf längere Zeit unschädlich zu machen. Das Urteil gegen

ihn lautete auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, während Diehr wegen Vergehens gegen den § 175 zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Jum Plakatgesetz.

In einem Strafverfahren wegen Uebertretung des § 10 des preussischen Plakatgesetzes wurde Wigort beschuldigt, Plakatschriften (Aufrufe zu einer Versammlung) ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich verteilt zu haben. Die Strafkammer in Graudenz sprach dem Angeklagten frei, weil die Verteilung eine entgeltliche gewesen sei. Angeklagter habe eine Mark erhalten, und zwar nicht bloß zum Schein. Das gehe daraus hervor, daß Angeklagter zum Zwecke des Verteilens vor einer Fabrik eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht und so einen Lohnausfall gehabt habe. Das entgeltliche öffentliche Verteilen lasse nicht unter das preussische Plakatgesetz. — Das Kammergericht hob dieser Tage das Urteil auf und betraute die Sache an das Landgericht zurück, damit dieses nachprüfe, ob etwa ein gewerbmäßiges Verteilen vorläge, auf das die Bestimmungen der Gewerbeordnung Anwendung fänden. Es fehle bisher eine solche Prüfung.

Aus aller Welt.

Anwetter und Ueberflchwemmung.

Aus den westlichen Provinzen Sachsen, Hannover, Westfalen, Rheinland und aus Belgien liegen Nachrichten über heftiges Schneestreiben vor. Vereits hinter Magdeburg sind die Telegraphen- und Telephonleitungen zum großen Teil gestört. Aus Ostpreußen wird Schneesturm gemeldet; die telephonischen Verbindungen in der Provinz sind größtenteils unterbrochen. In Thüringen stoch an verschiedenen Stellen der Bahnverkehr, die Werra und die Saale führen Hochwasser. Das Hochwasser des Rheins und Neckars wird immer gefährlicher, der Wasserpegel der genannten Flüsse ist noch immer im weiteren Steigen begriffen. Aus Weh kommt die telegraphische Meldung, daß die Mosel übergetreten ist und weite Strecken Landes überschwemmt hat. Die St. Symphorieninsel steht so hoch unter Wasser, daß nur noch einzelne Dämme und Gebäude herausragen; auch der Zeughausstaden ist überflutet. Die Mosel erreichte nachts ihren Höchststand mit 6,94 Meter und fiel gestern vormittag auf 6,50 Meter. Sie dürfte auch weiter fallen, da die Grenzstation Mülheim bereits in der Nacht ein Nachlassen des Hochwassers um 1 Meter gemeldet hat. Dagegen kommt aus Trier die Nachricht, daß dort die Mosel weiter steigt. Die Vorstädte St. Barbara und Zur Linden sind teilweise überschwemmt. Das Wasser der Saar fällt.

Luzern, 11. November. In Remich steht das Wasser der Mosel teilweise bis zum ersten Stock der Häuser. Das Postamt steht etwa 40 Zentimeter unter Wasser. Die Mosel steigt noch weiter.

Paris, 11. November. Infolge strömenden Regens sind Mosel und Marthe stark angeschwollen und an vielen Stellen über die Ufer getreten. In Nancy ist der untere Teil der Stadt überschwemmt, so daß 1500 Personen ihre Wohnung räumen mußten. In Font-a-Mousson hat das Hochwasser mehrere Fabriken zum Stillstand gebracht. Auch von der Marne und ihren Zuflüssen wird starkes Anwachsen gemeldet.

Opfer des Sturmes.

Während eines heftigen Sturmes wurde am Freitag im Hafen der französischen Stadt Boulogne-sur-Mer das Fischerboot „Suffren“ beim Hafeneingange von einem Dampfer angerannt und an die Rüste geworfen. Die Mannschaft wurde von einem Rettungsboot aufgenommen, das Rettungsboot scheiterte aber und drei Mann ertranken, während elf Mann vermisst werden. Ferner sind noch drei andere Fischerboote untergegangen; beim Untergange des einen sind sieben Mann ertrunken, und man befürchtet, daß auch die Besatzungen der beiden anderen Boote verloren sind. Auch vier Zollbeamte, die eine Fahrt in See unternommen hatten, werden vermisst.

Vorbereitungen für den Luftkrieg.

Wie dem „New York Herald“ aus Baltimore gemeldet wird, haben die Flieger Latham und Drexel von Aeroplanen aus je sechs Scheinbomben auf das Kriegsschiff „Delaware“ geschleudert, die sämtlich getroffen haben. Latham hat außerdem vom Aeroplan aus eine am Boden befindliche Scheibe sieben Revolvergeschosse abgegeben, von denen zwei trafen.

Kleine Notizen.

Die schwarzen Vöden in Mex. Eine aus sieben Köpfen bestehende Familie aus Mex ist in die Jollerbarade eingeliefert worden, da der ärztliche Befund Erkrankung an schwarzen Vöden ergeben hat. Bisher ist ein vierjähriger Knabe an der Seuche gestorben.

Erdbeben in Rumänien. Wie ein Telegramm aus Bukarest meldet, ist in verschiedenen Teilen des Landes ein starkes Erdbeben verspürt worden. Besonders heftig trat die Erschütterung bei Mehadiac auf, woselbst verschiedene Felsabstürze und Terrairutschungen sich ereigneten. Die Erdstöße wiederholten sich einige Male. An Gebäuden wurde großer Schaden angerichtet. Circa 80 Häuser weisen Risse und Sprünge im Mauerwerk auf, zahlreiche Schornsteine wurden durch die Erschütterung abgetragen.

Orts-Krankenkasse Friedenau.

Ordentl. General-Versammlung

am Montag, d. 21. November,

abends 8 Uhr,

im Lokal Weinstock, Rheinstr. 80

(Ausgang Nr. 80 neben dem Haupt-

eingang, 1. Trepp, roter Saal).

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern,

(2 Arbeitsnehmer, 1 Arbeiter).

2. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung

und Abnahme der Jahresrechnung

pro 1910.

3. Statutenänderung.

4. Verlesendens. 290/1

Der Vorstand.

R. U.

Robert Butz, Richard Hagen,

Vorsitzender, Schriftführer.

Enorm billiger Verkauf

elegant. Monatsgarderoben

früher 50-90 M., jetzt

12-28 M.

Deutsches Bekleidungshaus,

Grete Frankfurterstraße 80,

Nur 1 Trepp, kein Laden,

Jahrgeld wird vergütet.

Konsum-Produktiv- u. Sparverein Zehlendorf und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit be-

schränkter Haftpflicht.

Einladung

zu der am

Sonntag, den 20. November,

nachmittags 2 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn W. Mied,

Karlstraße 12, stattfindenden

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und

Revisoren. 2. Bericht über die

gesch. vorgeschriebene Revision.

3. Entlastungsbeschluss für den Vor-

stand. 4. Beschlußfassung über die

Verteilung des Reingewinns. 5. Wahlen

a) zum Vorstand, b) zum Aufsichtsrat.

6. Beschlußfassung über die Höhe

der Darlehen. 7. Beschlußfassung

über Errichtung einer weiteren Ver-

kaufstelle. 107/12

NB. Anträge sind bis zum 15. No-

vember dem Vorstand einzureichen.

Die Versammlung wird pünktlich

eröffnet, da der Saal um 6 1/2 Uhr

geräumt werden muß.

Der Aufsichtsrat.

Otto Jäckel, Otto Steinborn.

Sie brauchen kein Geld!

Ohne große Ausgaben zu machen, verkaufe
weit unter Preis

AUF KREDIT Herren- Anzüge und Paletots

jetzt: 16, 20, 28, 36, 42, 50 Mark
früher: 24, 28, 36, 42, 56, 62 Mark
Anzahlung von 3-8 Mark.

Enorm billig:

Damen-Konfektion

Kostüme, Kleider, Blusen
Jacketts, Paletots, Röcke

jetzt: 6, 10, 15, 21, 28, 40 Mark
früher: 12, 18, 24, 28, 35, 47 Mark
Nur schicke mod. Piecen! Anz. von 2-6 M.

Sofort erhalten Sie beim Kauf eine elegante
Phantasie-Weste
gratis.

Möbel

Ganze Einrichtungen
Stube und Küche

Anzahlung von 10 Mark an.
Gewaltige Läger in 6 Etagen.

M. Glogau

Alte Jakobstr. 78.
(Ecke Dresdener u. Noß-Str.)
I., II., III., IV., V. u. VI. Etage.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Viehlswerder**,
an der neuen **Deerstraße** beim **Alten Freund**.

JMMALIN



Vertreter: Ferdinand Lüttgen,
Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Leihhaus Anklamer Str. 21
Hohe Beleihung!
Verkauf verfallener Pfänder.



Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c, Ecke der Star-
garder Straße.
Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.
**Winter-Paletots • Ulster
Anzüge • Winter-Loden-
Joppen • Pelerinen.**

Telephon Amt 3, 2632
Elegante Maßanfertigung. — Arbeiter-Berufs-Kleidung.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Markt Halle
Liefer an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ga-
rantie für tadelloser Sitz gegen
wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.
Ausnähererei u. Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Arbeiter- Kleidung jeder Art Militär- Stiefel

Schnürschuhe
Nur jahrelang erprobte Quali-
täten kaufen Sie am besten u.
billigsten im Spezialgeschäft
von
Wilhelm Scholem
Kottbuserdamm Nr. 94.

10000e Herren

schwärmen für Condor-Patent

Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren.

Vereinigt vornehmes Aussehen mit verblüffender
— Bequemlichkeit des An- und Ausziehens. —

Hauptpreislagen:

10⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰

CONRAD TACK & CIE.

Besichtigen Sie
unser Spezial-
Ausstellung!



120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (Teilh.)	N., Müllerstraße 3	SO., Wrangelstr. 49
C., Rosenhaler Straße 14	N., Reinickendorfer Str. 23	SW., Friedrichst. 240-241
W., Potsdamer Straße 50	N., Brunnenstraße 37	Charlottenburg: nur Wil- merdorfer Str. 122-123
W., Schillstraße 18	N., Danziger Straße 1	Rixdorf: Bergstraße 30-31
NW., Turmstraße 41	O., Andreasstraße 50	Potsdam: Brandenburger Straße 54
NW., Wilsnacker Straße 22	O., Frankfurter Allee 125	
NW., Boussestraße 29	SO., Oranienstraße 32	
N., Friedrichstraße 127	SO., Oranienstraße 2a	

Verkauf nur in unseren Filialen, da nur wir das alleinige
Fabrikations- und Vertriebsrecht im Deutschen Reich besitzen.

Heyn & Goldschmidt

Danziger Straße 98

an der
Schönhauser Allee

Pappel-Allee 1 u. 2

Unsere **88** Pf.-Tage

beginnen am **Freitag, dem 11. November cr.**

Große Posten **Strumpfwaren** × **Trikotagen** ×
Handschuhe × **Schürzen** × **Blusen** × **Kinder-
kleidchen** × **Kleiderstoffe** × **Handtücher** × **Tisch-
tücher** × **Rolltücher** × **Wäschestoffe** etc. etc.
stellen wir zu diesem Einheitspreis × soweit
Vorrat × in nur Prima-Qualitäten zum Verkauf.

In unserer Wirtschafts-Abteilung ganz hervor-
ragende Artikel wie **Porzellan**, **Glas**, **Lampen**,
Aluminium, **Bilder**, **Wandteller**, **Spielwaren** und
Christbaumschmuck.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliancestrass

Grosse Frankfurterstrass

Brunnenstrass

Kottbuser Damm

Sowjet Vorrat

Lebensmittel

Gervelatwurst	Pfund	1.25
Salamiwurst	Pfund	1.25
Thüringer Knoblauchwurst	Pfd.	1.25
Teewurst	Pfund	1.25
Sardellenleberwurst	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	1.05
Ghalotten-Leberwurst	Pfund	1.15
Landleberwurst	Pfund	95 Pf.
Brühwurst	Pfund	75 Pf.
Rotwurst I	Pfund	75 Pf.
Rotwurst II	Pfund	48 Pf.
Zwiebelleberwurst	Pfund	48 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.25
Schinkenspeck	Pfund	1.15
Gänsebrust	Pfund	1.45
Salze	Pfund	75 Pf.

Schweizer Käse	Pfund	78 Pf.
Tilsiter Käse vollfest	Pfund	68 Pf.
Edamer Käse	Pfund	75 Pf.
Brie-Käse	Pfund	45 Pf.
Gamembert	Stück	19 Pf.
Neuchâtel	Stück	19 Pf.

Rum (Verschnitt) 1/2 Flasche	1.10, 1.40
Kognak (Verschnitt) 1/2 Flasche	1.25, 1.50
Halb u. Halb 1/2 Flasche	1.05
Stonsdorfer	Flasche 1.05
Alpenkräuter	Flasche 98 Pf.
Berliner Tafelkummel	Flasche 98 Pf.

Brech- o. Schnittbohnen 1/2 Dose	28 Pf.
Kohlrabi 1/2 Dose	28 Pf.
Pfefferlinge 1/2 Dose	50 Pf.
Gemüse-Melange 1/2 Dose	45, 65 Pf.
Srippenschoten 1/2 Dose	38 Pf.
Junge Schoten 1/2 Dose	45 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf 1/2 Dose	68 Pf.
Bruchspargel mit Kopf 1/2 Dose	95 Pf.
Stangenspargel 1/2 Dose	1.10, 1.35
Erbsen (Victoria) Pfund	17 Pf.
Erbsen (geschält) Pfund	23 Pf.
Linzen Pfund	11, 14, 17 Pf.
Bohnen Pfund	17, 22 Pf.
Gem. Marmelade ca. 5 Pfund-Elmer	1.10
Pflaumen-Marmelade Pfund	30 Pf.
Kunst-Honig in dekorierten ca. 2 Pfund-Dosen	75 Pf.

Kasseler Rippespeer 75 Pf.

Fettgänse Pfund 60, 63, 68 Pf.

Apfelsinen (süsse) Dutzend	78 Pf.
Zitronen Dutzend	18 Pf.
Teitower Rübchen Pfund	10 Pf.
Sellerie Kopf	5, 10 Pf.
Spinat (frischer) 3 Pfund	20 Pf.
Kranzfeigen Pfund	25 Pf.

Almeria-Weintrauben Pfund	30 Pf.
Aepfel (Amerikaner) Pfund	19 Pf.
Essäpfel Pfund	10 Pf.
Kochäpfel 5 Pfund	33 Pf.
Kochbirnen 5 Pfund	45 Pf.
Essbirnen Pfund	25 Pf.



Ein Posten **Brokatband-Gürtel** verschiedene Breiten, in vielen schönen Farben Stück **45 Pf.**
 1000 **Emaillé-Wannen** rund Stück **95 Pf.**
 Ein Posten **Englische Teekannen** ca. 8-10 Tassen Inhalt, Stück **95 Pf.**

Kakao
Pfund **65 Pf.**

Das Freibillet.

Eine Frei- und Freier-Billetgeschichte.

„Ach, wie arm er doch war! ... Wenn man Otto Schulze heißt, Buchhalter ist und als solcher ganze 75 Mark monatlich „macht“ (wie der Amerikaner sagt) — dann hat man wohl Grund sich recht arm zu nennen.“

Denn Ersparnisse oder gar ein Vermögen besah Schulze, Angestellter der Firma Meyer, Müller u. Co. (Leder-Engros), auch nicht, so daß ihm niemand das Recht streitig machen konnte, sich seinem Kummer über seine materielle Rückständigkeit nach Belieben hinzugeben.

Otto war von diesem Standpunkte aus eine Null! Eine soziale Null!

Und dennoch: War nicht auch er ein Mensch, mit Empfindlichkeit für Liebe, Schönheit, Behaglichkeit und einem gewissen Komfort?

Wenn er an jedem Monatsersten zu Raffig Schall u. Co. ging, um Zahlungen für seine Chefs zu leisten, führte sein Weg durch die glänzendsten Geschäftstrahen der Stadt.

Da begegneten ihm Herren und Damen (denn es waren Männer und Frauen in eleganten Kleidern) so rosig und lustig und manche auch vornehm hochmütig, als ob es eine lächerliche Kleinigkeit sei viel Geld zu haben. Fast brühten diese Gefährten Herrn Schulze aus, daß nur Dummköpfe kein Geld hätten, ja daß es einfach nicht anständig sei, keine gefüllte Brieftasche zu besitzen.

Natürlich führte die etwas zügellose Phantasie Herrn Otto Schulze hierin etwas zu weit. Es waren wohl nur recht vereinzelte Tropfen und Karren, die so etwas dachten. Uebrigens: Was Raffig Schall u. Co. anbetrifft, so gab es da vorn, gleich an der Kasse, ein wahres Blühmädel von Buchhalterin. Sie hatte jenes rotgoldene Rigenhaar, das Herr Schulze so liebte und das überhaupt so selten war. Und ein paar Augen hatte die Kleine Teufelin! Wie das Blau eines Frühlingshimmels.

Und man liebt den Frühlingshimmel, auch wenn man nur ein einfacher Buchhalter ist. Und man hat oft dafür mehr Herzensverständnis wie der Herr Kommerzienrat im Jodelpels und Zylinder.

Und über diesen Lenzhimmel mitten im Spätherbst vergaß er neulich mal die Gelder abzugeben.

Er wollte wirklich und wahrhaftig mit der Quittung von bannen ziehen und das Geld in der Tasche behalten.

Da lachten die beiden Frühlingshimmel unter der brandgoldenen Umfassung und das Fräulein sagte:

„Aber Herr Schulze! Das Geschäft ist bis jetzt nur für Sie erledigt!“

Schulze wurde rot wie der rote Blutfreis auf der japanischen Flagge. Er stammelte irgendeine blödsinnige Entschuldigung, gabte und empfahl sich. Was konnte schließlich er dafür! War nicht der Himmel schuld? —

Als er draußen war, begann er sofort sein Neuhäres zu mustern. Sein Spiegel war ein Schaufenster mit Schweizer und Holländer Käsen. Auch ein Messing-Plakat für Margarine hing darin. Es war eine blaue Jungfrau mit einem knallroten Gesicht. Sie schien sich in einer Dauerrousch des Entzündens zu befinden.

Ein Wunder! Ruh die Qualität der Margarine „Ovom“ nicht jedes Mädchen- oder Frauenherz höher schlagen lassen? —

Aber nicht nur das bemerkte Schulze. Er bemerkte auch wie schädig und abgenutzt sein Anzug war. Sein Anzug. Denn er besah nur den einen. Wie kümmerlich hatte er sich damals — vor drei Jahren — das Geld dazu zusammengespart!

Und plötzlich wurde er noch einmal rot. Hochrot.

Was mochte wohl Fräulein Hulda Bluh (den Namen der Haargold-Nixe hatte er schon längst heraus) von ihm denken! Wenn er so in dem schädigen ... Kein. Jetzt war der große Moment in des Buchhalters Dasein wieder einmal da:

Er mußte einen neuen Anzug haben!

Und dann wollte er Fräulein ...

Aber was waren das wieder für Phantasten! Hatte er denn Geld?!

Nein. Zum Anzug und zu Ersparnissen langte es nicht, das kleine Gehalt, wenn er nur einigermaßen als Mensch existieren wollte. Denn damals hatte er lange Zeit hungern müssen, um das Geld für die neue Hülle seines irdischen Ichs zusammenzubringen. Und das hatte seit ein Jahr gedauert.

Aber jetzt — vorläufig — mußte er also verzichten.

Verzichten auf alles, was unser Leben schmückt: Auf gute Kleidung, auf die Angebetete seines Herzens, auf ... Ja überhaupt auf jeden Genuß.

Hatte er sich's wohl erlauben dürfen in den letzten Jahren ein Theater zu besuchen? Und ach, wie liebte er das Spiel der Bühne! Als ihn damals, vor langer, langer Zeit, der Onkel Edward mal mitnahm, wie hatte es in ihm gejubelt, als er ein Theater auf einmal von innen zu sehen bekam. Zum Onkel Edward wollte er jetzt nicht mehr. Noch nicht. Denn der war tot. Und er liebte das Leben so sehr.

Alle diese Betrachtungen machten Otto verbroffen, ja direkt verbittert. Dann dachte er wieder: Selbst wenn ich gut gelleidet wäre, wie sollte ich mich Hulda nähern? Ach, sie würde ihm vielleicht hell in's Gesicht lachen, wenn er z. B. sagen würde: „Fräulein Bluh! Wie wär's, wenn wir mal morgen zusammen —“

Weiter wäre er vielleicht gar nicht gekommen.

„Wie wär's? Dumme wär's!“ So hätte sie vielleicht erwidert. Ach, auch hier sah er keinen Weg ...

Als er beim Mittagessen (60 Pfennige mit Bier) in der Zeitung etwas Ablenkung von seinen seelischen Finsternissen suchte, ruhete sein Blick plötzlich.

Lange. Sehr lange.

Und nochmals. Und immer nochmals las er. Da war ein Geschäftshaus, das offerierte auf Kredit! fast alles, was der äußere Mensch nötig hat oder nötig zu haben glaubt: Herren-, Damen-, ja Kinder-Garderobe, Manufakturwaren, Teppiche, Da-

menhüte, Pelzwaren, Schuhe, Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen. Und noch vieles, vieles andere.

Und nicht nur für den äußeren Menschen. Selbst für den inneren hatte dieses ganz eigenartige Geschäft Sorge getragen:

Jeder Käufer erhält dort nämlich ... Run, was? —

Erhält dort nämlich fage und schreibe: Theaterbilletts gratis, Vollkommen gratis! ...

Jene Mittagsstunde war die Glückstunde in dem Dasein des Buchhalters.

Er ist heute ein verheirateter Mann. Jowohl. Ein verheirateter Mann und Vater eines entzückenden Nadelchens. Das rote Rigenhaar hat ...

Wie das alles kam!

Ganz einfach:

Otto kaufte nicht nur einen neuen Anzug, sondern auch einen neuen Leberzieher, ja sogar Hut und Stiefel bei jener Firma. Alles auf monatliche Raten-Zahlung. Denn man gab ihm bereitwillig Kredit; obwohl er so arm war.

Und die Theater-Billetts erhielt er ebenfalls. Denn jene Anzeige enthielt nur Wahrheit. Es wurde nichts darin versprochen, was nicht reell gehalten wurde.

Schulze war aber eigentlich ein größerer Schlauberger, als ich bei Beginn unserer Bekanntschaft annehmen konnte.

Der Pfiffikus sandte nämlich eines der Biletts an Hulda, Anonym. Ohne jede Beile.

Die Kassennig., die wie alle jungen Damen die darstellende Kunst durchaus nicht unterschätze, kam.

Kam und Otto sah und freute.

Das übrige? —

Na, das reimt man sich auch ohne meine berichtende Langstieligkeit zusammen.

Aber — was ich sagen wollte: Die Geschichte ist nicht etwa erfunden. Durchaus nicht. Denn jenes große Kredithaus existiert in Wirklichkeit. Der Name tut nichts zur Sache. Wenn ich ihn nennen würde, würde ich der Firma natürlich sofort Kundschäft in Massen zuführen. Aber das will ich nicht.

Wo? —

Ich bin freier Schriftsteller und empfehle keine Geschäfte. — Denn was habe ich nötig, Reklame ...

Halt! Es wäre doch unredt, die Adresse zu verschweigen. Denn könnte ich nicht manchen und manche durch Kennung des Geschäft's ebenfalls glücklich machen?

Also:

Das Kredithaus V. Heber, Berlin N 54, Brunnenstraße 1, am Kottbuser Tor, welches bekanntlich Frankfurter Allee 89 und Kottbuser Damm 103 Filialen unterhält.

Run freue ich mich.

Denn ich glaube, noch viele solcher Schulzes laufen heut herum. [B 3069]

Möbel-Lechner

am Rosen-thaler Tor Brunnenstraße 7, am Rowen-thaler Tor

Wohnungseinrichtungen auf Kredit

— Hiesig-Auswahl. —

1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
 2 Stuben und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
 Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
 Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
 Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an

Bunte Küchen, großes Lager.
 Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an. Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärts. Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

Reste

Damentasche, schwarz und farbig, Costumes Stoffe, neueste Muster. Trikot-Stoffe, Seiden-Pingeh, Hammoie, Seide etc.

Confection

Paletots, Jacketts, Regen-mäntel, Costumes und Costum-öcke in großer Auswahl.

C. Pelz,

Kottbuserstr. 3.

Vorwärtsleser! Aufgepaßt!

Prinzen-Bianbleibe, Prinzenstraße 34, 1 Treppe (kein Laden), **Monatsgarderobe** und verfallene Pländer, für jede Figur passend, bestehend in Winter-pelzcoats von 8-25, Anzügen von 10-25, Hosen von 2,50 an, Betten, Wäsche, Gardinen, Vorhären, Teppiche, Geldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Pelz-Stolas, im Verlag verfallen, faunend billig. Annoncen-Vorzeiger erhält Fahrgeld. Prinzen-Handleche, Prinzenstraße 34, 1 Treppe (zwischen Ritterstraße und Northplatz).

Arbeiter finden für ihren Beruf

gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heineke,
 Laden gelb gerichtet.

ff. Schlack- u. Salamiwurst à Pfd. 1.20 M.

ämtliche Gänseartikel, als Gänselein, Gänseleutenfleisch, Gänseknochenfleisch, Reuten frisch und gepöfelt, geräucherter Reuten zum roh essen empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen

H. Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,

130/6 Edwans Kaiser-Wilhelm-Strasse.

Aus Industrie und Handel.

Eine gepfefferte Antwort.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat seinen Verhandlungsbericht über die Wienarverhandlungen vom 6. Februar d. J. Anfang August den städtischen Verwaltungen mit einem Rundschreiben überfandt und ihnen anheim gegeben, die vom Deutschen Landwirtschaftsrat zur Befreiung der Fleischversorgung vorgeschlagenen Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Hierbei hat er u. a. vorgeschlagen, genossenschaftlichen Mastanstalten materielle Beihilfe zu gewähren, städtischen Grund- und Boden für Landwirtschaftsbetriebe gegen billiges Entgelt zur Verfügung zu stellen, um hier das den Märkten zugeführte Schlachtreife Vieh mit Abfällen der Stadt ausmästen zu können. Hierfür hat die Bürgermeisterei zu Offenbach folgendes geantwortet:

„In diesem Vorschläge können wir nur den befreundlichen Versuch erblicken, jetzt auch noch die Kosten und das Risiko der Viehmästung von dem landwirtschaftlichen Produzenten, dem sie zukommen, auf den Konsumenten abzuwälzen — nach dem seitens gewisser landwirtschaftlicher Kreise immer unverhüllter aufgestellten Prinzip: aller Vorteil und aller Schutz dem Produzenten, alle Lasten und alles Risiko dem Konsumenten! Die Stadtverordnetenversammlung kann in der bei Ueberlegung des Verhandlungsberichts der 38. Wienarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zum Ausdruck gekommenen Zustimmung, die Städte sollten den in dieser Verhandlung ausgeprochenen Forderungen nachkommen, nur ein neues Dokument dafür erblicken, wie dem Landwirtschaftsrat das Bewußtsein dafür völlig abhanden gekommen ist, daß den Vieh so laut betonten und in so weitgehendem Maße im Anspruch genommenen Rechten der Landwirtschaft gegenüber der Allgemeinheit auch große Pflichten gegenüberstehen müssen, ein neues Dokument für das seit Jahrzehnten fortwährende Bestreben des Großgrundbesitzes, sich Sonderprivilegien auf Kosten der Allgemeinheit zu verschaffen.“

Der Stadtrat zu Gotha hat auf städtische Kosten einen großen Posten dänisches Rindfleisch bezogen und im Schlachthaus zum Selbstkostenpreis von 63 und 70 Pf. an die Konsumenten abgeben lassen. Das mag für die Fleischer unangenehm sein, es dient das Vorgehen aber den Interessen und dem Wohle der Bevölkerung.

Eine neue Panzerplatte.

Von interessanter Seite wird, jedenfalls zum Zweck der vorbereitenden Stimmungsmache, folgende Notiz in die Presse lanciert: Eine Panzerplatten-Studiengesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 3. März d. J. ins Leben gerufen worden und wird demnächst zum Handelsregister angemeldet werden. Die Geschäftsführer haben die volle Einzahlung von den Gesellschaftern schon eingefordert, da die Versuche, als fast abgeschlossenen gelten können. Es handelt sich um die Herstellung von Panzerplatten, die sich durch geringes Gewicht und außerordentliche Widerstandsfähigkeit gegen die bisher üblichen schweren Stahlplatten auszeichnen. So halten verhältnismäßig dünne und leichte Platten die bemantelten Spitzgeschosse unserer Infanterie auch in der kürzesten Entfernung derartig auf, daß auf den Platten kaum ein Eindruck zu sehen ist. Das geringe Gewicht der Platten soll hauptsächlich bei entsprechender Stärke der Bewehrung der Schiffe dienen und deren Tiesgang und dergleichen vermindern. Die Erfindung beruht auf einer besonderen Präparation des Stahles und anderen geheim gehaltenen Nebenumständen, die die

Stahlmassen überflüssig machen, aus denen aber das geringe Gewicht herzuleiten ist. Gegenstand des Gesellschaftsunternehmens ist es, diese Erfindung zu prüfen und zu finanzieren. Zu den Gründern der Gesellschaft gehören u. a. ein sehr bekanntes Herrenhaus- und Reichstagsmitglied, sowie der frühere Generalbevollmächtigte des Herrn Thijssen Dr. jur. Vorchardt, und zu den Gesellschaftern zählt August Thijssen sen. Die letzten Versuche sollen so überraschende Ergebnisse ergeben haben, daß an eine weitere Ausgestaltung gedacht wird. Für die fabrikmäßige Herstellung der Panzerplatten ist die Gründung einer Aktiengesellschaft in Aussicht genommen worden.

Die überraschenden Ergebnisse können für die Steuerzahler noch sehr unangenehme Ueberraschungen bringen. Nicht, wie Geld in deinen Beutel.

Kohlenpreise. Wie berichtet wird, sind zwischen dem Kohlenkontor und den von ihm abhängigen Großhändlern nun die neuen Preise für das nächste Abschlußjahr, für fast alle Sorten Ermäßigung um 10—14 M. die 10 Tonnen, vereinbart worden. Wie dem „S. L.“ weiter gemeldet wird, will das Kohlenkontor die Preisermäßigungen bereits im Dezember mit sofortiger Wirkung eintreten lassen, wenn bis dahin nicht ein starker Abwärtserfolg.

Zinkhüttenverband. Die Verhandlungen der Interessenten haben zu einer Verständigung wegen der Verlängerung des Zusammenschlusses der internationalen Zinkhütten und des Zinkhüttenverbandes geführt.

Aus der Frauenbewegung.

Ein schlechter Dienst.

Die „Kreuzzeitung“ unternimmt den unglücklichen Versuch, die Rede des Kaisers gegen die Frauen zu rechtfertigen. Das Blatt schreibt:

„Mit den Worten: „Die deutsche Frau soll lernen, daß ihre Hauptaufgabe nicht auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinstwesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie“, sprach der Kaiser nicht gegen die Frauen, die gezwungen sind durch ihre wirtschaftliche Lage, einem Erwerbe nachzugehen“

Die Hausfrau von heute, die moderne, verdient diesen Namen vielfach gar nicht mehr, denn sie hat oft ihren Schwerpunkt nicht mehr in der Familie, sondern außerhalb des Hauses. Welche schreckliche Vereinstümelei des extremen Frauenrechtlerinnenwesens und welch ekelhaftes Mannweibertum schiebt heutzutage üppig empor! Die Folge ist, daß die Kinder, sich vielfach selbst überlassen, sich in oft noch sehr unzeitigem Alter ausleben. Sie halten den oberflächlichen Genuß für ihr Recht, weil die Mutter einst nicht an ihrem Bettchen gestanden und über sie gewacht hat, als sie noch klein waren, und sie nicht religiös und dadurch sittlich beeinflusst hat. Wie sollen solche bedauernswerten Kinder zum Segen für Volk und Vaterland heranwachsen, wenn sie, ohne die Sitte und Ordnung des Hauses und den rechten Segen des Familienlebens lernen zu lernen, aufgewachsen sind?“

Wenn Wilhelm II. diese logischen Kopfsprünge lesen würde, dürfte ihm wohl der Ausdruck entchlüpfen: „Der Herr beachte mich vor meinen Freunden!“ Wenn Wilhelm II. tatsächlich nur die faulenzenden, schlammenden, nach Vergnügen und kurzweil niedrigster Sorte jagenden Weiber der Bourgeoisie gemeint hätte, dann konnte er es sich erlauben, vom Versammlungs- und Vereinstwesen zu reden, denn die Schmarotzer am Volkskörper kümmern sich um

das Vereins- und Versammlungsrecht nicht im Geringsten und sie haben es auch nicht nötig. Dagegen bedürfen die erwerbstätigen Frauen dieses Mittels, um sich der schrankenlosen Ausnutzung und Ausbeutung durch jene Kreise, die vielfach nur prassen und nichts tun, zu erwehren. Und wenn ihnen dieses Verteidigungsmittel aus der Hand gewunden werden soll, dann läuft das in Wirklichkeit auf ihre vollständige Auslieferung an die schmarotzenden Elemente hinaus. Die „Kreuzzeitung“ hat durch ihre mißglückte Verteidigung die Proletarierinnen erneut darauf hingewiesen, daß sie mit äußerster Energie um die Erweiterung ihrer Staatsbürgerrechte zu kämpfen haben.

Leiseabende.

Potsdam, Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelm-Straße: Vortrag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde über Einkommensteuern Nr. 69, kann vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, Sonnabends von 4 $\frac{1}{2}$ bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Anschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Nr. 95. Die Verbringung der Geburtsurkunde hatten wir für außerordentlich. — **Nr. 125.** 1. Wir raten, sich an die Zentrale für private Fürsorge, Unter den Linden 16, zu wenden. 2. Kostenlos. Nur die Erstellung der Urkunde kostet eine geringe Gebühr. 3. Sie können einen Sicherungsdarlehensvertrag schließen. — **Nr. 160.** Der Anspruch hat an sich bestanden, ist aber unregelmäßig verfahren. — **Ägypten.** Von dem geschlichen Erfordernis, daß der an Kindesstatt Annehmende 50 Jahre alt sein muß, kann Befreiung bewilligt werden. In Preußen ist ein dahingehender Antrag an den Justizminister zu richten. — **Nr. 25.** Ob das Geld bei Enttragung sicher ist, hängt von dem Wert des Grundstücks und der Höhe der Belastung ab. Die Enttragungsvollstreckung ist von dem im Grundbuch eingetragenem Eigentümer zu erteilen. — **Nr. 100.** In gestohlenen Sachen haben Sie keine Rechte erworben. In den Verkäufen haben Sie einen Rückzahlungsanspruch. — **Nr. 23.** 599. Wein. — **Nr. 3.** 100. Am 20. November 1890. — **Nr. 12.** Wein. Diese Steuer kommt nur bei Grundstücken in Frage. — **Nr. 13.** 20. Das amtliche Verzeichniss (Alexanderplatz) erteilt Auskunft. — **Nr. 99.** 1. Ja. In den alten Bier 1/2, an den neuen Bier 1/2, des Jahressteuers. 2. Sachmängel zum Quartalsbericht, also jetzt zu Neujahr. 3. Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen, Neue Straße 36. — **Nr. Schmidt.** Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. — **Nr. 8.** Eine Klage, die sich nur gegen den Lehrer richten könnte, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Die Zulassung eines Rechtsanwalts ist für den Fall der Klage nicht notwendig, aber zweckmäßig. Richten Sie eine Petition an die Stadtverordnetenversammlung. — **Nr. 2.** 100. Befragen Sie einen Berater. — **Nr. 4.** Ja. — **Nr. 17.** 1. Nein. Ihre Frau muß selber anmelden und auch vor Gericht persönlich erscheinen. 2. Nein. Die Kinder gehören, da sie nicht getauft sind, keiner Religionsgemeinschaft an. 3. Amtsgericht Berlin-Weißensee, Brunnenplatz. 4. Die Kosten werden sofort gefordert. Bei Nichtzahlung darf aber die Entgegennahme der Erklärung nicht verweigert werden. — **Nr. 25.** Amtsgericht Berlin. — **Nr. 10.** Nein. **Nr. 9.** Sie sind zum Antrag des Verles bezw. zum Einsehen einer gleichwertigen Schreibe verpflichtet. — **Nr. 14.** 1. und 2. Nein. Eine solche Klage ist jetzt nicht mehr zulässig. 2. Eine solche Verzögerung ist nur bindend, wenn sie zu gerichtlichen oder notariellen Protokoll abgegeben wird. Übrigens kann das Vormundschaftsgericht auf Antrag dem Vater die Sorge für die Person des Kindes entziehen, wenn dessen leibliches oder sittliches Wohl gefährdet erscheint. — **Nr. 10.** Ja, in Höhe der Hälfte des geringen Betrages, zu dem der Mann veranlagt werden konnte, wenn er der Kirchengemeinde noch angehört würde. — **Nr. 160.** 1. Nein. 2. Ja. — **Marientheide.** Wenn wie auch einige andere Verleser konnten wir infolge des durch die Stadtverordnetenwahlkollation eingetretenen Raummangels wegen nicht bringen.

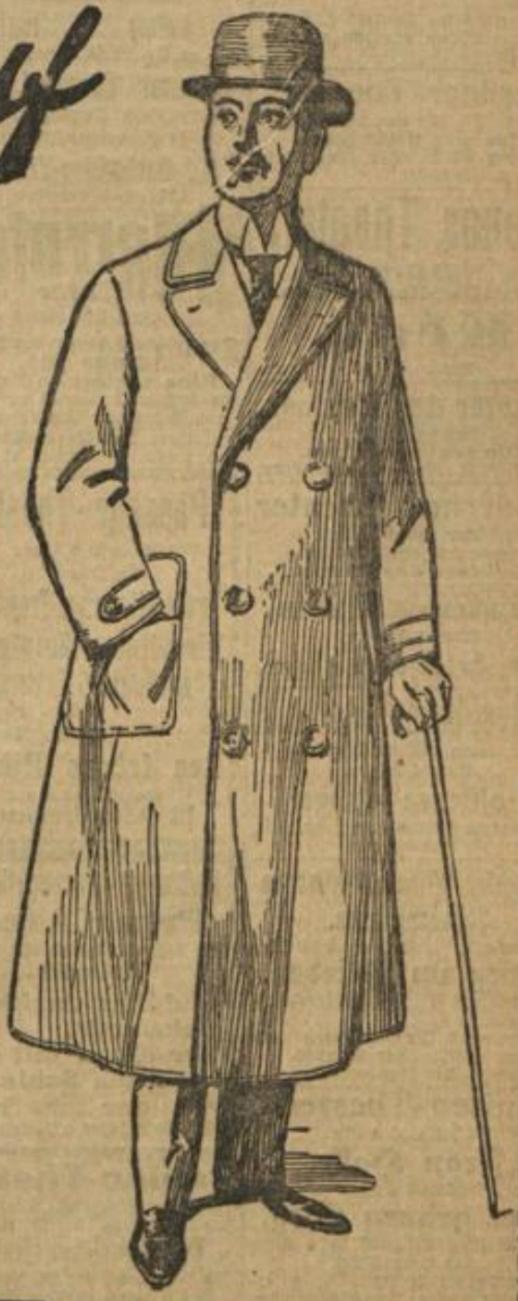
Großer Ulster-Verkauf

Dauer vom 12. bis 20. November

Sehr preiswerte
Pelz-Joppen
Geh-Pelze
Kutscher-Pelze
Auto-Pelze
□□□
Auffallend billig:
Echt englische
Haar-Hüte
Partieware
2.65 Mk.

Ausnahme-Angebot v.	Tausenden	Ulster u. Paletots
Reihe 1	Ulster	Grau, braun und grünlich gestreifte Cheviots 19.50 Mk.
Reihe 2	Ulster	Cheviots mit angewebter Rückseite, sehr elegant 34. — Mk.
Reihe 3	Ulster	Echt englische Cheviots. Neueste Ausmusterungen. Eigener Import 47. — Mk.
Reihe 4	Paletot	Marengo, glatte u. gestreifte Cheviotart 12. — Mk.
Reihe 5	Paletot	Cheviot in den neuesten Diagonal-Geweb. Sehr elegant 22.50 Mk.
Reihe 6	Paletot	Reinwollene Eskimos u. Cheviots. Sehr vornehm 37. — Mk.

Besonders billig: Große Jünglings - Ulster, Knaben - Ulster
Posten Jünglings-Paletots, Knaben-Pyjacks



BaerSohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Weinmeister-Weinhandlung

Alkoholfreie Getränke Sinalco

Gen.-Vertret. Otto Starick

Franz Abraham

Dece Brosse

Goldtröpfchen

Götsch

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk!

Robben & Jöring

Bäckereien, Konditor

Feronia

Oskar Hanke's Bäckerei

Bäckerei "Nordstern"

Erscheint 2 mal wöchentlich

Mistelsky'sche

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Baden, Gummiw.

Beerdig.-Anst. Sargm.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Kronen-Grossmann

Heuendorf, O. P.

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauerei, Björk.

W. Adeling & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Patzenhofer Flaschenbier

Bezugsquellen-Verzeichnis

C. Habels Brauerei

Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbräu-Kronenbräu

Spandauerberg-Brauerei

Stadtbrauerei-Schöneberg

Vereins-Brauerei Teufonia

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hilsheim

Wagner, P.

Westmann

Wolff

Cigarrenhandlungen

Alb. Kasnlke

Bambankonfektion

Max Arnsdorf

Holz & Ascher

König

Westmann

Wolff

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Röhmann, P. Müllerstr. 40b

J. C. Schütz Nachf.

Georg Staschowski

Rob. Stindt Nachf.

Fahrrad, Nähmasch.

Brennabor

Fahrrad-Leihhaus Lohmann

Klinik d. Westens

Ernst Machnow

Fr. Thiel

Wilh. Vogel

Glas u. Porzellan

Floeder & Kroll

Grammoph. Sprachm.

Hoyer, A.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Ernst Machnow

Unternehmende Geschäfte

M. Grund

Hansen

Huf-Centrale

Kehr-Hüte

LOBER-MUTE

Mandel's Hutfabrik

Peters, A.

Rieck, Em.

Vester, E.

A. Kobbelt

Oskar Krosche

Kaffee-Surrogate

NR. Bathke

R. Grenlich

Kaufhaus

Z. Alexander & Co.

Adolf Hirsch

Holz & Ascher

Adolph Lewinski

Continuation of the directory listing on the next page.

Morgen Sonntag von früh 8 Uhr an:

Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen aus. Daran schließt sich:

Gewerbegerichtswahl für Arbeitnehmer.

Die Wahlen der Arbeitgeberbesitzer zum Gewerbegericht,

die gestern vollzogen wurden, standen unter dem Zeichen einer geringeren Wahlbeteiligung als vor zwei Jahren. Die bürgerlichen Arbeitgeber hatten große Anstrengungen gemacht, um ihre Wähler an den Wahltag zu bringen und dafür zu wirken, daß nur bürgerliche Arbeitgeber zu Weisern zum Gewerbegericht gewählt würden. Dieser Plan ist durch eine verhältnismäßig rege Beteiligung der freien Arbeitgeber durchkreuzt worden. Mehr noch! Die bürgerlichen Arbeitgeber haben trotz ihrer strupellosen Agitation die Stimmzahl von vor zwei Jahren nicht nur nicht erreicht, sondern einen großen Stimmenrückgang zu verzeichnen, während die für die Liste der freien Arbeitgeber abgegebenen Stimmen die Stimmzahl vom Jahre 1908 überflügelt haben. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, wenn in Betracht gezogen wird, daß in einer Reihe von Bezirken durch Niederlegen zahlreicher älterer Gebäude ein Zahl kleinerer unserer Partei zugehöriger Arbeitgeber aus der Zahl der Wahlberechtigten ausschieden.

Table with 4 columns: Wahlbez., bürgerliche 1910 1908, sozialdem. 1910 1908, bürgerliche 1910 1908, sozialdem. 1910 1908. Rows 1-26.

Die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter von Groß-Berlin werden es sich zur Aufgabe machen, bei den am Sonntag, den 13. November, stattfindenden Arbeitnehmerwahlen auf dem Posten zu sein, um eine möglichst hohe Stimmzahl auf Liste I zu bereinigen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

T. B. Folgende Lokalinhaber stellen der Partei und Gewerkschaften ihre Säle zu den altbekannten Bedingungen zur Verfügung: In Groß-Lichterfelde das Lokal von Erpel, Berliner Str. 120. In Eichwalde das Hotel und Restaurant „Sonsouci“. In Rixdorf das Lokal Peters Rest. Kneipstr. 118. NB. Das Schützenhaus, Joh. A. Haase in Dersdorf, Berliner Straße 89, a. Nordbahn.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Heute Sonnabend abend in den Kreuzbergfesthallen, Kreuzbergstr. 48, Unterhaltungabend der 5. Abteilung. Konzert, Vorträge, Tanz, Eintrittskarten bei den Bezirksführern. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand. Charlottenburg. Wir machen die Parteigenossen auf das heute abend in den Gelanträumen des Volkshauses stattfindende einundzwanzigste Stiftungsfest des Wahlvereins aufmerksam und erlauben für zahlreichen Besuch zu agitieren. Der Vorstand. Steglitz. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von allen Bezirken aus. Der Vorstand. Ober-Schneeweide. Am Sonntag, den 13. November, morgens 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung. Johannisthal. Heute Sonnabend 8 1/2 Uhr findet bei Göbin, Moonstr. 2 ein Extrazahlabend statt. Der Vorstand.

Adlershof. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Vauer, Bismarckstr. 10, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: „Kirche und Sozialdemokratie“. Referent Genosse Emil Unger. — Um 7 Uhr abends ist in demselben Lokal ein Reuter-Abend veranstaltet. Die Festrrede hält Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn. Nach der Feste gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Eintrittspreis 20 Pf. Jugendliche unter 18 Jahren zahlen 10 Pf. — Wir erlauben ferner die Genossen, welche an der Gewerbegerichtswahl beteiligt sind, ihr Wahlrecht vormittag auszuüben, um nachmittag an der Versammlung teilnehmen zu können. Der Vorstand.

Treptow - Baumshulweg. Heute Sonnabend findet im Etablissement „Spree-Garten“, Treptow, gegenüber der Sternwarte, das 14. Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Das Fest ist als heiterer Kunstabend unter Leitung des früheren Königl. Hof-Opernsängers Willi Frank arrangiert. Festrrede: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Konzert: Neues Kantinenorchester. Eintritt inkl. Tanz Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang des Konzerts 8 Uhr. Der Vorstand.

Grünau. Am Sonntag, den 13. d. Mts., findet die Versammlung des Grünauer Brauerei-Etablissements statt. Treffpunkt pünktlich 1/2 10 Uhr vormittags an der „Grünen Ede“, Köpenicker Straße 88. Der Vorstand.

Rudow. Am Sonntag, den 13. November, abends 6 Uhr, findet die Mitgliederversammlung bei Kollé, Köpenicker Straße statt. Der Vorstand.

Bohndorf. Am Sonntag, den 13. d. M., findet der Besuch der Erziehungsanstalt „Am Urban“ statt. Treffpunkt 1 Uhr nachmittags am Bahnhofs Grünau. Diejenigen Genossen, die zur Gewerbegerichtswahl wählen, müssen ihr Wahlrecht vorher ausüben; dieselben treffen bis 3 Uhr bei der Anstalt in Zehlendorf ein. Der Vorstand.

Karlberge Räderdorf. Am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr findet im „Gasthaus zur Linde“ (Inhaber Rich. Kollé), Heinersdorf, 19 eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: „Die Polizeischlägen in Robit und Wedding“. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel, Berlin. Dislokation. Die Bezirksleitung.

Eichwalde und Umgegend. Am heutigen Sonnabend feiert der Wahlverein sein neuntes Stiftungsfest in Heinrichs „Segler-Schlößchen“ (Gantels Ablage). Das Komitee hat sich Mühe gegeben, das Fest zu einem gemüthlichen zu gestalten, es wird daher reger Besuch erwartet. Die Genossen werden erucht, sich vorher mit Willetts zu versehen. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 25 Pf. Das Komitee.

Bannsee. Am Sonntag nachmittags um 3 Uhr findet im „Fürstehof“ die Wahlvereinsversammlung statt. Gäste willkommen.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 13. November, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Sonntag früh 8 Uhr Flugblatt-Verbreitung von den Bezirkslokale aus. Die Bezirksleitung.

Pankow. Morgen Sonntag, vormittags 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Bruchmühle-Radebrück. Am Sonntag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Kayner der fällige Zahlabend statt. Mitgliederbesucher sind mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Auflösung der Freien Jugendorganisation und Pflicht-Fortbildungsschule.

„Die Fortbildungsschule“, das Organ der Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens, Beilage zur „Pädagogischen Zeitung“, berichtet in seiner letzten Nummer mit einer gewissen Befriedigung von der erfolgten Auflösung der Freien Jugendorganisation für Berlin und Umgegend. Nach Mitteilung der Tatsachen heißt es:

„Wir haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheit für die Pflichtfortbildungsschule von größerer Bedeutung ist, als im allgemeinen angenommen wird. Unsere freiwilligen Veranstaltungen, wie Turnabteilungen, Vereinigungen für Wanderungen und Sport, Gesangchöre und dergleichen leiden unter diesen Streitigkeiten, die sich auf politischem Gebiet abspielen, ganz ungemein. Wir haben hinreichend Beispiele dafür, daß den Schülern der Fortbildungsschule seitens der älteren Arbeitgenossen das nötige Rhythmen eingefloßt wird, um sie von all diesen Veranstaltungen fernzuhalten. Es muß der Schule wenig, daß sie sich sowohl im Unterricht wie auch in allen Dingen, die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge liegen, von jeder politischen Tendenz fernhält. In Werkstatt und Fabrik wird dafür georgt, daß die Jugend das Gegenteil glaubt. Damit ist aber von vornherein der wichtigste Faktor für das Gedeihen freiwilliger Unternehmungen, das Vertrauen nämlich, so gut wie ausgeschlossen. Wie sehr dann in vielen Fällen die Erfolge hinter der aufgewandten Mühe zurückbleiben, braucht kaum noch näher ausgeführt zu werden. Man fragt sich immer wieder, ob wohl die Zeit noch fern ist, in der allgemeiner anerkannt werden wird als heute, daß das Wohl der Jugend allen politischen Parteiinteressen voranzustehen muß.“

So weit „die Fortbildungsschule“. Wie steht es denn nun um die „freiwilligen Veranstaltungen und Unternehmungen“? Die Jugendfürsorge in der Pflichtfortbildungsschule ist keine freiwillige, sondern eine von oben gewünschte. Und der Wunsch ist hier Befehl. Die Lehrer, die eine Neben-einnahme durch Unterricht an Fortbildungsschulen nötig haben, müssen also wohl oder übel in Jugendfürsorge machen. Ist doch an einer Pflichtfortbildungsschule ganz offen ausgesprochen worden, daß der Lehrer seine Tätigkeit niederlegen (und also auf einen notwendigen Nebenberuf verzichten) muß, der nicht auch die Verpflichtung zur Beteiligung an den Jugendfürsorgebestrebungen, wie sie von oben „gewünscht“ werden, auf sich nehmen will. Was das aber bedeutet, wird der verstehen, der bedenkt, daß heute in der Hauptsache die Beschäftigung an den Pflichtfortbildungsschulen nur Nebenbeschäftigung ist und der Lehrer doch auch noch sein Hauptamt mit seinen Arbeiten, Korrekturen und Vorbereitungen zu versehen hat.

Da die Jugendfürsorgebestrebungen von oben gewünscht werden, liegt ihnen naturgemäß eine Tendenz zugrunde, die natürlich von denen gespürt wird, die sich auch um die Jugend bemühen. Und wenn dies gelegentlich einmal ausgesprochen worden ist, so ist das nicht zu verwundern.

Das übliche Trübselig. Zweihundzwanzig goldene und silberne Lebensversicherungsmedaillen für die Schutzmannschaft hat der blutige Nikolaus auf seinen Potsdamer Spuren hinterlassen. Die behänderten Bonneln sind, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, auffallend groß und um den Hals zu tragen. Warum nicht gleich auf der Rehrseite?

Die Krankenkassen Berlins

hatten im vorletzten Jahre einen Rückgang ihrer durchschnittlichen Mitgliederzahl gehabt, der als eine Folge des allgemeinen Beschäftigungsmangels angesehen war. Das letzte Jahr hat ihnen wieder eine Mehrung ihrer Mitglieder gebracht, aber auch diesmal standen sie noch merklich unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise. Ueber die Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, deren Verfassung dem Magistrat zugewiesen ist, veröffentlicht die Gewerbe-Deputation alljährlich in ihrem Verwaltungsbericht eine Statistik. Der neueste Bericht, der das Etatsjahr 1909 (April 1909 bis März 1910) behandelt, ist jetzt vom Magistrat bekanntgegeben worden.

Bei Schluß des Etatsjahres, am 31. März 1910, standen 138 Krankenkassen unter der Aufsicht des Magistrats, nämlich 54 Orts-, 65 Betriebs-, 18 Innungs-Krankenkassen und die Gemeinde-Krankenkassen-Versicherung. Vermehrt haben sich wieder die Betriebs-Krankenkassen, diesmal um 3, während die Zahl der Orts- und der Innungs-Krankenkassen unverändert geblieben ist. Im Durchschnitt des Etatsjahres 1909 (bzw. 1908) war die Mitgliederzahl: bei den Orts-Krankenkassen 298 993 (803 895) männliche 242 808 (290 771) weibliche, zusammen 541 296 (534 868) Mitglieder, bei den Betriebs-Krankenkassen 105 915 (105 611) männliche, 37 245 (33 414) weibliche, zusammen 143 160 (139 025) Mitglieder, bei den Innungs-Krankenkassen 42 269 (41 294) männliche, 12 029 (10 682) weibliche, zusammen 54 298 (51 976) Mitglieder, bei der Gemeinde-Krankenkassen-Versicherung 25 (19) männliche, 51 (39) weibliche, zusammen 76 (58) Mitglieder, bei allen Kassen zusammen 447 827 (450 819) männliche, 291 628 (274 886) weibliche, überhaupt 738 955 (725 705) Mitglieder. Die durchschnittliche Gesamtzahl zeigt, wie schon bemerkt, diesmal eine Zunahme. Beachtung verdient aber, daß bei den männlichen Mitgliedern auch diesmal noch der Rückgang der Durchschnittszahl, und zwar wieder allein bei den Orts-Krankenkassen, andauernd hat. Nur die bedeutende Mehrung der weiblichen Mitglieder, an der alle Arten Kassen beteiligt sind, hat bewirkt, daß schließlich auch für die Gesamtzahl ein Plus sich ergab. Der Bericht sagt, die Mehrung der weiblichen Kassennmitglieder sei auffallend. Auffallend ist diese Erscheinung leider längst nicht mehr. Wenn Beschäftigungsmangel zu Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen führt, werden in noch größerem Umfange als bisher die Frauen als Ersatz für die Männer verwendet.

Die Zahl der Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, hat sich diesmal ermäßigt, so daß die Inanspruchnahme der Kassen geringer war. Bei allen Kassen zusammen wurden in 1909 (Beziehungszeit 1908) gezählt: unter den männlichen Mitgliedern 195 891 (214 553) Fälle, unter den weiblichen 125 567 (124 837) Fälle, das heißt 43,8 (47,6) Fälle auf je 100 männliche und 43,1 (45,4) auf je 100 weibliche Mitglieder. Das bedeutet einen sehr beträchtlichen Rückgang der Erkrankungsziffern, besonders bei den männlichen Mitgliedern. Gemindert hat sich, wie hiernach zu erwarten war, auch die Zahl der Krankheitsstage. Sie war in 1909 (Beziehungszeit 1908) bei den männlichen Mitgliedern 5 039 586 (5 497 378), bei den weiblichen 3 556 982 (3 676 344), das ergibt als durchschnittliche Krankheitsdauer bei den männlichen Mitgliedern 25,73 (25,62) Tage, bei den weiblichen 28,33 (29,46) Tage. Auch die Sterblichkeit ist geringer geworden. In 1909 (bzw. 1908) starben 4044 (4057) männliche und 1708 (1795) weibliche Mitglieder, das sind 0,90 (0,91) Proz. aller männlichen und 0,90 (0,95) Proz. aller weiblichen Mitglieder.

Der erste Schneefall

setzte gestern mittag ein. Die Schneeflocken wirbelten in Masse umher und der einsetzende Sturm trieb sie den Straßenpassanten ins Gesicht, daß kaum vorwärts zu kommen war. Fahrdämme und Bürgersteige waren infolge des enstandenen Rausches schwer passierbar. Die Strahenteinigung hatte einen schweren Stand. Alle verfügbaren Kräfte wurden herangezogen, um die Hauptstraßen, die Ueberegänge und Kreuzungen, die Hauptverkehrsstraßen, wie Potsdamer Platz, Spittelmarkt, Alexanderplatz, Oranienburger Tor, Potsdamer Brücke, Rosenthaler Tor usw. einigermassen zu säubern. Kaum war dies geschehen, mußte schon wieder von vorn angefangen werden. Es war eine Sisyphusarbeit. Als die Arbeit spät abends eingestellt werden mußte, war kaum etwas davon zu bemerken. Die Omnibusse hatten geradezu entsetzlich zu leiden und es wurden eine Menge schlapp.

In der Umgegend von Berlin hat der Schneesturm große Verheerungen angerichtet. Der Eisenbahnverkehr, die Telefonverbindungen, der Fuhrverkehr usw. waren gestört. Im Grünwald, im Königl. Jagdrevier Oranienburg, in den Forsten von Bernau, Schmöllwitz und in der Wuhleide soll das Wetter nach den eingegangenen Berichten arge Verwüstungen angerichtet haben. Hunderte von starken Bäumen soll der Sturm wie schwache Ästen entwurzelt haben. Stellenweise soll das Verreten des Waldes geradezu lebensgefährlich gewesen sein. Achtzigjährige sturm- und wetterfeste Bäume sollen vom Sturme am Stamme in Mannshöhe geknickt sein. In der Nähe von Baruth sollen stellenweise die Bäume des Waldes reihenweise wie reife Korn vom Sturme weggerafft sein. Auch Unfälle, bei denen Menschen und besonders Pferde betroffen sein sollen, werden aus Roffen, Trebbin, Wandlitz, Storkow, Fürstentum und anderen Orten gemeldet. Einzelheiten waren nicht festzustellen, weil die Fernsprecherverbindungen verfallen und bei dem Sturm Wagen nicht zu haben waren. Die Wege und Chauffeen waren kaum zu passieren, Eis und Schnee erschwerten in Verbindung mit dem Sturm und dem Schneetreiben jedes Fortkommen. In den Straßen von Berlin war der Verkehr schon nicht leicht, aber draußen strotzte er fast überall.

Fürsorge für Irrenpfleger. Der große Wechsel des Pflegepersonals in den städtischen Irrenanstalten ist bekannt und hat seine Ursachen zum Teil in der schlechten Entlohnung, ungenügender Beschäftigung — wenn es auch in dieser Beziehung in den letzten Jahren etwas besser geworden ist — und in der Behandlung des Pflegepersonals. Vor allem leiden die Angestellten darunter, daß sie nicht wie andere Angestellte über ihre freie Zeit frei verfügen können, sondern erst um Urlaub nachsuchen müssen, wenn sie ausgehen

wollen. Mit dieser Erlaubnisbewilligung wird von den Vorgesetzten großer Mißbrauch getrieben, so daß die Leute sich wie Sklaven fühlen, nicht aber wie freie Menschen. Es muß verlangt werden, daß die Angestellten außerhalb der Anstalt wohnen können. Gegen diese Forderung ist eingewendet worden, daß deren Erfüllung mit dem Betrieb der Anstalt nicht vereinbar. Daß die Erfüllung der Forderung der Angestellten sehr wohl möglich ist, wenn man ernstlich will, beweist das "Wärterdorf" der neuen brandenburgischen Provinzialirrenanstalt in Leupold. Hier ist die Fürsorge für Irrenpfleger auch noch nicht ideal, aber sicher besser als in Berlin durchgebildet. In der Nähe der eigentlichen Anstalt und doch auch wieder so weit entfernt von ihr, um von dem Anstaltsgeräusche in den freien Stunden nichts zu hören, wurden an zwei Dorfstraßen für die Pfleger vier Zweifamilienhäuser, vier Vierfamilienhäuser, drei Sechsfamilienhäuser und ein Achtfamilienhaus erbaut. Sämtliche Häuser sind einstufig mit ausgebautem Dachgeschoß und die insgesamt 50 Familienwohnungen so groß, daß jeder der hier untergebrachten Wärter noch 1-2 Familienpfleglinge übernehmen kann. Zu jeder Wohnung, deren Jahresmiete 120 M. beträgt, gehört ein kleiner Garten und ein Stall für Hausvieh. Die verheirateten Wärter können außer Verpflegung gesetzt werden und erhalten dafür morgens 1/2 Stunde, mittags und abends je 1/4 Stunde freie Zeit sowie den Wert der freien Ration 3. Klasse im Wertbetrage von 360 M. jährlich. Soweit der Dienst es zuläßt, sollen die Wärter auch jeden zweiten Tag zu Hause schlafen können. Leider ist bei den Pflegerwohnungen aus bautechnischer Bequemlichkeit eine Trennung in der Weise durchgeführt, daß sämtliche Küchen und Wohnzimmer im Erdgeschoß, sämtliche Schlafzimmer und Kammern im Dachgeschoß liegen. Dadurch wird die häuslichkeit unnötig auseinander gerissen und wieder allzu sehr an den Anstaltscharakter erinnert. In den Aufnahme- und Ueberwachungshäusern für ruhige und unruhige (nicht kriminelle) Kranke sind sehr behagliche Räume für die Nachtwachen geschaffen und Vorkehrungen getroffen, daß diese Nachtwachen, welche am Tage schlafen müssen, ungehindert die Ruhe genießen können. Daneben sind besondere Erholungsräume für das dienstfreie Pflegerpersonal vorgesehen.

Die Berliner Verwaltung für die städtische Irrenpflege sollte sich nicht von einem so reaktionären Geist, wie er in der brandenburgischen Provinzialverwaltung unter dem Landesdirektor Freyherrn v. Manteuffel, dem bekannten Schützengel der Berliner Schutzmannschaft, herrscht, überholen lassen.

Schulfragen.

Der Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend betrieb bis zu Anfang dieses Etatsjahres fünf Schulflächen in Räumen, welche ihr von der städtischen Schul-Deputation zur Verfügung gestellt wurden. Zu den Kosten des Betriebes steuerte die Stadt Berlin eine Jahresbeiträge von 10000 M. bei. In Anbetracht der Bedeutung der Schulflächen für die hauswirtschaftliche Ausbildung der Gemeindefacharbeiterinnen sind dem Verein mit Zustimmung der Gemeindebehörden in den Schulen Straußberger Straße 9, Ederstraße 10/17, Driesener Straße 22, Schmidtstraße 16, Wilmstraße 10, Ziegler Straße 18/20, Wiesenstraße, Ecke Kantstraße, für die zweite Hälfte des Schuljahres 1910/11 sieben neue Schulflächen hergerichtet und übergeben worden. Der Verein hat gebeten, ihm für diese sieben Schulflächen die Kosten der ersten Einrichtung, die für die Küche 500 Mark betragen, und für das zweite Semester des Jahres 1910/11 eine Beihilfe nach dem Maße des für die älteren Küchen gewährten Zuschusses, also 1000 M. für die Küche zu bewilligen. Der Magistrat will diesem Antrage entsprechen und hat beschlossen, dem Verein für die erste Einrichtung der im Laufe des Etatsjahres neu eröffneten sieben Schulflächen 3500 M. und für deren Betrieb im zweiten Semester 7000 M. zu gewähren und eine entsprechende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelangen zu lassen.

Die verrückte Villa. Nach amerikanischem Muster wurde gestern in Siedende eine Villa transportiert. Der Vorgang rief naturgemäß ungewöhnliches Aufsehen hervor. Es handelte sich um ein dreistöckiges Gebäude, dessen Verlegung eine Siedender Baufirma übernommen hatte. Der seltsame Transport wurde in folgender Weise bewerkstelligt: Das ganze Bauwerk, das vorher unten freigelegt worden war, war auf schwere eiserne Tragebalken gestützt. Die Balken ruhten vorher auf ihre Tragfähigkeit hin eingehend geprüft worden. Diese runden Träger ruhten wiederum auf anderen Rollen, die sich auf eisernen Lagern auf einem Unterbau von Beton und Balken bewegten. Durch drei Winden wurde dann das ganze Kolossystem in Bewegung gesetzt. Und das Manöver glückte auch. Langsam wurde die Villa von der Stelle fortbewegt und nach längerer Zeit an ihren neuen Standort geschoben. Der "Umzug" ging vollständig glatt von statten. Das interessante bautechnische Meisterwerk hatte ganz enorme Menschenmengen als Zuschauer. An seinem neuen Standort wird das Bauwerk nun wieder in das Erdreich eingesetzt werden.

Als Rechtsanwalt oder Arzt trat ein Schwindler auf, der seit einiger Zeit die hiesigen Pensionate heimlich suchte. Ein schlauer Mann mit englisch geschnittenem Bart und feiner Kleidung schwindelte den Pensionatsinhabern vor, daß er für seinen Berliner Aufenthalt auf längere Zeit Wohnung mit Verpflegung suche. Er ließ sich alle Räume zeigen, richtete es irgendwie so ein, daß man ihn einen Augenblick allein ließ, und benutzte dann die Gelegenheit, Silberzeug und andere Wertgegenstände, die ihm zur Hand lagen, in seine Manteltasche zu stecken und mit der Beute zu verschwinden. Die übereinstimmende Beschreibung paßte auf einen 26 Jahre alten, aus Hamburg gebürtigen Handlungsgehilfen Franz Ding. Der Schwindler war aber lange Zeit nicht zu fassen. In den Pensionatsnotizen trat er immer nur abends auf. Die Ermittlungen ergaben, daß er unter falschem Namen bald hier, bald dort in einem Fremdenlogis gewohnt hatte. Gestern endlich sah ihn Kriminalbeamte in einer Gerichtsverhandlung, der er als Kriminalstudent beimohnte, und nahm ihn fest. Pfandschleier, die man bei ihm fand, geben Auskunft über den Umfang seines Schwindels. Man weiß aber noch nicht, wo er überall aufgetreten ist. Die Bestohlenen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 33 melden. Der Schwindler und Dieb hat sich nicht auf Berlin beschränkt, sondern sein Unwesen auch in Charlottenburg, Schöneberg und anderen weithin Vororten getrieben.

Festgestellt ist die Verunglückte, die gestern in der Friedrichstraße in der Nähe der Markthalle unter eine Kraftbroschüre geriet und so schwer verletzt wurde, daß sie auf dem Wege nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer starb. Es ist ein 53 Jahre altes Geschäftsfraulein Antonie Hinrichsen aus der Friedrichstr. 222.

Vom Schlag getroffen wurde gestern früh 8 Uhr in der Norddeutschen Gummiabrik der Arbeiter Karl S. Anstatt sofort einen Arzt zu rufen zu gehen, wurde derselbe auf einem Geschäftswagen der Firma nach seiner Wohnung transportiert und dort von den Angehörigen selbst ein Arzt geholt. Dieser ordnete die sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus an. Kurz nach der Einlieferung starb S.

Die Zustände, die in der Fabrik zu herrschen scheinen, verdienen eine scharfe Kritik. Es ist nicht einmal ein geeigneter Raum vorhanden, um einen Kranken oder Verunglückten unterzubringen; ebenso fehlt es an jedem Transportmittel für plötzlich Erkrankte oder Verunglückte.

Ein großer Nummerndiebstahl, der vor längerer Zeit verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt worden. Am 10. September d. J. fuhr ein kaiserlicher Rat aus Wien nachmittags vom Hotel Adlon, Unter den Linden, nach dem Anhalter Bahnhof. Er gab dem Führer der Kraftbroschüre zwei Handkoffer, die er auf dem Bahnhof einem Gepäckträger weitergeben sollte. Doch später ergab sich, daß der Gepäckträger nur einen Koffer erhalten hatte. Der andere war verschwunden. Er enthielt die Schmuckgegenstände des kaiserlichen Rats, im ganzen für 8000 M. Trotz aller Nachforschungen blieb der Koffer mit dem wertvollen Inhalt verschwunden. Vor

einigen Tagen bot nun in Charlottenburg, in der Taurogener Straße der 32 Jahre alte Chauffeur Oswald Härtel ein Paar Brillantohrringe, die 3600 M. wert sind, einem Dienstmädchen für 300 M. zum Kauf an. Härtel wurde festgenommen. Er ist der Führer jenes Wagens, mit dem damals der Wiener Beamte nach dem Bahnhof fuhr. Er behauptet, nur einen Koffer erhalten zu haben. Der zweite habe unten im Wagen gelegen, so daß er ihn nicht gesehen habe. Vom Anhalter Bahnhof habe er nun damals einen anderen Herrn nach dem Stettiner Bahnhof gebracht. Dann sei er nach der Haltestelle am Oranienburger Tor gefahren. Dort habe er einen erkrankten Handkoffer in seinem Wagen gefunden und einige Schmuckgegenstände, die noch darin gelegen hätten, mitgenommen und behalten.

Ein Opfer des gestrigen Schneefalles ist der Arbeiter Gerlach, Nazarethstr. 37 wohnhaft, geworden. Er wollte sich vom Mittagessen kommend, zu seiner Bekleidungsstelle bei der Firma Weier, Drebbener Straße 34/35, begeben. Vor dem Hause der Firma entsetzte er infolge der Glätte aus und fiel zu Boden, wobei er von einem Automobil überfahren wurde. Gerlach erlitt schwere Verletzungen des rechten Beines und wurde sofort nach dem Krankenhaus Urban übergeführt.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das Vereinsgesetz gegen die Gewerkschaften. Zum 10. November hatte die Ortsgruppe Rixdorf des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Die heterogenen Handlungsgehilfen, einberufen. Aus den zur Versammlung einladenden Plakaten undzetteln ging deutlich hervor, daß es sich um eine Versammlung handelte, die sich mit den wirtschaftlichen Interessen der Handlungsgehilfen befaßt. Trotzdem hielt es die Rixdorter Polizei für richtig, dem klaren Wortlaut des Gesetzes zuwider die Versammlung durch zwei Beamte überwachen zu lassen. Auf die Frage des Versammlungsleiters erklärten die Polizisten, daß ihre vorgesetzte Behörde die Versammlung für eine politische ansieht. Gegen diesen Ubergreif protestierten die Leiter ganz entschieden, und auch der Referent Reichstagsabgeordneter Eichhorn legte Verwahrung gegen das Verhalten der Polizei ein.

Allem Anschein nach beabsichtigt die Behörde, den Einberufer noch mit einem Strafmandat wegen unerlaubter Annäherung zu bestrafen, da man sich die Personalien desselben gewissenhaft notierte. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wird selbstverständlich bei den zuständigen Behörden Beschwerde gegen die zu Unrecht erfolgte Versammlungsüberwachung erheben.

Wenn auch nicht daran zu zweifeln ist, daß die Ueberwachung der in Frage kommenden Versammlung für ungesetzlich erklärt wird, so zeigt doch auch wieder diese Tatsache deutlich das Bestreben, auch die geringen Fortschritte, die das Reichsvereinsgesetz gebracht hat, zu vernichten.

Vorhagen-Rummelsburg.

Ueber den Fall des Sozialistengesetzes referierte in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Georg Schmidt. Nach den trefflichen Ausführungen des Referenten erwiderte der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Wicke, aus dem Gehörten die Folgerung zu ziehen, die politische und gewerkschaftliche Organisation hätten zu helfen, damit, wenn die herrschenden Klassen die kämpfende Arbeiterschaft abermals durch Ausnahmegesetze in ihren Bestrebungen hindern wolle, dies an der Geschlossenheit der letzteren scheitert.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Bei den letzten Gemeindevahlen kam es bekanntlich zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen kommunalen Vereinen Zehlendorfs. Als dann die Hauptwahlen das Ergebnis hatten, daß die Sozialdemokratie in verhältnismäßig ausgedehnter Stichwahl gewonnen war, da lagen sich die feindseligen Brüder wieder in den Armen und selbst die Herren, die sich in der letzten Wählerversammlung mit unqualifizierten Ausdrücken belegten, gingen jetzt Arm in Arm mit der vorher so verachteten Beamtenvereinigung gegen die Sozialdemokratie. Die Wahlen haben indessen ein starkes kommunales Interesse bei allen diesen Vereinen hervorgerufen. Sie, die vorher im dunkeln ihr kümmerliches Dasein fristeten, können jetzt mit einmal nicht genug tun in der Hervorbringung neuer Projekte, wobei betont werden muß, daß die Mehrzahl dieser Projekte den bei allen verflochtenen Kämpfen von unseren Genossen aufgestellten Forderungen entlehnt sind. So steht im Vordergrund der Auslandsverlegungen die seit langem von uns geforderte Volksbadanstalt. Gebaut soll sie ja nun werden, aber, fragt nur nicht wann. In dem letzten Etat hatte man schon ein paar Tausende für diesen Posten eingestellt, um die Wählerschaft zu lockern. Jetzt streitet man sich nun darüber, ob es zweckmäßig sei, die Badeanstalt mit einem Schwimmbassin zu versehen. Auch in Wohnungsfürsorge will man sich jetzt betheiligen. Man ist dahinter gekommen, daß in "Pensionatspolitik" Zehlendorf eine große Zahl von Arbeiterfamilien in Pächtern hausen müssen, die den Namen Wohnung kaum noch verdienen. Aber auch darauf ist von uns in den Kämpfen hingewiesen worden, und Genosse Bödre hat schon vor langen Jahren umfassendes Material hierüber veröffentlicht. Wie aber die Wohnungsfürsorge praktisch aussieht, lehrt folgendes Beispiel: Ein Bauunternehmer hatte die Absicht, ein Haus zu bauen, in dem nur Zwei- und Einzimmer-Wohnungen sich befinden sollten. Das Projekt wurde aber abgelehnt und ihm aufgetragen, daß er, wenn er die Genehmigung haben wolle, das Haus mit Dreizimmer-Wohnungen bauen müsse. Auch in der Fürsorge für die Gemeinbedarftigen beginnt das Herz dieser Proben zu schlagen. So sollen nach den Wünschen der Herren Lange und Eickrodt Arbeiterzuschüsse für die Gemeinbedarftigen errichtet werden, um die Herren über die "berechtigten" Wünsche der Arbeiterschaft zu informieren. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß man bei den hohen Zulagen für die besser besoldeten Beamten, die im vorigen Jahre rückwärtig bis 1908 beschloffen worden waren, auch so nebenher nach einem halben Jahre daran gedacht hat, den Gemeinbedarftigen ein paar Bettelpennige zuzulegen. Und auch das wohl nur infolge unserer scharfen Kritik gegenüber diesem Vorhaben. Ob das Interesse an all diesen Fragen nachhaltig sein wird, dürfte die Zukunft lehren. Die Arbeiterschaft Zehlendorfs sollte aber daran erkennen, daß unsere Tätigkeit nicht ganz wertlos ist. Und je zahlreicher sie sich der politischen Organisation anschließen, desto mehr wird ihren Wünschen auch in Zehlendorf in stärkerem Maße Rechnung getragen.

Spandau.

Der letzten Stadtverordnetenversammlung lag eine Vorlage zur Genehmigung vor, die bereits vor Jahresbeginn von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gefordert worden ist. Es betrifft die Anstellung von Schulärzten. Aus der Ordnung selbst sei folgendes hervorgehoben: Jeder Schularzt erhält für seine Tätigkeit ein Honorar von 30 Pf. pro Kopf und Jahr. Dafür haben sie folgende Pflichten zu erfüllen: a) die neu eintretenden Kinder auf ihre Schulfähigkeit, auf ihre körperliche und geistige Beschaffenheit und auf ihren allgemeinen Gesundheitszustand zu untersuchen sowie den Gesundheitszustand aller Kinder dauernd zu überwachen; b) die gesundheitlichen Verhältnisse der Schulräume dauernd zu überwachen. Die angelegte Dienstordnung befaßt hierüber, daß der Schularzt jedes Kind in den ersten vier Wochen nach dem Eintritt in die Schule zu untersuchen hat. Nach etwa halbjährlichem Schulbesuch findet eine genaue Untersuchung der Kinder auf ihren körperlichen und geistigen Gesundheitszustand statt. Er hat mindestens alle vier Wochen (wenn anstehende Krankheiten auftreten, häufiger) die Schulen zu besuchen. Der Besuch gilt gewöhnlich drei oder vier Klassen während des Unterrichts. Bei diesen Besuchen werden die Kinder in bezug auf ihre körperliche Haltung und ihren Allgemeinzustand beobachtet und zunächst einer äußeren Prüfung unterzogen. Erscheinen einzelne Kinder einer genaueren Untersuchung bedürftig, oder wegen der Klassen-

lehrer eine solche, so ist diese nach Zustimmung der Eltern durch Vermittelung des betreffenden Direktors im Sprachzimmer der Schule vorzunehmen. Dagegen gehört die Behandlung erkrankter Schulkinder nicht zu den Obliegenheiten des Schularztes, solche Kinder sollen vielmehr durch den zuständigen Rektor an den betreffenden Arztnetzwerk verwiesen werden. Bei den Besuchen des Schularztes sind auch die Schulkinder einer Prüfung zu unterziehen, insbesondere hat er sein Augenmerk auf Reinlichkeit, Nahrung, Beleuchtung, Heizung sowie auf die Beschaffenheit der Aborte zu richten. Es sollen sieben Schulärzte angestellt werden und zwar immer für zwei Schulen ein Arzt. Die Vorlage wurde mit großer Majorität angenommen. Eine zweite wichtige Vorlage, die auch eine ausgedehnte Debatte zeitigte, war die Einführung von Schaffnern bei der Spandauer Straßenbahn und die Festsetzung eines neuen Tarifes. Spandau hat die Bahn bekanntlich viel zu teuer gekauft und muß deshalb bis jetzt immer noch Zuschüsse leisten. Durch das letzte Straßenbahnungsgesetz ist nun die Frage der Einstellung von Schaffnern wieder ins Rollen gekommen und soll diese Einstellung zum 1. Januar bereits vor sich gehen. Die Schaffner sollen mit folgenden Löhnen eingestellt werden: 95 M. monatlich in den ersten drei Jahren, 101 M. nach drei Jahren, 108 M. nach sechs Jahren, 113 M. nach neun Jahren, 120 M. nach zwölf Jahren. Die Nebenausgaben, welche sich auf circa 40 000 M. belaufen sollen, will man dadurch aufbringen, daß man eine erhöhte Verkehrsbesetzung schaffen will. Dies wollen die praktischen Spandauer dadurch erreichen, daß sie nicht etwa den allgemeinen 10 Pfennig-Tarif eingeführt haben. O nein! Sie haben die Strecke in vier Zonen eingeteilt, drei Zonen sollen 10 Pf. und vier Zonen 15 Pf. kosten. Außerdem sollen noch Monatsabonnements zu 7 M., 10 M. und 12,50 M. sowie Schülerkarten für 3,50 M. monatlich eingeführt werden. Außerdem gibt es aber noch Vorfahrtskarte, 25 Pf. für 1 M., und Arbeiter-Wochenkarten zu 60 Pf. Mit dem Tarif allein würde man allerdings keine Geschäfte machen, denn derselbe bedeutet rundweg eine Erhöhung der Preise, namentlich aber der Arbeiterkarten. Dagegen ist es zu begrüßen, daß jetzt mehr Möglichkeiten zum Umsteigen geboten sind. Genosse Pieper versuchte noch für die Schaffner etwas herauszuholen. Es gelang ihm aber nicht. Die Magistratsvorlage wurde unbedenklich angenommen. Arbeiter-Fahrtkarten sollen alle diejenigen Personen erhalten, welche Invalidenkarten haben. Die Wochenkarten gelten nur für eine Hin- und Rückfahrt zu einer bestimmten Zeit. Folgender Antrag der liberalen Stadtverordneten Grätzel und Genossen gelangte zur Annahme: die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, auf weitere Rechtsmittel gegen das Urteil des Bezirksauschusses vom 1. November 1910 in der Klagefache des Betriebstechnikers Schirmer gegen die Stadtverordnetenversammlung mit Unfähigkeitserklärung der Wahlen des Arztes Dr. Kantorowicz und des Oberpostassistenten Schreiber zu Stadtverordneten zu verzichten und diese Verzichtserklärung baldigt zur Kenntnis des Bezirksauschusses zu bringen. Diefem Antrage stimmte die Versammlung zu. Die Neuwahl der beiden Stadtverordneten wird, wie der Oberbürgermeister erklärte, wohl bald erfolgen.

Falkenhagen-Seegefeld.

Unter in voriger Woche ersahener Bericht über die am Sonntag, den 30. Oktober, stattgefundenen Demonstration wegen Verweigerung seines Lokals durch den Gastwirt Nicolay hat dem "Dshabelländischen Kreisblatt" Veranlassung gegeben, in seiner Nummer vom 6. d. M. einen über zwei Spalten gehenden Artikel zu bringen. Unter der fettgedruckten Ueberschrift:

"Eine Niederlage der Sozialdemokratie" bringt das Blatt u. a. die Behauptung, dem Gastwirt Nicolay seien bei den Verhandlungen 10 000 M. für die Freigabe seines Lokals von den Vertretern der Organisation geboten worden. Diese Behauptung ist in jeder Hinsicht unwar, und wird die zuständigen Parteinstanzen noch beschäftigen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Jugendveranstaltungen.

Vorhagen-Rummelsburg-Stralau. Am Sonntag, den 13. November, früh 9 Uhr, findet die Beschäftigung der "Barnäts" Knabenarbeiterschaft statt. Treffpunkt im Jugendheim, Alt-Vorhagen 56, früh um 7 1/2 Uhr. Abmarsch pünktlich um 8 Uhr. Der Ausschuss.

Wiesenberg-Friedrichsfelde. Heute abend veranstaltet der Jugend-Ausschuss in Franz Dubes Festsaal in Friedrichsfelde, Prinzenallee 30, einen Reiterabend. Die Festeide hat Herr Wilhelm Holzmeier-Bremen übernommen, die Reitationen Herr Wilhelm Burt. Anfang 8 1/2 Uhr. Billett 10 Pfennig.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. November, vormittags 9 Uhr, Doppel-Klee 15-17 und Wärdor, Adelpassage; Freireligiöse Vorlesung; vormittags 11 Uhr Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag von Herrn Prof. Dr. H. Gebrle: "Die Dichtung im Dienste der Weltanschauung". Damen und Herren alle Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. d. 29. Hamburg). Filiale Pankow. Sonnabend, den 12. November, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schröder, Florastr. 5.

Amlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft klar, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft im allgemeinen sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 11. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand am 11. Nov. 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerstand am 11. Nov. 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Schwandau	756	SW	2	heiter	2	Caparanda	746	R	2	Schnee	-5
Damrau	751	SE	1	heiter	1	Petersburg	753	SE	1	bedeckt	1
Berlin	757	SB	0	bed. Bd.	0	Scilla	754	SW	7	bed. Bd.	10
Frankfurt	756	SB	2	bedeckt	2	Aberdeen	751	SW	4	wolkig	5
Hannover	764	SE	3	wolkig	1	Paris	765	SE	5	bedeckt	8
Wien	762	SW	4	bedeckt	3						

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. November 1910. Grundhaft wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und starken südwestlichen Winden; später langsam aufklarende und neue Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.				
Wasserstand	am 10. 11.	am 11. 11.	am 10. 11.	
Weser, Mühl	154	+8	212	+18
Bege, Ackerburg	-30	+1	78	-2
Weser, Horn	36	+2	69	+1
Oder, Rastdorf	347	-19	88	+4
• Proßen	138	+4	136	-4
• Brandeb.	148	+4	84	+1
Saale, Schrumm	16	+4	90	+20
• Landsberg	-8	-2	606	+100
Rega, Borchow	-5	-1	352	-38
Eibe, Lemmerig	129	+18	475	+38
• Dresden	2	+6	393	+198
• Berda	206	+11	804	+16
• Magdeburg	160	-4	495	+61

*) + bedeutet Hoch, - Niedrig. *) Unterdeget. Nach künftigen telegraphischen Meldungen ist der Rhein von der Rheinarmschwärz abwärts im Steigen; die Rheine steigt bei Trier noch stark und hat das Mittelhochwasser schon um 110 cm überschritten. Auch die obere Oder hat am Vögel Rastdorf ihre Wasserschwellen von neuem, jedoch nur um 16 cm überschritten.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
Bezirk 415, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der **Kassierer**
Emil Wolny
Wiensteiner Straße 3
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Bartholomäus-
Kirchhofes in Weihenau, an der
Kaiserberger Straße, aus statt.
202/4 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler
und Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Reisemanager
Henry Kroneberg
Berliner Straße 11
am 10. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 14. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Städtischen Fried-
hofes in Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht 157/14
Die Ortsverwaltung.

Verband der Lederarbeiter
(Berlin I).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der **Rei-
gerber**
Robert Seidel
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. November,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Sebastian-Fried-
hofes, Reinickendorf, Humboldt-
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
144/19 **Der Vorstand.**

Deutscher
Tabakarbeiter - Verband.
Am Mittwoch, den 9. Novbr.,
nach kurzem Krankenlager
unser alter Kollege, der **Zigarren-
arbeiter**
Gustav Simon
im Alter von 67 Jahren.
Sein Andenken in Ehren!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedrichshagen Fried-
hofes, Pappelallee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/15 **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem Leiden entschlief
am Donnerstag **Blime**
Lina Brandt geb. Kunze.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend nachmittags 4 Uhr von der
Leichenhalle der Gethsemanen-Ge-
meinde, Nordend, aus statt.

Dankagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
und Vaters sagen wir allen Freunden,
Bekannten und Verwandten sowie
dem 4. Berl. Reichstagswahlkreis und
dem Deutschen Holzarbeiter-Verband
unsern herzlichsten Dank.
**Ida Haufe nebst
Söhnen.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Orts-Krankenkasse
der **Meißner-Schmiede,**
Schwertfeger und
Verfertiger chirurgischer
Instrumente
zu Berlin
am Sonntag, den 19. November,
abends 8 1/2 Uhr, im **Rosenfelder
Golf,** Kottbuscher Straße 11/12:
Ordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern
zur Abnahme der Jahresrechnung 1910.
2. Wahl von 3 Vorst. aus Mitgliedern
(1 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen).
3. Wahl des Kassierers.
4. Verschiedenes. — Anträge, die
Einsicht in die Kassensbücher erfordern,
sind vier Tage vorher einzureichen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Herren Aufsichtsratsmitglieder sind hier-
mit eingeladen.
279/19 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Verwaltung Berlin.
Achtung!
Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter
der Holzindustrie!
Sonntagnachmittag von 3-5 Uhr abends ist der **Arbeitslosen-
saal** im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15, als **Lesesaal** für die **Lehrlinge** und
jugendlichen Arbeiter geöffnet. **Sämtliche Bücher und Zeitschriften** der
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
Die **Vertrauensleute** werden gebeten, die **Lehrlinge** zum **Besuch** des **Lesesaales** aufmerksam zu
machen.
93/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiterverband
Sektion Berlin I.
Bureau: Engelstr. 14/15 II. Zimmer 33. Fernspr.: Amt IV, 2392 u. 4747.
Arbeitsnachweis: Alte Leichter Str. 1. Fernspr.: Amt I, 2632.
Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner,
Portiers, Fahrstuhlführer, Jugendliche,
Chauffeure, Handwerker usw.
aus den Kauf- u. Warenhäusern Berlins
Montag, den 14. November, abends 9 Uhr:
Öffentliche Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Paul Müller**, Schriftf. des Deutschen Trans-
portarbeiterverbandes, über: „Der dümmste Arbeiter ist der gefügigste
und für die kapitalistische Ausbeutung duldbarste“. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.
Kollegen! **Achtung!** für einen guten Besuch der Versammlung. Die
unserer Sache noch **Hilfsleistungen** sind ganz besonders eingeladen.
Erscheint in Massen!
Die **Branchenleitung** der Kauf- und Warenhäuser.
3. H.: Fr. Wappler.
52/5

Zentralkrankenkasse der Maurer
„Grundstein zur Einigkeit“.
Verwaltung Charlottenburg.
Sonntag, den 13. November, vorm. 10 Uhr,
im „**Volkshaus**“, Rosinenstr. 3, vorn:
Mitglieder-Versammlung.
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910. 2. Kassensangelegenheiten.
149/15 **Die Ortsverwaltung.**

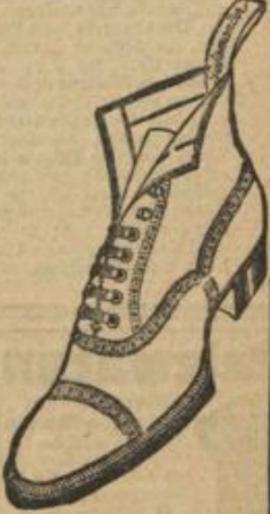
1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefern elegante, fertige
Herren - Garderoben
= Ersatz für Mass =
Anfertigung nach Mass
Tadellos = Ausführung
Julius Fabian, Schneider-
meister.
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.



Jede Hausfrau
sollte einen Versuch machen, und wird dann
fest davon überzeugt sein, dass es keinen
weiteren Anreiz gibt, der dem
Wiener-Kaffe-Zusatz
v. **Thilo & v. Thoren, Wandobel**
an Wohlgeschmack und Ausgiebigkeit gleich.
Das zarte Aroma, der milde
und doch kräftige Geschmack ist
durch die darin enthaltenen **Fei-
gen** erreicht.
Probierproben sowie Pakete zu 10 und 25 Pf.
sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des **VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**
Sonntag, den 12. November 1910:
Kunst-Abend
in **Ballschmieders Etablissement, Badstraße 16,**
unter Mitwirkung von
Margarete Walkotte und anderen namhaften Künstlern.
Anfang 8 Uhr. „ „ Eintritt 50 Pf. „ „ Tanz 50 Pf.
230/9* **Das Komitee.**

Salamander
Einheitspreis für
Damen und Herren M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch V

Schuhges. o. b. H., Berlin
Zentral: W 8, Friedrich-Strasse 182

Gummischuhe
für Damen und Herren



W. Friedrich-Strasse 182
SW. Friedrich-Strasse 221
N. Friedrich-Strasse 118/19
C. König-Strasse 47
W. Potsdamer Strasse 6
C. Rosenthaler Tor
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
NO. Gr. Frankfurter Str. 102
(am Strausberger Platz)
NW. Wilsoacker Strasse
Ecke Turmstrasse 9
Charl. Wilmersdorfer Strasse 126
Steglitz, Schloss-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Potsdam, Nauener Strasse 24

Pelz-Stola-Verkauf
zu hervorragend billigen Preisen!
Eigene Kürschnerei.
en gros **Riesenhafte Auswahl** detail
über **1000** Stolas von 3 Mark
an
Colliers von 1,50 Mark
an
Echte Skunks-
Stolas von 85 Mark
an.
Eile zu Weile
Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.
Eckhaus
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezahlten Preis.
Die solideste und billigste Bezugsquelle für 1461/9

Glas-Christbaumschmuck
ist unfehlbar die
Glasbläsergenossenschaft des Meißner Oberlandes.
Viele glänzende — unvergängliche — Anerkennungs- u. Dankschreiben.
Steigerung unseres Umsatzes im vorig. Jahre um wiederum 50 Proz.
Ein Sortiment der schönsten und prachtvollsten Neuheiten, entz. je
3 Stück extragroße Lampen, prachtvolle Kronleuchter, Weigen und
Gitarre, Vogel auf Klemmer, Fischapfelchen m. Stimme, Glocken m.
Zuschrift, brillante Schneemänner, große despotische Kugeln, ferner
je 2 Pyra, Kofetten, Gefäße, Dosen im Gl. 1 „**Hallenscher**
Flömel“, 1 Schif, 1 Luftballon, 1 Olive; je 6 Weintrauben,
Apfel, Tannenzapfen, Silberglöckchen, Hornzapfen, 10 prachtvolle
Reife, 12 extragroße Wollkugeln, 2 Eiszapfen, 1 großer Eng-1 m.
bened. Glockengel, 1 prachtvolle Baumspitze, 100 Stück 34 mm starke
verlieferte Kranzperlen (auf Wunsch für die Kranzperlen auch jeden anderen
Artikel zum gleichen Werte) im Summa 214 Stück größere und auf
feinste ausgeführte **Brillant-Glasfäden**, sowie ferner 1 Paket
Engelshaar, 6 Dyd. Konfethalter, 6 Lichthalter auf Klemmer; alles
zusammen für 21.50 — franco gegen Nachnahme, Doppelporto 21.90.
Bei Voreinzahlung d. Betrages 25. bezw. 35 Pf. billiger.
10 Sortimentslisten in Schausf. inkl. Bahnkarte 2.46 — franco. Für
größere Bezüge verlange man Preisliste. Bestellungen bitten wir nur zu
richten an die
Glasbläsergenossenschaft des Meißner Oberlandes
o. G. m. b. H. in Steinach S.-M.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Auch Einzelverkauf
enorm
billig!
Kostüme
Kostüm - Röcke
Paletots
Kimonos
Golf - Jacketts
Mädchen-
Paletots.
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg.
schräglüber Untergross-Bahnhof.
Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75, I
Eingang Tilsiter Strasse.
Prack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Oranien-
Tor, Ely. Road, Gebroed
1,50, 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 11,00, 12,00, 13,00, 14,00, 15,00, 16,00, 17,00, 18,00, 19,00, 20,00, 21,00, 22,00, 23,00, 24,00, 25,00, 26,00, 27,00, 28,00, 29,00, 30,00, 31,00, 32,00, 33,00, 34,00, 35,00, 36,00, 37,00, 38,00, 39,00, 40,00, 41,00, 42,00, 43,00, 44,00, 45,00, 46,00, 47,00, 48,00, 49,00, 50,00, 51,00, 52,00, 53,00, 54,00, 55,00, 56,00, 57,00, 58,00, 59,00, 60,00, 61,00, 62,00, 63,00, 64,00, 65,00, 66,00, 67,00, 68,00, 69,00, 70,00, 71,00, 72,00, 73,00, 74,00, 75,00, 76,00, 77,00, 78,00, 79,00, 80,00, 81,00, 82,00, 83,00, 84,00, 85,00, 86,00, 87,00, 88,00, 89,00, 90,00, 91,00, 92,00, 93,00, 94,00, 95,00, 96,00, 97,00, 98,00, 99,00, 100,00.

Soeben erschien in unserem Verlage:

Schillers Werke

Auswahl und Einleitung von Dr. FRANZ MEHRING:

Drei starke Leinenbände Preis 3,50 Mark

In seiner Einleitung schreibt Mehring u. a.:

Zwischen den Idealen der Arbeiterklasse und dem Idealismus Schillers klappt ein unüberbrückbarer Abgrund. Allein deshalb kann sie dem Dichter und Menschen nur um so gerechter werden, dem Dichter, der eine Welt der Schönheit geschaffen hat, dem Menschen, der ein geborener Kämpfer war, der, wie er einmal sagte, von der Woge seines Geistes ab, und wie wir hinaufgehen dürfen, bis an die Schwelle des Grabes mit dem Schicksal gekämpft hat, mit dem furchtbaren Druck, der über seinem Volk und seiner Zeit lag. In diesem Kampf ist Schiller niemals müde geworden; weder die bittere Not hat ihn gebrochen, die seine jungen Jahre verzehrte, noch die tückische Krankheit, die ihn wieder und wieder packte, als die düstere Schattengestalt der Sorge um des Lebens Nahrung und Nahrung von seiner Schwelle gewichen war. Immer blieb er ein aufrechter und stolzer Mann, und wenn wir das Götzenbild zertümmern, das die Bourgeoisie aus ihm gemacht hat; in seiner geistigen Ahnenreihe wird das kämpfende Proletariat immer gern diese hohe Gestalt grüßen.

247/6

Pelzwaren

Einzelverkauf Stoles und Muffen vom einfachsten bis elegantesten von 4 M. an bis 500 M. Nur eigene Fabrikation B. Kleinmann Münzstr. 18 Nur 1 Treppe Sonntag geöffnet.

Monats-Garderobe!

Die besten Winter-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen. 1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 1947/8 Hirsch Kieferbaum, Wasserlorenzstr. 12/13 (früher Pringelstr. 33).

Bis auf Weiteres

geben wir an jedermann zu den denkbar günstigsten Bedingungen bei unvergleichlich billigen Preisen und grosser Auswahl auf

Kredit: Bei Aufgabe Kredit ohne jede Anzahlung v. Referenzen

- Herrn-Anzüge 15 M. Anzahl 3 M.
- Herrn-Anzüge 36 M. Anzahl 7 M.
- Herrn-Anzüge 40 M. Anzahl 8 M.
- Damen-Paletots von 16 M. an, Anzahl 4 M.
- Winter-Paletot 24 M. Anzahl 5 M.
- Ulster 30 M. Anzahl 6 M.
- Ulster 42 M. Anzahl 9 M.
- Kostüme, Kostümröcke von 9 M. an, Anzahl 3 M.

Abzahlung 1 Mark per Woche an.

S. Gottlieb

Rosenthalerstr. 54 I. Etage. G. m. b. H.

Geldnot

ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie davon, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monats-Garderoben erhalten Sie von

Millionären

Reifenben, Kavaliere, Doktoren nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Zeide gearbeitete

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschaft-Anzüge werden billig vertehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

nur Gr. Frankfurter Straße 93 nur
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles christl. Geschäft. Keine Fikalen am Platz.
Abteilung II: Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

4. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150328	46	85	[2000]	514	98	708	937	151092	191				
97	[500]	798	152022	20	208	282	710	[1000]	153104				
211	17	[5000]	228	43	63	432	54	543	830	722	45	304	988
[500]	154044	20	[500]	97	204	384	109	300	155181	245			
617	612	948	[1000]	156103	10	30	241	240	[500]	448	75		
157000	203	423	[500]	554	700	903	158017	255	242	489			
684	676	159219	29	[5000]	447	723	29	897					
160021	477	617	703	161059	185	546	83	884	[500]				
162173	262	66	87	435	512	625	163414	89	388	733	978		
164032	59	268	83	405	681	165235	25	449	500	60	749		
54	245	959	166108	77	487	645	707	885	249	167145	33	81	
225	448	594	840	70	108503	328	80	475	27	123	837		
169480	[500]	207	29	359	428	581	654	85	770	983			
170003	644	729	973	85	171238	97	828	711	323	60			
591	172007	69	208	26	93	[1000]	245	45	501	13	173008		
500	357	453	517	73	[5000]	647	90	725	323	31	28	941	
174040	71	220	227	41	540	83	624	41	[1000]	175150			
211	545	912	176007	40	119	809	710	19	25	62	974		
[500]	177013	123	212	225	23	423	795	901	374	178019			
179	[500]	209	611	179022	11	506	[500]	957					
180115	241	95	261	[1000]	720	800	181011	54	57				
190	44	469	667	182125	57	350	628	321	84	943	183012		
423	27	629	851	323	184000	47	105	428	[1000]	90	504		
83	618	939	[500]	185002	[5000]	264	238	450	843	[500]			
42	71	503	41	186498	26	33	205	602	816	187002	370		
68	79	724	846	947	83	188100	500	536	189007	[500]			
122	314	202	77										
190203	426	47	590	631	933	[500]	191008	27	213				
504	59	485	571	876	[1000]	720	800	83	920	192048	49		
328	748	193145	353	474	564	747	945	[500]	194000	211			
639	95	711	677	195020	23	57	206	320	600	480	550	91	989
198029	73	85	297	451	63	853	943	197	667	818	[1000]	50	
198082	49	480	596	745	559	199307	94	[500]	923				
200035	250	432	519	41	615	900	[500]	201703	399				
202020	204	200	60	11	348	937	203224	38	430	574			
205	9	20	204055	149	206	865	205	91	14	243	83	248	
685	206	321	272	448	69	636	955	207133	50	230	87	214	
58	775	874	25	269	280006	234	618	19000	701	22	[1000]		
884	209130												
210150	93	92	420	547	88	804	29	[500]	211023	192	91		
543	502	20	[500]	683	814	212124	226	870	953	213027			
228	481	[1000]	19	324	808	225413	915	24	214	905	[500]	163	
318	348	91	215890	320	64	942	59	216364	251	35	57		
217021	49	420	906	714	44	942	218	181	147	302	328	430	
500	612	972	219187	208	85	617	2210						
220060	208	503	85	847	221557	499	257	609	927	51			
222008	183	473	502	74	607	19	713	73	927	223100	56	69	
224002	283	229	78	250	965	225411	226	210	372	379	73		
571	227027	108	206	11	217	[500]	322	255	[500]	228177			
370	318	286	229406	[1000]	551	749	885						
230067	501	[500]	25	435	40	17	84	688	231088	59			
301	327	81	836	232084	85	149	79	[500]	313	810	74	737	
855	63	900	90	233128	559	719	805	63	234078	235027			
45	110	12	18	380	[1000]	452	321	91	[500]	723	950	[500]	
236083	111	290	32	338	225	89	600	710	574	237321	307		
340	[5000]	569	204	89	902	238009	[500]	218	811	947			
239090	70	573	926										
240118	41	225	425	788	811	925	[1000]	241221	423				
608	733	490	242118	443	[500]	509	29	[500]	729	320	90		
907	243183	[1000]	275	328	893	825	244154	[500]					
300	19	309	95	423	578	[500]	423	545	245188				
181	290	[5000]	155	648	[500]	983	745	825	246100				
247407	39	170	218	[1000]	18	472	248215	51	435	82	503		
731	289	944	88	[500]	249000	275	578	563	97	961	[1000]		
250079	253	321	485	845	740	251119	509	252007	248				
74	490	507	678	731	88	45	253155	235	549	[1000]	789		
254200	71	243	723	805	255099	282	385	465	819	84			
[500]	99	985	256005	36	166	710	303	475	755	[1000]	920		
71	257119	24	79	225	280	556	85	[1000]	418	323	89		
258150	243	249	45	222	259119	75	44	18	48	924			
260018	289	79	288	648	898	261025	[100]	424					
612	59	133	262288	53	653	874	78	870	263061	195	302		
788	642	49	264139	41	70	70	582	68	85	205	003	[1000]	
706	590	265100	323	833	66	266106	11	21	074	81	60	770	
823	267487	832	82	976	268067	252	414	43	82	846	940		
269072	124	400	126	51	80	832	92	44	80	85			
270023	[1000]	229	781	871	[5000]	271250	213	523					
931	272119	89	342	451	558	631	814	33	12	262	27321	823	
589	97	607	274394	[10000]	506	682	982	58	58	275409			
61	229	671	275106	21	808	276073	157	246	888	404	73		
93	[1000]	665	278	820	[5000]	72	74	277094	[1000]	21			
610	57	856	940	59	[2000]	278068	124	254	304	447	350		
279042	67	161	279	[5000]	325	844							
280040	56	221	28	78	[5000]	351	755	865	[500]				
281000	61	637	82	[5000]	889	282213	311	445	50	583			
282049	488	622	890	293222	489	680	700	803	900	96			
294048	[1000]	53	366	7	678	803	50	[500]	295376				
298006	296	296000	[500]	217	883	297007	28	248	44	90			
298002	229	229	58	485	585	299	51	[1000]	299083	214			
[5000]	85	482	510	56	900	[1000]	755	85	802	843			
300079	297	424	615	45	765	878	99	301015	424	485			
715	48	808	[1000]	18	[500]	53	74	999	302120	43	484		
619	41	643	897	303005	289	325	700	454	84				

4. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

31	[500]	216	356	86	572	843	912	43	1049	190	414	509	
682	714	2081	119	27	81	386	521	620	76	[5000]	497	3121	
597	870	465	41	612	[500]	804	27	89	969	4637	180	300	405
613	603	972	5110	306	268	620	708	817	6028	243	[500]		
413	42	95	532	606	596	7003	125	[500]	22	843	725	58	598
8322	33	459	9219	21	[500]	556	87	424	43	694	733	909	
10075	444	548	857	74	11048	517	640	800	35	65	12008		
224	528	743	13165	96	232	55	58	352	789	899	10	14109	
27	340	304	55	440	598	804	950	81	[5000]	15808	633	37	
81	[500]	97	89	866	87	16047	72	223	336	[500]	17040		
139	[500]	330	43	45	498	[1000]	670	577	917	18020	236		
96	327	482	517	632	19119	32	70	82	708	103	80	887	965
20001	129	769	838	938	21006	255	84	808	323	962			
22154	334	797	23154	65	207	[1000]	400	687	794	24049			
99	107	79	34	350	562	[1000]	626	25031	699	618	43	327	
226089	32	323	507	629	36	[500]</							

Achtung! Gewerbegerichtswahl!

Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des vom Magistrat festgesetzten Verteilungsplanes ein Drittel der Gewerbegerichtsbeisitzer aus. Die Ergänzungswahl für das ausgeschiedene Drittel der Arbeitnehmer findet

am Sonntag, den 13. November 1910, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags,

aber nicht mehr so wie früher nach einem Drittel der Stadtbezirke, sondern in allen 48 Wahlbezirken, also **über ganz Berlin statt.**

Die Wahl.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettel, jedoch nach dem System der Verhältniswahl, das heißt nach dem sogenannten Franzfurter Wahlsystem mittels „gebundener Listen“.

Zu wählen sind 70 Beisitzer. Die Kandidaten sind von den in Betracht kommenden Gewerkschaften vorgeschlagen und sind gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die Namen der zu wählenden Beisitzer werden nicht auf den Stimmzettel geschrieben oder gedruckt, sondern sind von der Gewerkschaftskommission dem Wahlbureau eingereicht. Die aufgestellte Liste der Kandidaturen hat die

Nummer 1

mit der Bezeichnung: **„Liste der freien Gewerkschaften.“**

Wahlberechtigung.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder gewerbliche Beschäftigung hat.

Darunter ist zu verstehen, daß jeder Arbeiter, wenn er auch nur einen Tag am Orte wohnt oder beschäftigt ist, wahlberechtigt ist. Personen, welche nicht in Berlin wohnen,

aber ihre Beschäftigung hier haben, wählen im Bezirk ihrer Beschäftigung, dagegen die in Berlin wohnenden in ihrem Wohnbezirk. Eine Auswahl für die letzteren zwischen Wohn- und Beschäftigungsbezirk ist unzulässig. Personen, welche auswärts arbeiten und in Berlin wohnen, üben ebenfalls im Wohnbezirk ihr Wahlrecht aus.

Hausgewerbetreibende sind wahlberechtigt und wählbar als Arbeiter, sofern sie nicht selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und nicht gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Auch Arbeitslose sind wahlberechtigt; sie füllen nur die Fragen 1 und 2 der Wahllegitimation aus und lassen sich in ihrem Polizeirevier beglaubigen, daß sie im Revier wohnen. Sollte dennoch jemandem die Beglaubigung verweigert werden, so kann er am Tage der Wahl mit der Legitimation der Invalidentaxe und Steuerzettel an die Wahlurne treten, um zu wählen.

Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar

sind die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81b Nr. 4 und der §§ 91 bis 91b der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Wahllegitimation.

Für die Arbeiter werden keine Wahllisten zum Zwecke der Wahlen angelegt, es genügt vielmehr für dieselben ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde (Polizeirevier des Wahlbezirks), durch

welches ihnen bestätigt wird, daß sie zurzeit innerhalb ihres Wahlbezirks in Arbeit stehen oder wohnen.

Diese Zeugnisse oder Wahllegitimationen werden vom Magistrat herausgegeben und sind in allen Verbandsbureaus, im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelaker 15, 11-1, 8-8 Uhr, im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, Zimmer 57, während der Dienststunden, 9-8 Uhr, und in den im Tableau verzeichneten Parteilokalen zu haben.

Die Formulare enthalten vier Fragen. Diese sind von in Arbeit stehenden Personen sämtlich, von Arbeitslosen nur Frage 1 und 2, auszufüllen und alsdann dem Arbeitgeber oder der Polizei zur Unterschrift oder zum Stempeln vorzulegen. Die Behörden sind angewiesen, diesem Wunsche nachzukommen. Jedoch empfiehlt es sich, im letzteren Falle einen Ausweis mitzunehmen.

Am Tage der Wahl ist die Wahllegitimation vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Die Agitation.

Es empfiehlt sich für alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, in ihren Werkstätten usw. festzusetzen, wieviel Wahlberechtigte dort arbeiten, alsdann für diese die nötige Anzahl Wahllegitimationen zu beschaffen, die Ausfüllung zu überwachen und die Abstempelung zu veranlassen. Desgleichen ist es notwendig, am Tage vor der Wahl die Wahlberechtigten an ihre Pflicht zu erinnern.

Organisierte Arbeiter, welche am Tage der Wahl helfen wollen, können sich in untenstehendem Bureau melden.

Arbeiter! Parteigenossen!

Es gilt wieder einmal das Recht des Arbeiters zur Geltung zu bringen. Die Zusammenfassung des Gewerbegerichts ist für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Es ist deshalb notwendig, daß Leute hineingewählt werden, die das nötige Wissen haben und geeignet sind, an der Stelle zur rechten Zeit das richtige Wort zu sprechen. Durch das Verhältniswahlsystem ist es den kleinen Parteien leicht möglich, Kandidaten zu bekommen, wenn die abgegebene Stimmzahl nicht groß ist. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, bei der Wahl die Stärke

unserer Organisation den anderen drei Parteien gegenüber, wie im Jahre 1908, in vollem Umfange zum Ausdruck zu bringen. Niemand darf fehlen. Die Wahlzeit von 10 bis 6 Uhr ist lang genug, daß jeder zur Wahl gehen kann, der nicht krank ist. Die Gewerkschaften haben deshalb beschlossen, eine Wahlkontrolle in Gestalt einer Marke, die in das Mitgliedsbuch zu stecken ist, auszugeben. Agitiere jeder Kollege und Genosse in seiner Werkstatt und auf dem Bau für die Beteiligung an der Wahl am 13. November für die

Liste I der freien Gewerkschaften.

Um Irrtümer auszuschließen, lassen wir nachstehend ein Verzeichnis der Stadtbezirke und der 48 Wahlstellen folgen. Wir ersuchen, der besseren Information halber dieses Flugblatt bis zur Wahl aufzubewahren.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Gegründet 1867



Jerusalemstr. 38-39
Friedrich-Straße 75
Potsdamer Straße 2
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Haupt-Str. 146
Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Januar 1911:

Rosenthaler Str. 5

Zentrale und Versand:
Jerusalemstr. 38-39

Orthopädische Abteilung
für Fussleidende jeder Art
Kostenlose ärztl. Sprechstunde
Jerusalemstr. 38-39
wochentags von 5 bis 7 Uhr
Herstellung von Maß-Schuhwerk
und individuellen Einlagen für Senk-
und Hohlfüße, passend für jederlei
Schuhwerk.

Für die rauhe Jahreszeit

Stiefel mit Doppelsohlen | Stiefel mit Plüschfutter
Stiefel mit Korkböden | Stiefel mit Katzenfell
Stiefel mit Wollfutter | Stiefel mit Lammfell

Militär-Stiefel und Uniform-Stiefel

für alle Waffengattungen, genau nach Vorschrift
Offizier-Schnürstiefel und -Gamaschen

Wasserdicht gearbeitete Jagd-Stiefel

Reitstiefel für Landwirte □ Schaftstiefel für alle Berufe

Praktische warmgefütterte Schnallen-Stiefel

aus Leder, Filz u. Kamelhaar, mit u. ohne Lederbesatz

Alle Arten warmgefütterter Haus-Schuhe

in einfacher, billiger sowie feinsten Luxus-Ausführung

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Preiswerte dauerhafte Kinder-Stiefel

No. 25-27 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰ No. 28-30 5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁵⁰ No. 31-35 6⁵⁰ 7⁵⁰ 9⁰⁰

Der reichillustrierte Haupt-Katalog wird kostenlos zugesandt.

Vorort-Nachrichten.

Weissenfee.

Sonderbare Submissionsblüten haben die für die Kanalisierung der Lichtenbergerstraße ausgeschriebenen Arbeiten ergeben. Die zunächst aufgeführten Firmen gingen mit ihren Forderungen zwischen 70—75 000 M. Das schien dem Bauat zu hoch und die Arbeiten wurden nochmals in unbeschränkter Submission ausgeschrieben. Das Resultat war sofort ein anderes; der niedrigste Submittent forderte annähernd 50 000 M., der höchste 108 000 M. Nur dem Umstande, daß der niedrigste Bieter einen Rechenfehler

vorschlügte, ist es zuzuschreiben, daß er mit der Ausführung der Arbeiten nicht betraut wurde. Der nachfolgende Bieter führt nun die Arbeiten für 60 000 M. aus. Die Gemeinde hat vorläufig eine Ersparnis von 11—12 000 M. Aufgabe der Gemeinde müßte es sein, darauf zu achten, daß auch die beschäftigten Arbeiter den in der Gewerkschaft festgesetzten Lohn erhalten und daß kein minderwertiges Material bei den Arbeiten verwendet wird.

Potsdam.

Sieben Stadtverordnetenmandate unbesetzt. Die Erziehung für den unbesetzten Stadtrat Kampffmeier, der sein Amt niedergelegt hat (übrigens schon der zweite Fall unter dem neuen Oberbürger-

meister), dürfte zur Erledigung des siebenten Stadtverordnetenmandats führen. Und alle diese Mandate sollen noch über ein Jahr unbesetzt bleiben, da die regelmäßigen Wahlen erst im November 1911 stattfinden. Fast ein Drittel aller Mitglieder ist ausgeschieden. Man tröstet sich immer damit, daß Potsdam durch eine lgl. Verordnung 12 Stadtverordnete mehr habe (60 statt 48) als wie ihm nach der Einwohnerzahl eigentlich zustände. Man will keine Erziehungswahlen, weder im Magistrat noch in der Stadtverordnetenversammlung, trotzdem einige Mandate schon volle zwei Jahre unbesetzt sind. Bemerkenswert ist gerade, daß der ganze konservative Neue Wahlverein das frühere „Königliche Privileg“ so mißachtet. Sie müssen heillose Angst vor den Erziehungswahlen haben.

**Plüsch-Mäntel
Jackette u. Paletots**

in unerreichter Auswahl, auch für
— stärkste Damen passend —

aus prima Velours du Nord und teinstem,
echt englischem Seal, glatt — mit reicher
Stickerei — und mit Pelz-Garnierung
M. 24, 33, 42, 58 bis 175

Besonders preiswert:

110 cm langer Paletot aus prima
Velours du Nord, auf seid. Futter
2 eleg. Passementrieschlösser M. **59**
110 cm langer Paletot aus prima
Velours du Nord auf seid. Damast-
futter mit reich. eleg. Stickerei M. **72**

Eskimo-Paletots — Beste —
Schneiderarbeit

aus eleganten, tuchartigen Qualitäten
auf prima Cloth und Seide gefüttert
M. 19.50, 27, 36, 45

Vornehme Frauen-Mäntel

einfach. Genres bis zur eleg.
Ausführ. mit gedieg. reicher
Soutachestickerei... von M. **2250** an



Paletot „Nanon“, 130 cm
lang, aus prima Velours du Nord,
aus seidnem Duchesse gefüttert
M. 82.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
12 Schaufenster **Sonntags geöffnet** 2 Häuser vom Dönhoffplatz



Mustergültig

In Stoff, Ausführung und Sitz

ist jeder Ulster oder Paletot, der aus
meinem Betriebe hervorgeht. Die Stoffe
sind von auserlesenem Geschmack und
denkbar bester Haltbarkeit, die Formen
kleidsam und der neuesten Mode ent-
sprechend. — Durch Ausschaltung des
Zwischenhandels beim Einkauf der Roh-
stoffe und durch ausgedehnte eigene
Fabrikation erziele ich hohe Leistungen
u. dementsprechend billige Verkaufspreise

**Preiswerte
Ulster u. Paletots**

- aus sehr haltbaren
Cheviotstoffen mit
den neuen Fischgrat-
und Wabenmustern,
mit Plaidfutter . . . **27** M.
- aus mod. Diagonal-
Cheviots engl. Art mit
Noppen und Würfel-
bindung und ange-
webltem Futter . . . **34** M.
- aus reinwollenen
Meltonstoffen, glatt,
kariert und gestreift **40** M.
- aus reinwollenem
Eskimo od. Diagonal-
cheviot in vornehmst.
Ausführung **58** M.

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch-
u. Kaiser-Friedrichstr.

Carl Dittmann
Spezial-Geschäft für Wild, Geflügel, Fische
Fernspr. Rixdorf, Berliner Straße 42 Fernspr. No. 400.
gegenüber dem Amtsgericht.

Lebende Hechte Pfund 0,80—0,90 M.	Lebende Karpfen Pfund 0,90 M.	Lebende Plötzen Pfund 0,60—0,70 M.
Lebende starke Aale Pfd. 1,00—1,20 M.	Lebende Schleie Pfd. 1,20 M.	

Bleie, Schleie, Barsen zu den billigsten Tagespreisen.
Lebend frische Seefische.
Schellfisch Pfd. 30 u. 35 Pf. | Flundern Pfd. 35 Pf.
Cabliau im Anschnitt . Pfd. 30 u. 35 Pf. | Rotzungen Pfd. 50 Pf.
Prima Fluß-Zander Pfd. 65 Pf.

Prima große Waldhasen
gestreift (ohne Fell) 3,50—4,00 M. | Hasen-Rücken (gespickt) 1,75—2,00 M.
gespickte Hasen . 4,00—4,50 M. | Hasen-Keulen (gespickt) 1,75—2,00 M.

Rehkeulen 5,00—6,50 M.	Rehrücken 6,00—7,50 M.	Rehblätter 1,75—2,25 M.
---------------------------	---------------------------	----------------------------

Hirschfleisch Pfd. 0,30, 0,40, 0,50 usw.
Kaninchen! x x x x x Fasanen! x x x x x
Warthebrucher Mast-Gänse Pfd. 70 Pf.
Gänse-Rümpfe. Gänse-Keulen. Leber. Liesen. Suppenhühner 2,25, 2,50, 2,75 M.
Prima geräucherter Gänsebrüste a Pfund 1,50 M.

Lühower Str. 5a
am Rathaus
Nur Sonnabend, Sonntag:
Schweinehälften, Schulter 70 u. 75 Pf.
Rindfleisch u. fr. Rippsteck 80 u. 90
Schweinefleisch u. Schult . . . 85
Schmorfleisch, Kauladen . . . 90 an
Hummelsteile, Rindchen . . . 75 u. 80 Pf.
5 Pfd. gemischte Würst . . . 4 u. 5 M.

Schaustellungsplatz Alt-Boxhagen.
Größter Vergnügungspark des Ostens.
Neu! **Das Teufelsrad.** Neu!
Was muß lachen!
Mechanische Ausstellung. Automobil-Karussell.
Neu! **Die Teufelsmühle** Neu!
und noch ca. 30 große Schaustellungen am Platze. Für Dampf-
maschinen sorgen für elegante und feenhafte Beleuchtung.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

Damenmäntel-Fabrik Paul Ginck Rixdorf, Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrichstrasse

Reelle erstklassige und moderne
Herbst- und Winter-Kostüme
offeriert in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz; ferner moderne
Paletots, Jackette und Röcke

Blaue
Paletots

Ulster
von 3,50 M. an

Schwarze
Jacken

Plüsch-Paletots
115 cm lang 39 M.

MASS-ANFERTIGUNG

Durch Ersparnis teurer Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise ausserordentlich billig

Winter-Paletots und Ulster

Vorzügliche Stoffe
Gute Verarbeitung
Tadellose Paßform



Paletots vorrätig in den Preislagen von 20, 22.50, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 u. 75 M.

Ulster vorrätig in d. Preislagen v. 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60 u. 65 M.

Für extra starke Herren stets reiche Auswahl.

Großes Lager in: Jackett-, Rock- u. Gehrock-Anzügen, Joppen und Hosen, Jünglings- u. Knaben-Bekleidung jeder Art.

Besichtigen Sie, bevor Sie Ihren Bedarf decken, mein auswahlreiches Lager.

Carl Stier

Fabrik für Herren und Knaben-Garderobe
Berlin SO Berlin W
Oranienstraße 106. Potsdamer Str. 112a.
Potsdam, Nauener Str. 23.

Empfehle meistens als ersten
Mittagsfisch
zu kleinen Preisen; außerdem bei
Veranlassungen 1/2 Bier 10 Pf.
Thüringer Würststube
892B* Hindenburgstr. 64.
Wilhelm Jurrann.

Ofen 2,60 M.

an.
Dauerbrandofen von 3,75 M. an.
Rechmaschinen, Gasofen (portabil),
Maybach-Ufer 17/19
(Kottbuser Brücke)
und Charlottenburg,
Kneesebeckstr. 6/7 (a. Stiege).

**Arbeiter- und
Berufskleidung,**
Unterjacken, Hemden,
Winterjoppen
gefüttert, kaufen Sie reell
und billig im
**Roten Laden,
Schöneberg,
Hauptstraße 108.**

Toupets, Locken,
Zöpfe

billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Altdorf, Erkstr. 3.

Reste
Damenluche, schwarz und farbig,
Kostüme, neueste Muster,
Samt, Seide, Püsch, Astrachan,
Krimmer, Kammgarn - Cheviot
und sämtliche Futterstoffe.
J. Pfister, Waldemarstr. 13.
Vorgelegter d. Annonce 5 Proz.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
Draußenstr.
Jahrgeld wird vergütet.

Extra billiges Angebot

für

Paletots und Ulster

Infolge der andauernd milden Witterung bin ich gezwungen, meine noch grossen Vorräte in Herren- u. Knaben-Paletots u. -Ulster rechtzeitig zu verkleinern. Ich habe deshalb die Preise dafür teilweise ganz bedeutend reduziert.

Ausdrücklich bemerke ich, dass es sich dabei nur um selbstangefertigte, frische, tadellose Konfektion, nicht um sogenannte Partie- oder unter Preis gekaufte Ware handelt. Dieses Angebot sollte von niemanden veräußert werden, da zu den billigen Extra-Preisen selten etwas derart Hervorragendes in Qualität geboten wird.

Mit Recht

werden dann auch meine Angebote bevorzugt, denn ich inseriere nicht nur schwarz auf weiss, sondern bleibe das, was ich anzeige.

Paletots und Ulster

in modernen 1- u. 2-reih. Formen, durchaus dauerhafte Qualitäten in prachtvollen Ausmusterungen
Preislagen: 56, 50, 45, 42, 38 15 00
35, 32, 28, 25, 22, 18 15 M.

Loden-Joppen | **Loden-Capes**
ein- u. zweireih.,
mit u. ohne Falt,
warm gefüttert
24, 21, 18, 15, 12, 10, 8, 7, 6, 5
6 00
wasserdicht,
prakt. u. billig,
in jeder Länge
22, 18, 16, 12, 9, 7, 6, 5
4 75

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.



Teilzahlung 50 Pf. an.

Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Jackets, Röcke, Blusen, Pelzstolien, Betten, Tischdecken, Wäsche, Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren, Zithern, Mandolinen, Grammophone.

F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, nur 1. Etage.

Zentral-Markthalle

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Rixdorf,
Berg-Strasse 5.

Graue Reinetten, 2 Pfd. 35 Pf.	Schnitt- und Brechbohnen, 2 Pfd. 27 Pf.
Goldparmänen, 2 " 35 "	Leipziger Märlerei, 2 Pfd. 45 Pf.
Gute Champignons, 1 " 10 "	Feilschobbi-Marmelade, 2 Pfd. 78 Pf.
Schweinefleisch, Pfd. 75 Pf.	Hammelfleisch, im Ganzen Pfd. 75 Pf.
Schweinefleisch u. Schaff, Pfd. 85 Pf.	bide Rippe " 70 "
Schweinefleisch, Pfd. 75 Pf.	Dümmung " 60 "
Wild - Geflügel	
Prima Gaser - Mastgänse, Pfd. 68 Pf.	Reh-Häuten, 7,00-10,00 M.
Extra große Gaser, 3,75-4 M.	Reulen, 5,00-7,00 "
" gepickelt 4,25-4,50 M.	Blätter, 1,75-2,00 "
	Feische Hasen von 2,00 M. an
Feinste Süßrahm-Margarine, Pfd. 70-90 Pf.	Feinste Tafelbutter Pfd. 1,30 M.
Merkeinste Pflanzenbutter, Pfd. 80-90 Pf.	Keine 1,20 "
Auf sämtliche Margarins gebe ich nach Abnahme v. 10 Pfd. 1 Pfd. gratis	Sollert-Taliter Käse Pfd. 70 Pf.
	Isa Schweizer Käse " 95 "
	Feinster Limburger St. 65 "
	" Garzer St. 4 St. 10 "
Lebende Gänse, Pfd. 85-100 Pf.	Celfardinen, 1/2 Dose 1,00 M.
Lebende Karpfen, Pfd. 80-90 Pf.	Zensgurken in Glasen, 1/2 Dose 3,00 M.
Cablian, 25-30 "	Kleine Sardellen pr. Pfd. 50 Pf.
Hlandern, 25-30 "	bei 5 Pfd. 40 Pf.
Zwiebel- und Kottwurst, Pfd. 45 Pf.	Schlackwurst und Salami, Pfd. 1,25 M.
Randleder- und Fleischwurst, Pfd. 95 Pf.	Thüringer Schinken, Pfd. 1,15 M.
Braunschweiger Tee-Wurst, Pfd. 1,20 M.	Better Speck, Pfd. 70 Pf.
	bei 5 Pfd. 68 Pf.
	Magerer Speck, Pfd. 85 Pf.

Kürbisse (100 Zentner) pro Pfd. 3 Pf. im Ganzen
" " 4 " " " " "

Wäsche, eigenes Fabrikat
Trikotagen
Schneiderartikel
Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25
Ecke Samariterstraße.

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann
parterre 38 Holzmarktstr. 38 parterre
Jeffries- u. Johnson-Formen p. Stück 3,50
Die Hauptschlager der Saison.

Herren-Paletots

in solider Verarbeitung, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28-, 32- usw. Ulster, sehr praktisch, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28- usw. Joppen in sehr großer Auswahl, 4-, 6,80, 8,50, 11-, 13,50, 16- usw. Fertige, sehr elegante Herrenanzüge, 8,25, 9,50, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28-45- Burschenanzüge 6,50. Knabenanzüge 1,25 an. Maßanzüge, vornehmster Sitz wird garantiert, von 32-85 M. Hosen 2-, 2,75, 3-, 3,75-4,50, elegante Sonntagshose 6-. Phantasiewesten 2,20. Stoff zum Anzug 5-M. Lodenpelzieren 8,50 an. - Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. Original englische Stoffe billig.

Tuchgesellschaft, Kottbuser Damm 16/17.
Vorzugern dieses Inserates 5 Prozent Rabatt.

Ulster und Paletots
von M. 15.- bis M. 45.-
Joppen von M. 7.- bis M. 24.-
Nur eigene Anfertigung. Reelles christliches Geschäft.
Adolf Raitzig, Frankfurter Allee 107.

Nur eigene Pelzwaren Billiger wie Fabrikation im Laden
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Größte Auswahl des Ostens.
Beste und reellste Bezugsquelle.
R. Rohlik, Kürschner, Liebigstr. 19 I.
Kein Laden - Verkauf auch Sonntags.

Spezial-Geschäft
Wäsche-Golde
119 Große Frankfurter Str. 119.
Bekannt gute Waren. Prima Wäherol. Billigste Preise. Bettfedern.
Eigene Fabrikate.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Gahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchb. 14.
O. D. Mann, Petersburger Weg 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 58.
R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Nacht, Ammannstr. 12. 3. Reut. Barnimstr. 42.
N. D. Baumann, Bernauer Str. 9. P. Tropp, Stettiner Str. 10. Karl Wars, Lohmer Str. 123. Karl Weike, Köpenicker Str. 49.
G. Vogel, Lohmerstr. 37. H. Ties, Inselstr. 124.
2. Dehnd, Inselstr. 24.
NW. Karl Anders, Seiwedelstr. 8. Werdert, Köpenicker Str. 29.
SW. G. Werner, Oranienstr. 72. Tschu, Jagelberger Str. 27.
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 4.
SO. Paul Böhm, Lohmerstr. 14/15. P. Herich, Engelstr. 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienb. Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Ränischtr. 10.
Charlottenburg. Gustav Tharner, Seidenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Köpenicker Str. 13.
Grünau. Franz Klein, Bahnh. 6. III.
Johannisthal. Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick. Emil Wähler, Siegestr. 6. Laden.
Lichtenberg. Cts Zeifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. War Brück, Bricker Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jasse, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henjed, Lohmerstr. 2, I.
Rixdorf. M. Heurich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg. H. Heurich, III. Bogdamer 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Lohmerstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Rixdorf-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. G. Bernice, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Tziel, Berliner Str. 41/42.
Trepow. Robert Gramenz, Rixdorfstr. 412. Laden.
Weißensee. Rudmann, Sebanstr. 105. Schilfert, König-Chaussee 39a.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 28, Hof parterre.
Pankow. Otto Rühmann, Rixdorfstr. 30.
Heinickendorf. P. Guria, Ramestr. 12.